

Inhalt

Vorbemerkung

Ein Stein, der auf die eigenen Füße gefallen ist (Kommentar Iran-Krieg)

Heiner Karuscheit/Alfred Schröder

50 Jahre theoretischer Kampf – zur AzD-Nr 100

Alfred Schröder

Niedergang der Sozialpartnerschaft und Aufstieg der AfD

1. Die Einbindung der Klasse in die Sozialpartnerschaft

2. Die revolutionäre Linke – Scheitern am eigenen Anspruch

3. Zuwanderung als soziale Frage – Aufstieg der AfD zur Volkspartei

4. Die „Brandmauer“ und ihre politischen Folgen

5. Die Faschismus-Inflation

Peter Miso

Metamorphosen der Antifas

Diskussion

Zum Verhältnis von Produktivkräften und Klassenkampf in der Revolutionstheorie

Kritik von G.T. am Chinaartikel in der AzD 99

Antwort von Martin Schlegel auf die Kritik G.T.s

Zu Russland und dem Ukraine-Krieg

Fortschrittliche Rolle Russlands? Ein Diskussionsbeitrag für die „Kommunistische Organisation“ (H.Karuscheit)

Anmerkungen zu den Machtverhältnissen im heutigen Russland (G.T.)

Russland - Kompradoren-Bourgeoisie oder Kapital exportierender Imperialismus? (Sava Djahov)

Über den großrussischen Nationalismus - eine Replik auf Djahov und G.T (H.Karuscheit)

Vorbemerkung

Der einleitende Kommentar zum Iran-Krieg behandelt neben dem Krieg selber die Reaktion der als „jämmerlich“ charakterisierten Bourgeoisie; als Grund dafür wird das Verhältnis dieser Bourgeoisie zur Nato benannt. Außerdem wird darauf eingegangen, wieso auch ein Großteil der Linken keinen Austritt Deutschlands aus der Nato mehr fordert.

In „Fünfzig Jahre theoretischer Kampf“ blicken Karuscheit und Schröder aus Anlass der vorliegenden Nr.100 der „Aufsätze zur Diskussion“ auf den Weg der AzD zurück. Sie ordnen die bislang erzielten Ergebnisse ein und geben angesichts der in Bewegung geratenen politischen Verhältnisse einen Ausblick auf die ihres Erachtens bestehenden Aufgaben für einen revolutionären Marxismus und die künftige Aufgabenstellung der AzD.

Anknüpfend daran analysiert A.Schröder die Folgen, die die Aufkündigung der Sozialpartnerschaft von „Kapital und Arbeit“ durch die Bourgeoisie hat, denn dadurch löst sich der Klassenkompromiss auf, der bislang die Stabilität der Bundesrepublik gesichert hat. Er weist darauf hin, dass das Klassenbündnis der „alten“ BRD mit dem Aufstieg der Grünen durch ein Bündnis der neuen urbanen Mittelschichten mit dem Kapital ersetzt wurde.

Mit Zustimmung dieser Schichten fand im Interesse der Bourgeoisie auch die schrankenlose Zuwanderung statt, die zur Hinwendung der Arbeiterschaft zur AfD geführt hat. Eine Folge davon ist die Krise des eingespielten parlamentarischen Herrschaftssystems, weshalb die etablierten Parteien zum „Kampf gegen rechts“ aufgerufen haben, um die AfD von der Regierung fernzuhalten. Indem die Linke sich unter der Fahne des Antifaschismus an dieser Kampagne beteiligt, legitimiert sie in der politischen Praxis, so Schröder, den Abbau demokratischer Rechte, die Einschränkungen der Pressefreiheit und der politischen Meinungsäußerung.

In Fortsetzung dieses Themas beschreibt Peter Miso in den „Metamorphosen der Antifas“ die Entwicklung der Antifa-Bewegung, die sich im „Kampf gegen rechts“ als militante Vorkämpferin im objektiven Interesse der alteingesessenen Parteien an der Verteidigung des gegenwärtigen Parlamentarismus betätigt.

Im Abschnitt „Diskussion“ setzt sich Martin Schlegel anhand einer Kritik von G.T. mit einem Problem der Revolutionstheorie auseinander, das durch den chinesischen Weg in den Kapitalismus aufgeworfen wird (AzD 99). Es geht um das Verhältnis von Klassenkampf, Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, worauf Marx und Engels unterschiedliche Antworten gegeben haben.

Abschließend dokumentieren wir eine Debatte, die im Zusammenhang mit einem Beitrag von Heiner Karuscheit für die „Kommunistische Organisation“ geführt worden ist. Zwar wurde der Beitrag von der „KO“ nicht abgedruckt und auch nicht beantwortet, hat aber intern zu Reaktionen geführt. Thema ist die Bewertung des gegenwärtigen

russischen Herrschaftssystem, dessen Wiederanknüpfen an die vorrevolutionäre zaristische Vergangenheit sowie die Konsequenzen für den Ukraine-Krieg.

In eigener Sache: Spendenaufruf

Bisher finanziert der kleine AzD-Trägerkreis die *Aufsätze zur Diskussion* vollständig aus eigenen Mitteln, obwohl die Kosten für Herstellung und Versand der AzD immer weiter gestiegen sind. Um die weitere Finanzierung sicherzustellen, sind wir jetzt leider genötigt, unsere Leserschaft um **Spenden** zu bitten. Wenn jemand dazu bereit ist, möge er/sie das bitte der Redaktion mitteilen (azd72@kommunistische-debatte.de). Er/sie erhält dann eine Kontoverbindung, um eine Überweisung vorzunehmen.

Außerdem müssen wir die „Spendenempfehlung“ für eine AzD-Ausgabe von 3,- auf 4,- Euro anheben.

Ein Stein, der auf die eigenen Füße gefallen ist

(Kommentar zum Iran-Krieg)

Vor einem Jahr haben wir in dem Artikel „Eine neue Weltordnung, eine jämmerliche Bourgeoisie und die Selbstaufgabe der Linken“ (AzD 98) die mit Trumps Präsidentschaft verbundenen außenpolitischen Umwälzungen sowie die Reaktion darauf durch Bourgeoisie und Linke in Deutschland aufgezeigt. Der am 28. Februar d.J. begonnene Krieg der USA und Israels gegen den Iran hat die dort getroffenen Einschätzungen eindrücklich bestätigt.

Das Bekenntnis zu einer „multipolaren“ Weltordnung, das die neue US-Administration zu Beginn ihrer Amtszeit durch den Außenminister Rubio verkünden ließ, ist eine Reaktion auf das anhaltende wirtschaftliche Zurückbleiben der USA im Vergleich zu anderen Ländern, das mit einer De-Industrialisierung einherging und begleitet ist von einer wachsenden strategisch-militärischen Überforderung durch die Aufrechterhaltung der „unipolaren“ Vorherrschaftsstellung als „einzige Weltmacht“.

Eine Konsequenz aus dem Übergang zu einer neuen Weltordnungspolitik war die Umstellung des Verhältnisses zu Russland und zum Ukraine-Krieg: Washington zog sich aus dem (von ihm selber provozierten und von Moskau mit einer großrussischen Agenda beantworteten) Krieg zurück und erklärte die Europäer dafür zuständig. Stattdessen gingen die USA daran, ihre Beziehungen zu Russland neu zu gestalten, mit dem Ziel, Moskau möglichst als Verbündeten gegen ihren gefährlichsten Konkurrenten, das aufstrebende China, zu gewinnen.

Gleichzeitig war und ist der Trump-Administration daran gelegen, zu verhindern, dass es zu einer Annäherung zwischen Russland und Europa, speziell Deutschland, kommt und sich so eine „eurasische Koalition“ (Brzezinski) bilden könnte. Deshalb befürwortet sie die europäische Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland und verbindet dies damit, dass sie die früher von Washington finanzierten Waffenlieferungen aus us-amerikanischer Produktion nun von der EU bezahlen lässt.

Der Umgang mit der Nato ordnet sich hier ein. Begleitet von verbalen Attacken Trumps wird das Militärbündnis zwar einerseits herabgestuft, aber andererseits fortgesetzt, um die Gegensätze zwischen Europa und Russland aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig werden die eigenen Verpflichtungen gegenüber dem Militärpakt heruntergefahren und sollen die Europäer – an erster Stelle wiederum Deutschland – künftig die militärischen „Dienstleistungen“ der USA bezahlen.

Soweit in Kürze die Grundzüge der US-Strategie auf dem Boden der neuen Weltordnung, wie sie in dem oben genannten Artikel entwickelt worden sind und auch den Iran-Krieg erklären.

Ein Krieg gegen den Iran, der sich auch gegen China und Europa richtet

Wenig mehr als ein Jahr nach der Neujustierung des Ukraine-Kriegs ging die Trump-Regierung daran, mithilfe des Iran-Kriegs ihre Stellung in der neuen „multipolaren“ Ordnung gegenüber den anderen Machtzentren auszubauen – oder vielmehr: sie versuchte es.

Zu diesem Zweck setzte sie zusammen mit Israel den Hebel an einem Schlüsselpunkt der globalen Ökonomie an, dem Nahen Osten, von dessen Erdöllieferungen sowohl China als auch Europa abhängig sind. Durch die militärische Niederschlagung des Iran, möglichst verbunden mit einem Regimewechsel, sollte dieser als Regionalmacht ausgeschaltet und Israel als Sub-Hegemonialmacht etabliert werden. Aufgrund der militärischen und politischen Abhängigkeit des Zionistenstaats von den USA hätte man so bei einem Erfolg die Kontrolle über maßgebliche Teile der weltweiten Energieversorgung in die Hand bekommen.

Der gemeinsame US-israelische Angriff richtete sich daher über den Iran hinaus einerseits gegen China, andererseits gegen Europa, denn: „*Die Zerstörung der Europäischen Union ist und bleibt ein außenpolitisches Projekt der Trump-Präsidentschaft*“, wie ein Journalist aus Anlass des Kriegs in der Süddeutschen Zeitung schrieb.¹

Jenseits der persönlichen Charaktermerkmale des gegenwärtigen Amtsinhabers handelte es sich also um einen rational begründeten, nüchternen Schachzug, um mithilfe der überlegenen militärischen Macht, die den USA aus den Zeiten als einzige Weltmacht noch verblieben ist, das eigene Gewicht im Kreis der Globalmächte zu vergrößern.

Auch wenn der Krieg noch kein formelles Ende gefunden hat, kann man bereits feststellen, dass dieser Versuch gründlich misslungen ist, denn weder hat sich der Iran in die Knie zwingen lassen noch konnte Israel wie geplant als Sub-Hegemonialmacht etabliert werden. Anstatt den Niedergang der Vereinigten Staaten aufzuhalten, hat der Krieg ihn vielmehr beschleunigt, so dass es schwerfällt, nicht an das chinesische Sprichwort über „*das Verhalten gewisser Toren*“ zu erinnern, das Mao Zedong seinerzeit in der Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus zitierte: "*Der Stein, den sie erhoben haben, fällt auf ihre eigenen Füße.*"

Die deutsche Bourgeoisie und die Nato

Wie sah nun die Reaktion auf den Krieg durch die deutsche Bourgeoisie aus, die in dem oben genannten Artikel als „jämmerliche Klasse“ charakterisiert wurde?

Bekanntlich hat das Nato-Mitglied Spanien den us-israelischen Angriff als völkerrechtswidrig kritisiert und den USA die Nutzung seines Luftraums inkl. der Flugplätze untersagt. Andere europäische Länder sind nicht so weit gegangen wie Spanien, aber haben ebenfalls die Stationierungs- und Überflugrechte auf ihrem Staatsgebiet eingeschränkt. Und die Regierung Merz/Klingbeil? Weder kritisierte sie die Völkerrechtswidrigkeit des Angriffskriegs noch untersagte sie die Kriegsnutzung der US-Militärbasen auf deutschem Boden, vorweg der Ramstein Air Base.

Diese Reaktion erscheint umso jämmerlicher, wenn man begreift, dass *ein* Ziel des Angriffs auf den Iran die Schwächung der EU und damit auch Deutschlands als der EU-Zentralmacht war. Was ist der Grund für das erbärmliche Bild, das die Berliner Regierung abgegeben hat und weiter abgibt?

Wenn wir danach fragen, stoßen wir unvermeidlich auf die Nato. Nach dem Weltkrieg von den USA als der maßgeblichen westlichen Siegermacht an die Herrschaft in der 1949

¹ Daniel Brössler in der SZ vom 9. April 2026

Kommentar

gegründeten Bundesrepublik gesetzt, hat die deutsche Bourgeoisie das Bündnis mit den USA in Form der Nato-Mitgliedschaft schon vor langer Zeit zur Staatsräson, d.h. zum übergeordneten Staatsinteresse der Republik erklärt.

Das ist aber nur die eine Seite der Angelegenheit. Vor allem findet die deklarierte Staatsräson ihre fortlaufende Begründung in dem militärstrategisch-politischen Dilemma, in dem die Bourgeoisie steckt, denn nach zwei verlorenen deutschen Weltkriegen ist sie dauerhaft vom Besitz eigener Atomwaffen ausgeschlossen. Den Verzicht darauf musste sie nicht nur in den Zwei-plus-Vier-Verträgen der deutschen Einigung bekräftigen. Darüber hinaus würde jeder Versuch, nach Atomwaffen zu greifen, die Sprengung der EU bedeuten und zum Zusammenschluss der übrigen europäischen Länder gegen Deutschland führen. Deshalb hält die bürgerliche Klasse umso krampfhafter an der nuklearen Schutzgarantie durch die Nato fest, verkörpert in den us-amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden.

Hier also finden wir die Erklärung, weshalb die Regierung sich jede ernsthafte Kritik an den USA verbietet, die Trumpschen Attacken auf das Bündnis herunterspielt und den Nato-Generalsekretär Kriechübungen im Weißen Haus veranstalten lässt, während sie gleichzeitig darum betet, dass der Kelch der jetzigen US-Administration baldmöglichst an ihr vorübergehen möge, wie das schon einmal bei der ersten Präsidentschaft Trump der Fall war.

Darüber hinaus trifft die von Trump losgetretene Nato-Debatte die Bourgeoisie in einer ohnehin schwierigen Situation, da die sich auflösende Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit den sozialen Grundpfeiler der Republik zertrümmert, der ihre bisherige Hegemonie über die Gesellschaft getragen hat.² Es ist also verständlich, wenn sie sich umso mehr an den außenpolitisch-militärischen Eckpfeiler dieser Republik klammert.

Das blamable Schweigen der Linken

Damit kommen wir zur Linken, bei der die Haltung zur Nato nicht weniger ein Prüfstein ist als bei der Bourgeoisie. Praktisch zu überprüfen war diese Haltung erneut bei den Ostermärschen der Friedensbewegung.

Angesichts des Irankriegs und der Nutzung des Nato-Stützpunkts Ramstein für diesen Krieg konnte man erwarten, dass über Parolen des Pazifismus wie „Frieden sofort“ oder „Die Waffen nieder“³ hinaus die Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus der Nato bei den Demonstrationen an prominenter Stelle stehen würde. Aber weit gefehlt! Wenn überhaupt, dann war diese Forderung allenfalls auf den Plakaten einzelner Teilnehmer zu sehen.

Was ist der Grund für dieses schwer nachvollziehbare Schweigen?

Seit mit der Wiedervereinigung 1989 auf Seiten der Linken – vorweg von den „Anti-Deutschen“ – ein neues „Großdeutschland“ und die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und Militarismus in einem „IV. Reich“ ausgerufen wurde, ist die bis dahin

² A.Schröder: „Niedergang der Sozialpartnerschaft und Aufstieg der AfD“ in dieser AzD-Ausgabe

³ „Die Waffen nieder“ ist auch der Titel einer Sonderbeilage der *Marxistischen Blätter* zum Irankrieg.

selbstverständliche Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus der Nato verstimmt. Ohne das jemals offen thematisiert zu haben, gilt die Natomitgliedschaft seither stillschweigend als Schutz vor neuen deutschen Aggressionen, wie das bereits der erste Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, seinerzeit als Zweck des Bündnisses auf den Punkt gebracht hatte, nämlich to *keep the Soviets out, the Americans in, and the Germans down*.

Hier finden wir die Erklärung für das Stillschweigen. Fixiert auf eine fehlerhafte Imperialismustheorie,⁴ sind die ideologischen Konstrukte der „Anti-Deutschen“ nach 1989 bei vielen Linken auf fruchtbaren Boden gefallen. Daher fühlen besonders radikal auftretende Linke sich eher berufen, vor einem neuen „Ostlandritt“ des ewig kriegslüsteren deutschen Imperialismus zu warnen,⁵ anstatt den Austritt Deutschlands aus der Nato zu fordern. Diese Imperialismuskritiker wollen nicht wahrhaben, dass ihre (Nicht-) Stellung zur Nato sie geradewegs an die Seite der Bourgeoisie führt, nur mit dem Unterschied: die Bürgerlichen treten offen für die Nato ein, sie dagegen tun dies stillschweigend, und mit ihnen tun es weite Teile der Linken und ihrer Organisationen.

⁴ Siehe die „Kritik der Leninschen Imperialismustheorie“, AzD 98/2025 (https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2878)

⁵ Siehe den Artikel über „eine originelle Theoriebildung“ in den AzD 96/2023 (https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2628)

Heiner Karuscheit und Alfred Schröder

50 Jahre theoretischer Kampf – zur AzD-Nr.100

Vor 50 Jahren formierte sich in Gelsenkirchen ein Kreis revolutionärer Marxisten bzw. Kommunisten, der zur Keimzelle einer Gruppierung wurde, die drei Jahre später damit begann, die „Aufsätze zur Diskussion“ herauszugeben, deren hundertste Ausgabe jetzt vorliegt.¹

Hintergrund war der beginnende Zerfall der westdeutschen ml-Bewegung, die ihrerseits aus der Jugend- und Studentenbewegung hervorgegangen war. Für die MLer als *revolutionäre* Bewegung war die DKP mit ihrer Strategie der „antimonopolistischen Demokratie“, d.h. eines friedlichen Wegs zum Sozialismus, keine Alternative. Unter dem Einfluss der „Polemik über die Generallinie“ verfochten sie die weltweite revolutionäre Perspektive Mao Tsetungs und des damaligen Chinas gegen das sowjetisch geführte „Lager des Sozialismus“.

Diese Bewegung, die anfangs Zehntausende umfasste, geriet schon nach wenigen Jahren in eine Krise, weil der von ihr gesuchte Ansprechpartner, die Arbeiterklasse als entscheidende Kraft zum Umsturz der kapitalistischen Gesellschaft, eingebunden blieb in die Sozialpartnerschaft mit dem Kapital. Die Folge war, dass sämtliche Organisationen der ml-Bewegung von der KPD/ML, der KPD/AO, dem KABD (heute MLPD), dem KBW oder dem KB in die Krise gerieten und eine wachsende Zahl von Ausscheidenden oder Ausgestoßenen nach einer Alternative suchten.

Theorie oder politische Praxis?

Grundlegende Gemeinsamkeit der Genossinnen und Genossen, die sich seinerzeit nach einer Zeit der Selbstverständigung zur späteren Herausgabe der AzD zusammenschlossen, war die Erkenntnis, dass der Niedergang der Bewegung nicht aus Fehlern der Praxis resultierte, sondern in der Theorie zu suchen war.

Dabei grenzten wir uns von der Strömung der „alten“ Hauptseite Theorie ab, die die theoretische Arbeit auf eine Klassenanalyse und ein Programm beschränken wollte, um so schnell wie möglich wieder zur politischen Praxis zu gelangen. Dagegen traten wir für eine „neue“ Hauptseite Theorie ein (NHT), da wir davon ausgingen, dass die vorhandenen Mängel den Marxismus in seinem ganzen Umfang von der materialistischen Dialektik über die politische Ökonomie bis zur Geschichte betrafen.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, erarbeiteten wir zunächst eine Reihe einzelner Schriften, darunter „*Krieg und Frieden in Europa und die Ostpolitik der BRD*“, „*Anmerkungen zum dialektischen Materialismus*“, „*Eine Donquichotterie. Die Deutschherrenbroschüre – der KBW im Kampf mit dem historischen Materialismus*“, „*Über die Entstehung des russischen Marxismus – die Gruppe >Befreiung der Arbeit und ihr Programm<*“, „*Deus ex machina – oder wie die KPD/ML zu einem Programm kam*“. Später kamen noch weitere Programmkritiken dazu: „*Theorie und Programm im Verständnis*

¹ Mangels vollständiger schriftlicher Unterlagen müssen die Autoren Teile der Anfangszeit aus dem bekanntermaßen fehlerhaften Gedächtnis rekonstruieren

der KGBE“, „Das Programm des KBW oder der KBW als Vorreiter des Plagiats“ sowie eine „Kritik des KABD-Programms“.

Für die Einheit der ml-Bewegung

Neben der theoretischen Arbeit sahen wir unsere praktische Aufgabe darin, auf die Einheit der ml-Bewegung hinzuwirken, deren Fehler und Schwächen wir als „naiven Opportunismus“ kritisierten, in Auseinandersetzung mit anderen Zirkeln, die ihr den revolutionären Charakter absprachen und ihr „kleinbürgerlichen Sozialismus“ vorwarfen.

Wir begriffen uns nicht in Konkurrenz zu anderen Organisationen, sondern wirkten *innerhalb* der ml-Bewegung mit dem Ziel, diese Bewegung zum Bewusstsein ihrer selbst zu bringen und auf diesem Weg zur Einheit zu gelangen. Dem diente u.a. die 1978 erschienene Schrift „Zur Geschichte der westdeutschen ml-Bewegung“, die sich mit der klassenmäßigen Loslösung der ml-Bewegung von der Jugend- und Studentenbewegung und den Aufgaben der „Hauptseite Theorie“ beschäftigte.

Eine Studienbewegung des wissenschaftlichen Sozialismus

Elementarer Bestandteil unserer eigenen Selbstverständigung war von Beginn an das Studium und die organisierte Schulung der Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus, aber auch des Wissens unserer Zeit.

Deshalb initiierten wir früh eine Studienbewegung des wissenschaftlichen Sozialismus in Gestalt der „Marx-Engels-Bildungsgesellschaft“ als Angebot an die anderen Organisationen und Zirkel, die für alle Interessierten offenstand. Sie führte über viele Jahre ein umfangreiches Studienprogramm durch, das in Form mehrtägiger „Urlaubsschulungen“, aber auch in Abendkursen vor Ort sowie in Vortragsreihen angeboten wurde. Es umfasste die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus (die sog. „Klassiker“), die Philosophie, die politische Ökonomie sowie die Geschichte. Dazu gehörten:

- „Kapital“-Schulungen bis hin zu den „Theorien über den Mehrwert“;
- Materialismus und Dialektik bis hin zu Hegels „Wissenschaft der Logik“;
- Geschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung mit dem Schwerpunkt deutsche Geschichte und Geschichte der KPD;
- bürgerliche Veröffentlichungen wie etwa das seinerzeit (1987) soeben erschienene Werk von Paul Kennedy über „Aufstieg und Fall der großen Mächte“.

Gründung der „Aufsätze zur Diskussion“

Im Februar 1978 erschien die Schrift „*Unsere nächsten Aufgaben – Zur Einschätzung und zu den Aufgaben der marxistisch-leninistischen Bewegung*“. Darin setzten die Autoren sich mit dem Verhältnis von Theorie und Praxis unter den gegebenen Umständen auseinander, konstatierten „das Grundproblem der heutigen marxistisch-leninistischen Bewegung – den Mangel an Theorie“, und forderten als Schlussfolgerung daraus „die Schaffung einer theoretischen Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus“.

Auf dieser Basis erschien im März 1979 unter dem Titel „Aufsätze zur Diskussion“ zunächst eine Sammlung einzelner Artikel sowie dann im Mai 1979 die erste reguläre Ausgabe der AzD, deren Namensgebung Programm war: die publizierten Beiträge

erhoben und erheben nicht den Anspruch, Erkenntnisse letzter Instanz zu verbreiten, sondern sollen zur - durchaus kontroversen – Diskussion beitragen.

Als faktischer Höhepunkt unserer Entwicklung fand im Januar 1982 eine NHT-Konferenz statt, an der ca. 100 Genoss(inn)en teilnahmen, darunter offiziell oder inoffiziell die Vertreter von fast einem Dutzend anderer Organisationen. Dokumentiert wurden die dort geführten Auseinandersetzungen in der im Mai 1982 erschienenen AzD-„Sondernummer zu unseren nächsten Aufgaben“.

Ende der ml-Bewegung und Wandel der AzD

Befördert durch die gemeinsame Krise, gaben verschiedene Organisationen (BWK, FAU/R, KPD und NHT, später auch die GIM und andere Gruppierungen) ab April 1984 eine „Gemeinsame Beilage“ zu ihren Publikationen heraus, die nach einigen Jahren wieder eingestellt wurde, ohne die gewünschte Einheit hergestellt zu haben.

Ohne Resonanz auf Seiten der Arbeiterschaft hatte die aus der Jugend- und Studentenbewegung hervorgegangene revolutionäre Bewegung keine Perspektive. Ihr Ende kam mit dem Aufschwung der „neuen sozialen Bewegungen“, d.h. der gesellschaftlichen Bewegung der neuen, lohnabhängigen Mittelschichten, die mit der im Januar 1980 gegründeten Partei „Die Grünen“ organisatorische Gestalt annahm und einen Großteil ehemaliger MLer und anderer linker Kräfte aufsaugte. Parallel dazu ging die ml-Bewegung unter, bis auf einige Sektenreste, die z.T. bis heute existieren.

Mit dem Ende der ml-Bewegung verloren wir unseren Bezugspunkt, den seither nur noch die Linke im Allgemeinen bildet. Da die Bezeichnung als „neue Hauptseite Theorie“ in der Folge keinen Sinn mehr machte, firmierten die lokalen Trägergruppen der AzD vorübergehend (ab 1984) als „Kommunistische Gruppen“, bis auch diese sich auflösten und seither nur noch ein überregionaler Trägerkreis der Zeitschrift existiert.

Dieser Trägerkreis erlebte seither eine wechselvolle Geschichte von Krisen und Abspaltungen, doch trotz aller zwischenzeitlichen Schwierigkeiten ist es uns gelungen, die AzD bis heute als theoretische Zeitschrift des revolutionären Marxismus herauszugeben.

Ergebnisse unserer Arbeit

Bei unserer Gründung nannten wir den Mangel an Theorie als Grundproblem der damaligen marxistisch-leninistischen Bewegung und formulierten die Notwendigkeit, den Marxismus auf die Höhe der Zeit zu bringen. Seither haben wir an der damals benannten Aufgabenstellung gearbeitet - mit großen Mühen, teilweise im Zick-Zack oder mit dem Rücken voran. Auf diesem Weg ist es uns trotz aller Schwierigkeiten gelungen, in einer Reihe wesentlicher Fragen tragfähige Antworten zu erarbeiten, die ihren Niederschlag in den AzD oder in eigenständigen Publikationen unserer Autoren gefunden haben:

- Zur historischen Arbeiterbewegung: Oktoberrevolution und russisch-sowjetische Entwicklung, Ursachen des Scheiterns des Sozialismus in der DDR;
- Probleme der Revolutionstheorie – kontroverse Aussagen von Marx zum Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen;

- Auseinandersetzung mit dem Imperialismusproblem: Kritik der Monopol- und Imperialismustheorie Lenins und des darauf gestützten Begriffs des „Marxismus-Leninismus“;
- Charakter Deutschlands: Kaiserreich und NS-Herrschaft, Auseinandersetzung mit dem Begriff des „deutschen Imperialismus“;
- Frage des Sozialismus bzw. Kapitalismus in China;
- Analysen zu Grundfragen der außen- und gesellschaftspolitischen Entwicklung.

Seit der Einschränkung der Demokratie in den Corona-Zeiten und dem Ukraine-Krieg bezieht die Zeitschrift darüber hinaus vermehrt zu aktuellen politischen Ereignissen Stellung.

Mit unseren langjährig erarbeiteten Positionen befinden wir uns im Gegensatz zu einer Linken, die vom Imperialismusproblem über den Untergang des Sozialismus bis zur Einschätzung der heutigen Bourgeoisie auf einem anderen Boden steht. Welche politischen Folgen die fehlende Aufarbeitung der historischen Ursachen für das Scheitern der Arbeiterbewegung hat, macht sich aktuell in der Faschismusfrage bemerkbar. Die Übernahme der verfehlten Faschismusdefinition Dimitroffs lässt die Linken und Kommunisten an die Seite der Bourgeoisie treten, um das etablierte Parteiensystem unter der Fahne des Antifaschismus „gegen rechts“, sprich gegen die AfD zu verteidigen.

Mittlerweile sind die AzD auch im Internet auf der Seite der „Kommunistischen Debatte“ vertreten: <https://kommunistische-debatte.de/>. Ziel dieses Internet-Projekts ist, „einen Beitrag zur Debatte über die theoretischen und politischen Grundfragen der linken und kommunistischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland zu leisten bzw. einer solchen Diskussion eine öffentliche Plattform zur Verfügung zu stellen.“

Die gegebene Situation

Für die Fortführung unserer Arbeit ist die Erkenntnis unabdingbar, dass es in der BRD seit Jahrzehnten an einer *revolutionären* Klasse fehlt, weshalb bereits die damalige ml-Bewegung untergehen musste. Getragen von den Gewerkschaften, war die Arbeiterbewegung bisher durch die Sozialpartnerschaft fest eingebunden in die westdeutsche Gesellschaft, da sie verbunden war mit einer stetigen Verbesserung der Lebenssituation der Beschäftigten.

Gleichzeitig ist ein lohnabhängiges Kleinbürgertum aufgestiegen: neue urbane Mittelschichten, von denen große Teile im öffentlichen Dienst oder staatsnahen Einrichtungen tätig sind, so auch in den Ideologie-Apparaten wie dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Sie haben ihre politische Vertretung in den Grünen sowie der heutigen Linkspartei gefunden und sind in wechselnden Konstellationen in das Regierungssystem von Union, SPD und Grünen eingebunden.

Beginnend mit dem neuen Jahrtausend haben das Kapital und die bürgerlichen Parteien begonnen, sich von der Politik der Sozialpartnerschaft abzuwenden, begleitet von einem Abbau demokratischer Rechte während der staatlichen Corona-Politik und einer beginnenden Hochrüstung im Zeichen des Ukraine-Kriegs (ausführlich hierzu der Beitrag A.Schröders über den „Niedergang der Sozialpartnerschaft“ in diesen AzD).

Nachdem der Klassenkompromiss von Kapital und Arbeit jahrzehntelang die innere Stabilität der Bundesrepublik gesichert hat, hat dieser Wechsel gravierende Folgen, denn mit der auslaufenden Sozialpartnerschaft löst sich die bürgerliche Hegemonie über die Republik auf und beginnt die Gesellschaft zu zerfallen.

Klassenpolitisch hat der Abbau der Sozialsysteme und die Verschlechterung der eigenen Lebenslage dazu geführt, dass die Arbeiterschaft begonnen hat, sich vom bisherigen Parteiensystem abzuwenden – bislang noch mit dem Ziel, in die Vergangenheit zurückzukehren, dh. zur Sozialpartnerschaft.

Der Kampf „gegen rechts“

Weil die SPD unter dem Einfluss der kleinbürgerlich-mittelschichtigen Nach-68er-Generation aufgehört hat, eine (bürgerliche) Arbeiterpartei zu sein, und eine Alternative auf Seiten der Linken fehlt, schlägt sich diese Abwendung in einer kontinuierlichen Stärkung der AfD nieder, einer rechtsbürgerlichen Partei mit einem völkischen Minderheitsflügel. Sie dient als Sammelbecken der wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung und ist mit ihren Wählerzahlen mittlerweile zur stärksten „Arbeiterpartei“ geworden.

Verbunden damit ist eine sich vertiefende Krise der bisherigen Parteiendemokratie, die das jahrzehntelang eingespielte parlamentarische System in Gefahr bringt.

Um dem entgegen zu treten, hat die Bourgeoisie zum „Kampf gegen rechts“ und „für Demokratie“ aufgerufen, um das etablierte Parteienkartell gegen die AfD zu schützen. Dieser Aufforderung sind bis heute alle staatstragenden Kräfte gefolgt, angefangen von den Parteien über die Wirtschaftsverbände des Kapitals, die Gewerkschaften und die Kirchen bis hin zur Linkspartei, wobei die Massenbasis in diesem Kampf von den neuen urbanen Mittelschichten gestellt wird.

Auch die Linken außerhalb der Linkspartei haben sich mehrheitlich hier eingereiht. Nicht zuletzt auf dem Boden des nicht aufgearbeiteten Scheiterns der historischen Arbeiterbewegung betätigen sie sich unter dem Banner des „Antifaschismus“ als Helfershelfer der Bourgeoisie, um den gegenwärtigen Parlamentarismus „gegen rechts“ zu sichern.

Zur Zukunft der AzD

Was folgt daraus für die Fortsetzung unserer Arbeit? Zum einen ist es notwendig, weiterhin an den noch offenen Fragen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur Geschichte der BRD und ihrer klassenpolitischen Entwicklung zu arbeiten.

Zugleich aber gilt es, wie bereits in den letzten Nummern geschehen, Stellung zu beziehen zu den in Bewegung geratenen politischen Verhältnissen, in deren Zentrum gegenwärtig der „Kampf gegen rechts“ steht.

Unsere Zielgruppe sind dabei die revolutionär-demokratischen und wenigen kommunistischen Kräfte. Das bedeutet vor allem, die ideologische Auseinandersetzung mit der Linken zu führen, um die Herauslösung dieser Kräfte aus der reaktionären kleinbürgerlichen Hegemonie zu unterstützen.

Alfred Schröder

Niedergang der Sozialpartnerschaft und Aufstieg der AfD

Vor einigen Wochen zitierte ein Genosse und Leser der AzD einen Beitrag von Herfried Münkler in der ZEIT¹ "*Si vis pacem, para bellum*. Wenn du Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor." Und kommentierte diese Aussage folgendermaßen: „Diese Haltung wird von einer deutlichen Mehrheit der Deutschen geteilt. Da ist nix mit revolutionärem Defätismus! Wo sind die spontanen Klassenkämpfe? Wo die revolutionäre Klassenpartei?“

Nun, diese „Klassenpartei“ fehlt seit Jahrzehnten, ebenso wie die „spontanen Klassenkämpfe“. Und dies aus zwei recht offensichtlichen Gründen:

1. Die Einbindung der Klasse in die Sozialpartnerschaft

Machen wir eine Bestandsaufnahme zum Zustand der Arbeiterbewegung und der revolutionären Kräfte in der BRD in den vergangenen Jahrzehnten um die Frage des Genossen zu beantworten. Seit Jahrzehnten fehlte es in der BRD an einer **revolutionären** Klasse. Die Arbeiterbewegung war durch die Sozialpartnerschaft und das damit verbundene Aufstiegsversprechen für die Beschäftigten und ihre Kinder fest eingebunden in die westdeutsche Gesellschaft. Diese von den Gewerkschaften und den staatstragenden Parteien favorisierte Politik der Klassenzusammenarbeit fand breite Zustimmung in der Arbeiterklasse, da sie begleitet wurde von einer stetigen Verbesserung der Lebenssituation der Beschäftigten. Für eine „revolutionäre Klassenpartei“ mit politischem Einfluss gab es keine gesellschaftliche Grundlage, ebenso wenig für „spontane Klassenkämpfe“ im größeren Umfang.

Die praktizierte Sozialpartnerschaft und die sie begleitende sozialpolitische Entwicklung in der BRD blieb der DDR-Bevölkerung nicht verborgen. Entgegen der Unterstellung, dass die Existenz der DDR bei jeder Tarifrunde der westdeutschen Gewerkschaften sozusagen als eigenständige Kraft mit am Verhandlungstisch saß und für gute Tarifabschlüsse sorgte – wie dies von der DKP und anderen linksreformistischen Kräften propagiert wurde – sorgte die Politik der Klassenzusammenarbeit auf dem Boden des wirtschaftlichen Aufschwungs der BRD in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts für die Attraktivität dieses Modells über die Grenzen Westdeutschlands hinaus. Es war die – auch in der DDR – deutlich sichtbare Lebenssituation der Arbeiter in der BRD, die eine weitere Zersetzung der sozialen und politischen Grundlagen der SED-Herrschaft in der DDR bewirkte.² Diese Beobachtung lag der Entscheidung der ostdeutschen Arbeiter zugrunde, sich 1989 bewusst gegen eine Fortsetzung der DDR und für die Wiedervereinigung mit der BRD zu entscheiden.³

¹ Youtube: [Muss es Kriege geben, Herfried Münkler?](https://www.youtube.com/watch?v=...)

<https://www.zeit.de/wissen/2026-01/herfried-muenkler-kriege-gruende-ende-politikwissenschaft>

² Deshalb „weitere Zersetzung“, weil die politischen Fehler der SED-Führung die entscheidende Ursache waren. Siehe dazu ausführlich: Heiner Karuscheit, Sozialismus ohne Basis, Arbeiterschaft und Sozialismus in der DDR. Verlag am Park, 2021

³ ebenda

Aus dem folgenden teilweisen „Zusammenwachsen“ zu einer Arbeiterklasse entstand aber genauso wenig eine neue „revolutionäre Klasse“. Beide Teile der Klasse – im Osten wie im Westen - wünschten ein Festhalten an dem „Erfolgsmodell“ von Sozialpartnerschaft und Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital, also keineswegs eine Umgestaltung – geschweige denn eine „revolutionäre“ – der gesellschaftlichen Ordnung in der neuen BRD. Die Arbeiterklasse und die anderen abhängig Beschäftigten bildeten den eher konservativen, die bisherigen politischen Verhältnisse bewahren-wollenden Teil der Gesellschaft. Politisch in Bewegung und vermeintlich „links“ gerieten damals die neuen urbanen Mittelschichten, politisch repräsentiert von Grünen und Linkspartei.

Spätestens im neuen Jahrtausend begann das Kapital, mit seinen Parteien und Interessenvertretungen die Sozialpartnerschaft einzugrenzen und tendenziell aufzukündigen. Sie steuerten nun erkennbar einen Kurs des Sozialabbaus und der politischen Entrechtung der Bevölkerung. Der „Honigmond“ der Klassenzusammenarbeit war für die werktätige Bevölkerung vorbei. Schröders Agenda-Politik, Merkels Migrationspolitik und die von den Grünen konzipierte Energie- und Klimapolitik waren die *sozialpolitischen* Meilensteine der Abwendung von der Politik der Sozialpartnerschaft; die Coronapolitik und die massive Unterstützung des Ukraine-Krieges mit beginnender eigener Hochrüstung waren die *politischen Signale* einer sich abzeichnenden Zeitenwende.

Umgesetzt wurde diese Politik des Sozial- und Demokratieabbaus – und dies ist wohl eine deutsche Besonderheit – noch mit den alten *Instrumenten* der Klassenzusammenarbeit: d.h. alle diese Maßnahmen wurden von den bürgerlichen Parteien *zusammen* mit den Gewerkschaften⁴ umgesetzt. Und dies, obwohl das Kapital und seine Parteien die Sozialpartnerschaft mit oben beschriebener Politik offen in Frage stellten.

Möglich wurde und wird dies, weil die Klasse selbst in den Jahrzehnten der Sozialpartnerschaft in großem Umfang das Bewusstsein verloren hatte, gegenüber dem Kapital eine *eigenständige* ökonomische und politische Position zu beziehen, sich als Klasse, als Gegenpol des Kapitals zu sehen. Das „Co-Management“ von Gewerkschaftsfunktionären und kapitalistischer Betriebs- oder Konzernleitung führte zum Verlust des – wie Lenin es in Anlehnung an Kautsky nannte – „tradeunionistischen Klassenbewusstseins“⁵ bei bedeutenden Teilen der Arbeiter und Gewerkschaftler. Der Sozialabbau, die vereinbarten Lohnsenkungen, die Schlechterstellung neu eingestellter Arbeitskräfte, die Umstellung auf Rüstungsproduktion⁶ etc., dies alles wurde und wird von den Gewerkschaften mitgetragen oder gar selbst vorgeschlagen.

Der politische Kitt, der diese unnatürliche Allianz zur sozialen Verelendung und politischen Entrechtung der Bevölkerung bis heute zusammenhält, war seit spätestens 2015⁷

⁴ Protest - letztlich aber nur verbal - gab es bei der IG Metall und Verdi insbesondere bei Schröders Agenda-Politik. Eine Triebkraft dieser Opposition war die Eingrenzung der Abwanderung von Gewerkschaftsmitgliedern und Funktionsträgern zur der sich damals gründenden WASG.

⁵ Lenin, Bd. 5, S.390 ff.

⁶ <https://www.nachdenkseiten.de/?p=149025>

⁷ Zu Beginn des neuen Jahrhunderts, zur Zeit von Schröders Agenda 2010, war es der sog. „Aufstand der Anständigen“ – von SPD, Linkspartei und Grünen initiiert und im Wesentlichen von den neuen

der sog. „Kampf gegen rechts“, der inzwischen zum Kampf gegen einen allgegenwärtigen „Faschismus“ und für ein Verbot der AfD mutiert ist.

2. Die revolutionäre Linke – Scheitern am eigenen Anspruch

Womit wir zum zweiten Punkt, der subjektiven Seite des Problems kommen. Was hat die aus der Jugend- und Studentenbewegung hervorgegangene revolutionäre ML-Bewegung in dieser Zeit der Klassenzusammenarbeit und weitgehenden politischen Ruhe der Arbeiterbewegung geleistet, um ihren selbst gestellten Anspruch als „Avantgarde“ der Klasse künftig ausfüllen zu können? Wie hat sie die von Marx und Engels formulierte Aufgabe der Kommunisten „in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung (zu vertreten)“ und es „keinen Augenblick (zu unterlassen), bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten“⁸ unter den oben beschriebenen Verhältnissen umgesetzt?

Die ML-Bewegung hat sich in ihrer großen Mehrheit weder mit ihrer eigenen Geschichte als revolutionärer Teil der ausgehenden Jugend- und Studentenbewegung, noch ernsthaft mit der Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus als *theoretischer Grundlage* ihrer Existenz oder als Basis *eigenständiger politischer Positionen* beschäftigt. Ohne Klarheit über die eigene Herkunft (aus einer kleinbürgerlichen, von der kritischen Theorie geprägten demokratischen Jugend- und Studentenbewegung entstanden), mit revolutionärem Anspruch auftretend, aber ohne ernsthafte Kenntnis der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus und der von ihm geprägten Geschichte der Arbeiterbewegung, versuchte diese Strömung, Agitation und Propaganda, also politische Praxis, in den Betrieben und Gewerkschaften zu betreiben. Sie scheiterte damit zwangsläufig in ihrer „Praxis“⁹, ebenso wie bei den theoretischen Versuchen, eine „Klassenanalyse“ und ein den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechendes Parteiprogramm zu erstellen.

Als Folge dieses doppelten Scheiterns zerbröselten die meisten sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Organisationen/Parteien oder Bünde einerseits an der konkreten Gestalt der Arbeiterbewegung in der BRD und andererseits an ihrer mangelnden theoretischen Arbeit. Mehrheitlich lösten sich zu Beginn der 80er bis hinein in die 90er Jahren auf und stellten in der Folge einen Teil der Basis und eine Reihe führender Kader für die entstehende Grüne Partei. So endete auch der revolutionäre Teil der kleinbürgerlichen Jugend- und Studentenbewegung zwei Jahrzehnte später in einer Partei der neuen urbanen Mittelschichten. Ihre Klassenlage fand ihren parteipolitischen Ausdruck. Der *revolutionäre Anspruch* Ende der 60er und Anfang der 70er war ebenso wie der Marxismus dabei abgelegt worden. Die verbliebenen Kommunisten – sofern sie sich weiterhin auf die politische Praxis konzentrierten – schrumpften zu Sekten ohne weitergehenden

urbanen Mittelschichten getragen – der dem heutigen „Kampf gegen rechts“ ideologisch und politisch den Boden bereitete. Mehr dazu bei Peter Miso, „Metamorphosen der Antifas“ in dieser Nummer.

⁸ Marx/Engels Werke Bd. 4, S. 492-493

⁹ Die Arbeiter und die Gewerkschaftsbewegung standen fest auf dem Boden der Sozialpartnerschaft und Klassenzusammenarbeit.

politischen Einfluss.¹⁰ Dies war bei den geschilderten deutschen Verhältnissen in gewissem Rahmen unvermeidlich.

Ernster war und ist *der politische Übergang* der verbliebenen Kommunisten und Linken auf die Positionen der wechselnden Regierungsparteien. Dieser Übergang war wesentlich dem fortwährenden Praktizismus und der mangelnden theoretischer Arbeit geschuldet. Man hatte es verabsäumt *eigene theoretische und politische Positionen* zu entwickeln. Spätestens seit 2015 übernahm man – bei Beibehaltung revolutionärer Phrasen¹¹ - die *Grundrichtung* der herrschenden Politik (Migrationspolitik, Coronapolitik, Umweltpolitik bis hin zu pazifistisch verbrämten bürgerlichen Positionen¹² zum Ukraine-Krieg.) Es fehlte an den theoretischen Kenntnissen um eigene revolutionäre Positionen zu entwickeln. So geriet man unweigerlich in das Fahrwasser der bürgerlichen Kräfte.

Kampf gegen rechts

Die Unfähigkeit zur Formulierung einer eigenständigen politischen Ausrichtung führte in der Praxis zum Übergang auf bürgerliche oder kleinbürgerliche Positionen und führte für die Bevölkerung sichtbar die revolutionäre Linke an der Seite der herrschenden Parteien. Zugleich beschleunigte dieser weitgehend orientierungslose „Rechtsruck“ der ehemals oppositionellen Linken den politischen Siegeszug der AfD, die als einzig relevante politische Kraft die *Grundrichtung* der bürgerlichen Politik attackierte. So wurde diese in verschiedene, durchaus gegensätzliche Flügel zerrissene Partei (wirtschaftsliberal, atlantisch, aber auch russlandfreundlich sowie völkisch-nationalistisch), zur politischen Hauptvertretung der werktätigen Bevölkerung. Und dies - nicht nur trotz - sondern gerade wegen des fortwährenden „Kampfes gegen rechts“, des Eintretens für die „Brandmauer“ und der Forderung nach einem „AfD-Verbot“ durch Kommunisten und Linke. Denn dieser Kampf wurde von der Bevölkerung – sofern sie diese Positionen wahrnahm - zu Recht als Kampf zur Stützung der schrumpfenden Mehrheiten für die Regierungspolitik begriffen. Mit dieser Ausrichtung konnte es und wird es nie etwas mit der „revolutionären Klassenpartei“, die unser eingangs zitierter Leser so dringlich wünscht. Man wird bis heute - als linker Flügel des herrschenden bürgerlichen Lagers wahrgenommen.

Noch hängt die Klasse an der von der Bourgeoisie aufgekündigten Sozialpartnerschaft und straft mit dem Stimmzettel immer nachdrücklicher die herrschenden Parteien ab, die diese untergraben. Da die AfD von den herrschenden Parteien bis dato mit fragwürdigen Mitteln von der Regierungsbeteiligung ferngehalten wird, wurde sie zum natürlichen Sammelbecken der wachsenden Unzufriedenheit und geriet als Partei nie in den Zwang, ihre Richtungskämpfe offen austragen zu müssen. Eine politische „Entzauberung“ der Partei und ihre Aufspaltung in die durchaus gegensätzlichen Flügel wurde so vermieden, was der Partei zu wachsender Popularität verhilft.¹³ Indem man an der Seite der

¹⁰ Unsere eigene Entwicklung wird in dieser Nummer der AzD im Leitartikel behandelt.

¹¹ Kampf für den „echten Sozialismus“, Beibehaltung von Dimitroffs Faschismus- und Lenins Imperialismustheorie, etc.

¹² „Sofortiger Waffenstillstand“ – eine NATO-Forderung - ohne Grundlagen eines demokratischen Friedens, der dem Selbstbestimmungsrecht der am Krieg beteiligten Völker Rechnung trägt.

¹³ Diese Politik der Ausgrenzung stärkt dazu noch den völkisch-nationalistischen Flügel in der AfD, dessen Positionen bis dato keineswegs mehrheitsfähig sind.

wechselnden Regierungsparteien den „Kampf gegen rechts“ bis hin zum AfD-Verbot organisierte, dies faktisch zum Hauptinhalt der eigenen Politik machte, betrieb man das genaue Gegenteil dessen, was Marx und Engels im Manifest als Aufgabe der Kommunisten formuliert hatten: es „keinen Augenblick (zu unterlassen), bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten“.

Mit dem „Kampf gegen rechts“ verkleistert man diesen Gegensatz, leistet einen Beitrag zur Stabilisierung der parlamentarischen Mehrheit der erodierenden Parteien der Bourgeoisie, diskreditiert den revolutionären Marxismus und entlarvt sich selbst als Handlanger der jetzigen und ehemaligen Regierungsparteien. Diese Politik führte zum weiteren Niedergang und zur politischen Isolierung jeglicher linken, revolutionär-demokratischen Kraft.

Doch zurück zu unserer These, dass der über ein Jahrzehnt geführte „Kampf gegen rechts“ einen entscheidenden Beitrag zur Marginalisierung der verbliebenen revolutionären linken und kommunistischen Kräfte leistete. Warum sind der Marxismus und die sich auf ihn berufenden Organisationen für die Menschen in Deutschland – egal ob jung oder alt - so „unattraktiv“ geworden? Es sind die gesellschaftlichen und politischen Erfahrungen der Massen im letzten Jahrzehnt in der BRD. Für sie standen die revolutionären Linken und die Kommunisten in den entscheidenden politischen Fragen nicht in Opposition zur herrschenden Politik, *sondern gebärdeten sich als oberlehrerhafte Kritiker einer „nationalistischen“, „reaktionären“ und „rassistischen“ Bevölkerung*, die nach einer Alternative zur Regierungspolitik suchte. Dass ihr als „Alternative“ schließlich nur die sowohl wirtschaftsliberale wie völkisch-nationalistische AfD erscheint, daran trägt die Linke eine gern verleugnete Mitschuld.¹⁴

3. Zuwanderung als soziale Frage – Aufstieg der AfD zur Volkspartei

Kommen wir nun zur Problematik der massenhaften Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme. Mit diesem Thema begann der Aufstieg der AfD zur *Massenpartei*¹⁵ und der offenkundige politische Sündenfall der Linken.

¹⁴ In der AzD Nr. 94 (Frühjahr 2022) wurde die Stellung der Linken zur Coronapolitik und ihre Folgen folgendermaßen kritisiert: „Noch ist diese Protestbewegung bürgerlich-demokratisch und sind ihre Anliegen (Weg mit dem Infektionsschutzgesetz, Weg mit der Corona-Impfpflicht, Wegfall aller freiheits-einschränkenden Maßnahmen) fortschrittlich. Die einzige parlamentarische Opposition, die diese Protestbewegung unterstützt, ist die *völkisch-nationalistische* AfD. Die Linke dagegen steht fest an der Seite der Herrschenden. Dies ist eine Schande für die gesamte Linke.“

¹⁵ Siehe dazu den informativen Artikel von micha: „Im Folgenden geht es vor allem um die Frage, wer die AfD wählt. Eine Analyse der bisherigen Europa-, Bundes-, Landes- und zweier bedeutender Kommunalwahlen ergibt folgendes Bild: Die anfangs vermeintlich von Marktradikalen und Konservativen 2013 gegründete und geführte „Professorenpartei“ wählen neben vielen Lohnabhängigen ... höhere Angestellte und Selbständige. Diese Phase beginnt sich nach der Flüchtlingskrise 2015 mit den hessischen Kommunalwahlen 2016 zu verändern. Mit dem Überwiegen der Arbeitenden und Arbeitslosen in der Wählerbasis verwandelt sich die AfD mehr und mehr in eine Protestpartei gegen die herrschende Politik, begleitet angeblich von einer rechtsradikalen Radikalisierung.“ „Wer erschüttert die Republik“ auf https://kommunistische-debatte.de/?page_id=3246

Beginnen wir mit Merkels Grenzöffnung 2015,¹⁶ *die im Interesse deutscher Europa-Politik und des heimischen Kapitals erfolgte*. Diese Grenzöffnung war Ausdruck des Scheiterns der bisher federführend von Deutschland betriebenen Politik der Zuwanderung von Arbeitskräften nach Europa. Dafür war Anfang der 90er Jahre das Grundgesetz Artikel 16 a (Asylparagraph) geändert worden. Mit dem "Asylkompromiss" von 1993 setzten Union, FDP und SPD eine Änderung des Grundgesetzes durch, *was in der Praxis eine Verlagerung von einem Asylrecht für politisch Verfolgte zu einem Einwanderungsgesetz in den deutschen Arbeitsmarkt und Sozialstaat wurde*. Mit dem Sinn und Zweck des ehemaligen Artikel 16 a (Asylgewährung für politisch Verfolgte) hatte die Neufassung nur noch die Paragraphennummer gemeinsam. „In der Praxis bekommen Menschen, die heute nach Deutschland kommen, *nur selten eine Asylberechtigung nach Artikel 16a*. (Hervorhebung von mir, A.S.) Die meisten erhalten Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder einen eingeschränkten (subsidiären) Schutz. Das gilt für Menschen, die nicht als politisch verfolgt gelten, aber trotzdem bleiben dürfen...“¹⁷

Diese Grundgesetzänderung in der BRD wurde außenpolitisch von den Dublin-Verträgen begleitet, die regelten: Wer über einen sicheren Drittstaat einreist, kann sich nicht mehr auf das Asylgrundrecht berufen und hat somit nur einen deutlich „eingeschränkten (subsidiären) Schutz“. Da Deutschland – wie die Spinne im Netz – in der Mitte Europas liegt, wurden viele Lasten der Zuwanderung an die europäischen Außengrenzen verlagert, während Deutschland dank des Schengen-Abkommens (Freizügigkeit in der EU) seinen Arbeitsmarkt weiterhin mit billigen Arbeitskräften versorgen konnte.

Diese Situation war 2015 infolge der amerikanischen Kriege in Afghanistan und dem Irak sowie der Destabilisierung Syriens nicht mehr durchzuhalten. Eine Massenflucht aus dem Nahen Osten setzte ein und überforderte die Staaten an der EU-Außengrenze. Die Staaten waren weder willens noch in der Lage, eine Asylpolitik nach den Dubliner Vereinbarungen weiter umzusetzen. Die EU und speziell Deutschland als Hauptnutznießer dieser Verträge mussten handeln oder die EU würde auseinanderbrechen.

Eine solche Entwicklung war keineswegs im Interesse der deutschen Bourgeoisie. Um ihre führende Rolle in der EU aufrecht zu erhalten, setzte die Merkel-Regierung die Dubliner Verträge „de facto“ aus und öffnete die Grenzen. *Die Unternehmerverbände unterstützten diese Politik der Massenzuwanderung konsequent*, weshalb die Regierung Merkel auch dann noch an der Macht blieb, als diese Politik bereits keine Mehrheit mehr in der eigenen Partei, geschweige denn in der Bevölkerung besaß.

Der Bevölkerung wurde diese Grenzöffnung als humanitäre Geste gegenüber Flüchtlingen – die mit den US-Kriegen erst produziert worden waren – verkauft. Versehen mit

¹⁶ Bereits ein Jahr zuvor war mit der Süd-Osteuropa Erweiterung der EU die Freizügigkeit der Zuwanderung für Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien **ab 2014** auch für Deutschland wirksam geworden. Zu diesem Zeitpunkt setzte eine bis heute andauernde massive „Armutseinwanderung“ ein, die nur in Teilen in den Arbeitsmarkt, aber vollständig in die sozialen Sicherungssysteme der arbeitenden Bevölkerung erfolgte, sowie auf den Wohnungsmarkt im Niedrigmietensegment voll durchschlug. Die damit verbundenen kriminellen Betrügereien dienen heute als Argumente für die Kritik an Bürgergeldempfängern.

¹⁷ <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/asylrecht-weltweit-101.html>

der Aufforderung „Wir schaffen das“ wurde an das Mitgefühl der Bevölkerung appelliert und die neuen urbanen Mittelschichten zur Unterstützung mobilisiert, was auf Grund ihrer Geschichte und Sozialisation problemlos gelang. Nach dem „Aufstand der Anständigen“ zu Beginn des Jahrhunderts gelang es der Regierung erneut, auch in der Zuwanderungsfrage diese Schichten von der Blutspur des Kapitals (US-Kriege und deutscher EU-Politik) auf den Irrweg des „Kampfes gegen rechts“ zu locken.

Die gesamte Linke einschließlich der verbliebenen Kommunisten unterstützten diese Politik. Sie versahen die hauptseitig im Interesse des Kapitals betriebene Zuwanderungspolitik mit vermeintlich linken Etiketten wie „Multikulturelle Gesellschaft“, „No Nations – No Borders“, „Internationale Solidarität“ etc. Dies verdeutlicht die ideologische und politische Hegemonie der Bourgeoisie und der neuen urbanen Mittelschichten über die verbliebenen revolutionären Linken.¹⁸

Eine ernsthafte Analyse der bisherigen Europapolitik der BRD wurde ebenso wenig vorgenommen wie der Versuch, eine eigenständige Position im Interesse der werktätigen Bevölkerung zu formulieren. Kurz gesagt: Auf die Herausarbeitung eines Klassenstandpunkts im Gegensatz zur bourgeoisen Regierungspolitik wurde verzichtet. Er wurde ersetzt durch den „Kampf gegen rechts“, denn „Rechts“ waren alle Kritiker der Zuwanderungspolitik. Eine Steilvorlage für die AfD und ihren Zugewinn an politischem Zuspruch in der Bevölkerung.

Die Interessen der werktätigen Bevölkerung oder deutscher Nationalismus?

Es lag keineswegs im Interesse der Arbeiterklasse, die deutsche Vorherrschaft in der EU aufrecht zu erhalten, was die eigentliche Grundlage der Merkel'schen Zuwanderungspolitik war. Noch war der massenhafte Zustrom an Flüchtlingen, der unweigerlich die industrielle Reservearmee im Land aufblähen musste, noch waren die mit dieser Zuwanderung verbundenen Lohnsenkungen, die deutliche Ausdehnung des Niedriglohnssektors im Interesse der Bevölkerungsmehrheit. Ebenso wenig lagen die damit verbundene Ausblutung der Sozialsysteme, die Verschlechterung der Schulausbildung und die eklatanten Mietsteigerungen durch mangelnden Wohnraum im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Diese Entwicklungen geschahen *im Interesse des deutschen Kapitals*, sowohl außenpolitisch (Ausdehnung der EU und Festigung der Vorherrschaft über die EU), als auch innenpolitisch zur ökonomischen und sozialpolitischen Ausplünderung, Zersplitterung und Verelendung der Arbeiterklasse.

Andreas Wehr, der das Problem sieht, wirft diese Frage in einem Artikel¹⁹ ebenfalls auf. Aber bei ihm geschieht dies ganz im Geiste der Linken, nämlich mit Kritik an der vermeintlich nationalistischen Reaktion der Bevölkerung auf diese Politik: „Kommen wir zum Problem der Migration, dem mit Abstand wichtigsten Antreiber des rechtspopulistischen Erfolgs. Mit der libertär-anarchistischen Parole „No Nations – No Borders“ hat die Linkspartei ihre ganze Verachtung für die Probleme und Ängste der sogenannten ‚kleinen Leute‘ zum Ausdruck gebracht. Doch ganz anders als die Linken verbinden die

¹⁸ Dasselbe war dann sowohl in der Corona- wie der Umwelt- und der Energiepolitik zu beobachten.

¹⁹ <https://www.andreas-wehr.eu/artikel-reader/der-erfolg-der-rechten-ist-das-versagen-der-linken.html>; <https://www.telepolis.de/features/Der-Erfolg-der-Rechten-ist-das-Versagen-der-Linken-10666854.html>

Abgehängten mit der Nation die Hoffnung auf einen Schutz- und Rückzugsraum. Die Vorstellung, dass sich Deutschland in einer multikulturellen Welt auflösen könnte, weckt dort Ängste und Widerstand.“

Es sind keine nationalistisch konnotierten „Vorstellungen“ und „Ängste“ der ‚kleinen Leute‘, „dass sich Deutschland in einer multikulturellen Welt auflösen könnte“, sondern die reale Erfahrung der arbeitenden Massen, dass die von Kapital und Regierung betriebene Zuwanderungspolitik eine Einwanderung in die von der arbeitenden Bevölkerung hauptseitig finanzierten Sozialsysteme darstellt. Die betroffene Bevölkerung verteidigt nicht die deutsche „Nation“ vor „Überfremdung“, sondern den von ihr finanzierten Sozialstaat vor weiterer Ausplünderung im Kapitalinteresse.²⁰

Diese arbeitende Bevölkerung, die von der politischen Klasse und linken Intellektuellen so gerne despektierlich als „kleine Leute“ bezeichnet werden, wendet sich seit Mitte des vorigen Jahrzehnts zunehmend sowohl von den Kapitalparteien als auch von der Linken ab, die in den entscheidenden Fragen (Zuwanderung, Coronapolitik, Energiepolitik, Ukraine Konflikt) Lösungen zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung suchen. Und diese arbeitende Bevölkerung besteht keineswegs nur aus „Deutschen“, sondern, wie Markus Lanz anschaulich schildert, ebenso aus Zugewanderten: „Wir haben 2017 in Gelsenkirchen gedreht und da haben sich Leute, die wir interviewten, lautstark über die Zuwanderung aufgeregt und bekannt, dass sie AfD wählen wollen. Das waren aber keine deutschen Rechtsradikalen, sondern türkische Gastarbeiter der ersten Generation“, berichtet er im Interview mit dem „Stern“. „Ab da sei ihm bewusst gewesen, wie groß dieses Problem werden könnte.“²¹

Und wer stand (neben BDI und DIHT) in vorderster Front bei der Verteidigung und Propagierung dieser Politik: die Linke und die verbliebenen Kommunisten. Sie forderten eine Politik der „offenen Grenzen“²², propagierten die „internationale Solidarität“ (mit wem?) sowie den „Kampf gegen rechts“ und für eine „multikulturelle Gesellschaft“ (siehe AzD 88). Statt *Klasseninteressen* der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland vertraten sie die Interessen des deutschen Kapitals, nur spärlich verdeckt mit dem Propagandamantel der „internationalen Solidarität“,²³ und forderten Hilfe für die Flüchtenden aus

²⁰ Deshalb sind die in der Linken so beliebten Verweise auf Marx und Engels zur irischen Arbeitsmigration nach England oder auf Lenins Position zur asiatischen Einwanderung in die USA unzutreffend und grob irreführend. Weder die Iren noch die chinesischen Zuwanderer in den USA wanderten in einen von der arbeitenden Bevölkerung finanzierten Sozialstaat ein. Den gab es im damaligen Großbritannien ebenso wenig wie in den USA. Es sind also nicht die Ängste vor der „multikulturellen Welt“ und ein in der Linken gerne unterstellter Nationalismus der deutschen Bevölkerung, sondern die „Auflösung“ des von der arbeitenden Bevölkerung finanzierten Sozialstaates zugunsten der vom Kapital gewünschten Zuwanderung.

²¹ <https://www.msn.com/de-de/unterhaltung/tv/markus-lanz-erinnert-sich-an-besuch-in-gelsenkirchen-das-waren-keine-deutschen-rechtsradikalen/ar-AA20ZEiu?ocid=winp1task-bar&cvid=69e0ae0cd15d44d8887e5b19d61f63b3&ei=167>

²² <https://www.die-linke.de/themen/flucht-und-migration/offene-grenzen-fuer-menschen-in-not-und-aufenthaltstitel-jetzt/>

²³ Die bisherige Zuwanderungspolitik der EU und Deutschlands führt auch zu einer dauerhaften Schwächung der betroffenen *Auswanderungsländer*, indem es ihre politisch-ökonomisch aktivsten Kräfte (und allen voran die Jugend), Teile ihrer Intelligenz ebenso wie die hier viel beklagten kriminellen Elemente

der dritten Welt, bezahlt aus den von der arbeitenden Bevölkerung finanzierten Sozialsystemen.

Dies blieb nicht nur der jungen Generation in Erinnerung, sondern einer stetig wachsenden Zahl der von dieser Politik betroffenen Arbeiter. Der Aufstieg der AfD (sie hat mittlerweile den größten Anteil an Arbeiterwählern von allen Parteien im Bundestag) begann, während - die sich in dieser Frage zu Unrecht auf den Marxismus berufende Linke - durch die offene Unterstützung der herrschenden Politik zunehmend politisch diskreditierte und isolierte.

4. Die Brandmauer und ihre politischen Folgen

Die beschriebene zunehmende Auflösung der Sozialpartnerschaft wurde begleitet vom Aufstieg der AfD, der sich deutlich in den letzten Wahlergebnissen und den dadurch entstandenen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen widerspiegelt. Diese Mehrheitsverhältnisse bereiten den Herrschenden zunehmend Probleme.²⁴ In den Parlamenten der Länder, wie auch im Bund, werden die wachsenden gesellschaftlichen Veränderungen als politische Instabilitäten²⁵ deutlicher sichtbar.

Das Klassenbündnis der „alten BRD“ von Kapital, Gewerkschaften und Arbeiterschaft – politisch im Wesentlichen repräsentiert durch Union und SPD – wurde mit dem Aufstieg der Grünen durch ein Bündnis der „neuen urbanen Mittelschichten“ mit dem Kapital ersetzt. Diese neuen Mittelschichten haben dabei die ideologisch-politische Hegemonie über bedeutende Teile der Sozialdemokratie errungen. Ihre Agenda: „Kampf gegen rechts“, Verteidigung der Zuwanderung, eine neue Umwelt- und Energiepolitik zu Lasten der Bevölkerung, eine „woke“²⁶ Kultur- und Rechtspolitik, wurden offen von den Grünen, Teilen der SPD und der Linkspartei verfochten und zur Regierungspolitik gemacht. Infolge dieser Politik reduzierte sich die Wählerschaft der Sozialdemokratie auf

in die kapitalistischen Metropolen zieht, was als Begleiterscheinung praktischerweise die Herrschaft der korrupten Oligarchien/Familienclans oder Militärmachthaber in ehemaligen europäischen Kolonialstaaten Afrikas befestigt, das alles hat der festen Überzeugung der Linken, mit der Unterstützung der Merkel'schen Zuwanderungspolitik einen Akt der gelebten „Internationalen Solidarität“ zu zelebrieren, keinen Abbruch getan.

Wirkliche „internationale Solidarität“ besteht in der Unterstützung des Kampfes der Bevölkerung gegen ihre korrupten Präsidenten und Oligarchien, die in ihrem eigenen und im Interesse der internationalen Konzerne die jeweilige Bevölkerung ausplündern und sich dabei die Taschen füllen. Sie besteht nicht darin, die gesellschaftlich und politisch aktivsten Kräfte dieser Länder – die einen politischen und sozialen Umsturz tragen könnten – nach Europa zu locken.

²⁴ Aktuell führt dies zu hektischen Aktivitäten, die Landesverfassungen in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt zu ändern, um künftige politische Einflussmöglichkeiten der AfD zu begrenzen, die man bisher für sich selbst als selbstverständlich betrachtete. Die Linkspartei macht dabei selbstverständlich mit.

²⁵ So wurde die massive Neuverschuldung (sog. „Sondervermögen“) noch mit den Mehrheiten des bereits abgewählten Parlaments beschlossen.

²⁶ Laut Duden bedeutet *woke*: „in hohem Maß politisch wach und engagiert gegen (insbesondere rassistische, sexistische, soziale) Diskriminierung“.

den Funktionsapparat der Industriegewerkschaften²⁷, auf schrumpfende Teile der Facharbeiterschaft, plus jene Rentner, die schon „immer“ SPD gewählt haben.

Dieses neue Klassenbündnis war die gesellschaftliche Grundlage der Ampel-Regierung. Die Politik dieser Regierung beschleunigte die Abwanderung breiterer Teile der Bevölkerung von den Regierungsparteien und bereitete den Boden für die zunehmenden Wahlerfolge der AfD in den letzten Jahren. Das stetig wachsende Engagement für die Unterstützung des Ukrainekrieges an der Seite der NATO-Staaten, begleitet von einer „Zeitenwende“ in der Rüstungspolitik (Scholz/Pistorius) wurde ein weiterer Katalysator der politischen Isolierung dieser Koalition der sozialen Verelendung und militärischen Aufrüstung.

Dieses „neue“ Bündnis bricht gerade zusammen, ablesbar insbesondere am rapiden Niedergang der Sozialdemokratie und der Grünen, die lange Zeit der ideologische und vielfach auch politische Taktgeber waren. Die Massen haben dieser Politik an der Wahlurne eine Absage erteilt. Noch immer aber üben die neuen urbanen Mittelschichten und ihre Repräsentanten in den genannten Parteien – obwohl vor einem Jahr klar abgewählt - einen wesentlichen Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs zu den oben benannten Politikfeldern aus. Sie stützen sich dabei auf unzählige vom Staat direkt oder indirekt finanzierte sog. „Nicht-Regierungs-Organisationen“ (NGO) sowie entsprechende Stiftungen und Medien. Fester Bestandteil ihrer ideologischen Vorherrschaft ist die Einbindung der verbliebenen linken und kommunistischen Kräfte in ihre Kampagnen gegen rechts, für weitere Zuwanderung, Umweltschutz zu Lasten der Bevölkerung²⁸ und einen pazifistisch verbrämten Nato-Frieden in der Ukraine.²⁹

Solange die wenigen noch vorhandenen kommunistischen Gruppierungen sowie die revolutionären Teile der Linken diese kleinbürgerliche Dominanz nicht abschütteln, solange sie Claqueure für „Campact“ oder „Omas gegen rechts“³⁰ abgeben, statt eigenständige Positionen zu beziehen, gibt es für die wachsende Ablehnung der Regierungspolitik in der Bevölkerung nur die Alternative nach rechts.

Wahre Worte

Diese noch immer vorhandene ideologisch-politische Vorherrschaft liefert die Grundlage dafür, den Unionsparteien eine „Brandmauer gegen rechts“ zu diktieren. Eine nähere Beschäftigung mit dieser verordneten Politik der „Brandmauer“ macht deutlich, dass sie

²⁷ Die Arbeiterwähler wanderten zur AfD und (in geringerem Umfang) zur CDU. Deshalb „Industriegewerkschaften“, weil Verdi unter der Hegemonie der neuen Mittelschichten steht.

²⁸ Aus dem MLPD-Flugblatt zum diesjährigen Ostermarsch: „Stärken wir die Einheitsfront gegen Faschismus, Krieg und Umweltzerstörung insbesondere in den Betrieben.“ Viel Spaß dabei, wo die Gewerkschaftsfunktionäre der Umwandlung von Autobetrieben in Rüstungsschmieden das Wort reden. (VW)

²⁹ Sofortiger Waffenstillstand *ohne Friedensplan*. Kein Wort zur Nato-Mitgliedschaft der BRD und NATO-Truppen auf deutschem Boden.

³⁰ Gesponsert von „Fördermittel des Bundesprogramms *Demokratie leben!*“ und „Das Projekt ‚Medienkompetenz für OMAS GEGEN RECHTS zur Stärkung des demokratischen Diskurses‘ der *Omas gegen rechts* Gießen wurde durch die „Melting Pott“-Kampagne des US-amerikanischen Speiseeishersteller Ben & Jerry's, den Hamburger Fußballverein FC St. Pauli und die Amadeu Antonio Stiftung gefördert und unterstützt, lt. Wikipedia.

letztlich sowohl den Unionsparteien als auch dem rot-grünen Lager schadet. Der einzige Gewinner dieser Ausrichtung ist die AfD, die, je länger die „Brandmauer“ hält, umso mehr Zulauf bekommt.

In einem Zeitungs-Interview wurde Markus Söder mit der Frage konfrontiert: „Friedrich Merz hat im vergangenen Jahr einmal Stimmen der AfD in Kauf genommen. Ist das verwerflich?“ So die höfliche Fragestellung der NZZ. Höflich, weil Merz mit dieser Aktion nicht passiv „Stimmen der AfD in Kauf genommen“ hatte – wie der Fragesteller beschönigend formulierte – sondern mit seinem Handeln bewusst auf Stimmenfang für die Union aus gewesen war und zugleich die Reaktion der Öffentlichkeit und der Parlamentarier testen wollte. Dieser Test ging für die Union nicht gut aus.

Söder dazu rückblickend: „Heute würde man vielleicht anders entscheiden. Erstens wurde die linke Seite dadurch maximal mobilisiert, und zweitens war der triumphierende Auftritt der AfD danach fürchterlich. Ich habe die Gesichter im Bundestag gesehen – das hat viele ins Mark getroffen. «Machtergreifung», das war zumindest das Gefühl. Die meisten haben dann sehr schnell entschieden, dass es in einer zweiten Abstimmung keine solche Mehrheit mehr geben darf. Friedrich Merz hat darauf einen sehr klaren Blick... Über 70 Prozent der Unionswähler lehnen eine Zusammenarbeit (mit der AfD) strikt ab. Es ist ein Trugschluss zu glauben, wir könnten mit der AfD in manchen Bereichen schnellere Beschlüsse fassen. Wir wären am Ende eine gesplante Mini-Union, die gar nichts mehr entscheiden kann.“³¹

Zwei Punkte sind an dieser in Deutschland kaum kommentierten Aussage zu relativieren, die aber ansonsten den Kern des Problems anspricht. Dass Söder und die anderen Unions-Granden vom „triumphierenden Auftritt“ der AfD „ins Mark getroffen“ waren, ist arg zu bezweifeln, da sie diese Situation bewusst herbeigeführt hatten. Ebenso kann man berechnete Zweifel an der Behauptung haben, dass 70 Prozent der Unions-Wähler eine Zusammenarbeit mit der AfD „strikt“ ablehnen würden.³² Beides sind von Söder geschickt gewählte sprachliche Zuspitzungen, um vom politischen Dilemma der Union abzulenken: Ein Zusammengehen mit der AfD würde die Partei so viele Stimmen kosten, dass – und hier sagt er die Wahrheit – „wir am Ende eine gesplante Mini-Union (wären), die gar nichts mehr entscheiden kann.“ Die Union würde der „kleinere Partner“ der AfD in vielen Landesregierungen und nach den letzten Umfragen auch im Bund werden. Das ist ein Ergebnis der von den neuen urbanen Mittelschichten durchgesetzten „Brandmauer gegen rechts“.

Söders Aussage, dass die Aufgabe der „Brandmauer“ die „linke Seite dadurch maximal mobilisier(en)“ würde, macht die oben angesprochene, noch immer vorhandene Vorherrschaft der neuen Mittelschichten über die bürgerlichen Parteien deutlich. Wie wir bereits in der letzten Nummer der AzD entwickelt hatten, hatte die SPD die „Brandmauer“ zur „Eintrittsbedingung“ in die recht klein geratene „Große Koalition“ gemacht³³. Ihre Aufgabe durch die Union würde die Koalition in Frage stellen, alle

³¹ NZZ vom 18.04.2026, S. 5

³² Diese Zahl wurde im gesamten Interview nicht näher belegt.

³³ Siehe dazu: https://kommunistische-debatte.de/?page_id=3148#_ftnref8

„Anständigen“ (G. Schröder) und „Antifaschisten“, also alle von der Regierung finanzierten NGO's³⁴, auf die Straße bringen und der Union nochmals Stimmen aus der politischen Mitte kosten.

Warum wird trotz alledem an der „Brandmauer“ festgehalten? Sie ist die einzige Möglichkeit der Unionsparteien, die Regierung zu stellen, der Sozialdemokratie, in der Regierung zu verbleiben, sowie für Grüne und Linkspartei, im Bund und den Ländern Einfluss auf die Regierungspolitik in entscheidenden Fragen zu nehmen. Und nicht zuletzt bewahrt sie die Einheit der AfD, die bei einer Regierungsbeteiligung auf Grund ihrer arg divergierenden Flügel gefährdet wäre. Die Kampagne gegen rechts, der Versuch ‚eine Brandmauer zu errichten, versucht eine Regierungskoalition zusammenzuhalten, die ihre Mehrheiten in der Bevölkerung verloren hat. Sie wird darum letztendlich scheitern.

5. Die Faschismus-Inflation

Diese selbstmörderische Politik ruiniert die ehemals staatstragenden Parteien ebenso wie die Linke. Begründet wird sie von links durch die Gefahr eines aufkommenden Faschismus durch die AfD. Wobei der Begriff inflationär und ohne seriösen historischen Hintergrund verwendet wird. Wie bereits in der AzD formuliert: „Die Mehrzahl dieser „Antifaschisten“ dürfte Schwierigkeiten haben, den Unterschied zwischen einer Militärdiktatur, Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus zu definieren. Die ‚Dimitroff-Definition‘ aus den 30er Jahren wird da nicht weiterhelfen, da sie bereits damals grundfalsch war.“

Seine Definition: „Der Faschismus an der Macht [... ist ...] die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ ist im Kern ökonomistisch,³⁵ gesellschaftspolitisch inhaltsleer und historisch unzutreffend. Konkret: Wenn wir versuchen, eine Entsprechung dieser Merkmale in der gesellschaftlichen Realität Deutschlands zu finden, so landen wir sehr schnell bei den wechselnden Regierungsparteien (SPD/Union/Grünen) des letzten Jahrzehnts. Das Kapital, bei Dimitroff natürlich das „Finanzkapital“³⁶, steht heute ebenso wie in den letzten Jahrzehnten hinter den Regierungsparteien. Die „am meisten imperialistischen Elemente“ in der BRD sind wiederum die genannten Parteien, die in Litauen eine deutsche Panzerbrigade zu platzieren versuchen, eine massive Aufrüstung betreiben und die ukrainische Armee mit unserem Geld vor dem Zusammenbruch retten wollen.

„Mit der AfD gibt es keinerlei Form der Zusammenarbeit, weder im Bund noch in den Ländern“, sagt SPD-Chef Lars Klingbeil der Bild am Sonntag. Diese Festlegung sei ‚eine Eintrittsbedingung in die Bundesregierung‘ gewesen. Damit machte der Vizekanzler das Festhalten der Union an der ‚Brandmauer‘ zur AfD indirekt zur Bedingung für das Fortbestehen der Regierungskoalition im Bund.“ Hier wird die Grundlage des Regierungsbündnisses offen angesprochen.

³⁴ Außer jenen Linken und Kommunisten, die sich ganz *ohne staatliche Alimentierung* als Organisatoren und Mitläufer einer *unter der politischen Hegemonie der neuen urbanen Mittelschicht* stehenden Kampagne begeistert anschließen und damit politisch selbst kastrieren.

³⁵ Da er versucht, den Faschismus - ebenso wie den Nationalsozialismus - aus der Leninschen Imperialismustheorie und nicht aus den Klassenkämpfen der Weimarer Republik herzuleiten.

³⁶ Wie Lenin es definierte - als Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital.

Niedergang der Sozialpartnerschaft

Die Definition von Dimitroff war und ist – wie gerade oben unterstellt – „gesellschaftspolitisch inhaltsleer und historisch unzutreffend“, weil im Gegensatz zur heutigen AfD die nationalsozialistische Bewegung eine über mehrere Klassen (Teile der Arbeiterschaft, Bauern, Angestellte, alte Mittelschichten, Teile der Intelligenz etc.) hinausgreifende *Massenbewegung* mit einem weitgehend ausformulierten politischen Programm³⁷ und klarer politischer Hierarchie war. Dazu besaß sie eigene militärisch geprägte Formationen und war in der völkisch-nationalistischen Bewegung verankert. Alles dies fehlt der AfD. Sie ist heute das *Sammelbecken* der politischen Opposition gegen Zuwanderung, Sozialabbau und Kriegsunterstützung der Ukraine. Diese Funktion wird sie unweigerlich bei einer Regierungsbeteiligung verlieren. Dazu kommt die mangelnde politische Einigkeit in der sozial- und der außenpolitischen Orientierung zwischen den Flügeln der Partei. Bisher hält die „Brandmauer“ die AfD in der Opposition und damit ihre Flügel zusammen, eine Regierungsbeteiligung wird die Flügelkämpfe offen hervortreten lassen.

Mit deutlich mehr historischer Kenntnis beschreibt ein politischer Reaktionär den Nationalsozialismus mit einigen jener Kriterien und Besonderheiten, die bei Dimitroff fehlen: „Es ist inzwischen völlig klar, dass ‚Nazi‘ ein moderner Sammelbegriff für alle ist, die nicht an Wokeness oder den Sieg des Sozialismus glauben. Die Nazis unterschieden sich von den Rechtskonservativen. Die Nazis hatten eine Miliz namens SA, die auf den Straßen Jagd auf Linke machte. Sie machten kein Hehl daraus, dass sie Krieg wollten. Sie waren erklärte Antisemiten, Rassismus war ihr Programm. Sie wollten keine andere Republik. Sie wollten überhaupt keine Republik, sondern den Führerstaat. In einer Demokratie einer Partei vorzuwerfen, dass sie eine andere politische Richtung einschlagen will, ist albern“.³⁸

Die inhaltsleere Nutzung des Faschismus-Begriffs führt nicht nur zu einem inflationären Gebrauch, wie er im Regierungsauftrag bei verschiedenen Verfassungsschutzämtern, bei der Antifa, im Umfeld von Linkspartei und Grünen, oder besonders ausgeprägt bei der MLPD zu beobachten ist. Er fordert und legitimiert in der politischen Praxis den Abbau demokratischer Rechte, die Einschränkungen der Pressefreiheit und der politischen Meinungsäußerung. Er zielt auf eine Stabilisierung der zerbröselnden Regierungsmehrheit (durch die Einbindung von Grünen und Linken), bei gleichzeitiger Delegitimierung und Illegalisierung der Opposition. Dieser inhaltsleere und ahistorische „Antifaschismus“ ist heute das Kampfpanier des Abbaus bürgerlicher Grundrechte.

³⁷ Hitlers „Mein Kampf“

³⁸ Harald Martenstein in NZZ, 17.02.26, S. 9

Peter Miso

Metamorphosen der Antifas

Die Geschichte der Antifa beginnt mit der von der KPD, unter Vorsitz von Ernst Thälmann, gegründeten 'Antifaschistischen Aktion' auf dem 'Reichseinheitskongress' am 10. Juli 1932, eine partei-übergreifende Sammlungsbewegung gegen einen Sieg der Nationalsozialisten bei der anstehenden Reichstagswahl am 31. Juli 1932. "Der Kongress beschloss ein 'Kampfgelöbnis der *Antifaschistischen Aktion*' und ein Manifest."¹ In der Broschüre 'Was will die Antifaschistische Aktion?' stand geschrieben: "Die *Antifaschistische Aktion* will nicht dulden, dass über Deutschland die faschistische Diktatur errichtet wird, dass die Klassenorganisationen des Proletariats zertrümmert und verboten, dass alle Rechte der Arbeiterklasse mit Füßen getreten, dass die Sozialversicherungen und alle Errungenschaften der Arbeiterbewegung ausgerottet werden."² Das Emblem war ein Rettungsring mit der Aufschrift 'Antifaschistische Aktion' und hatte zwei nach rechts wehende rote Fahnen in der Mitte (symbolisch für die Arbeiterparteien SPD und KPD); Ende der 1970er Jahre kam es zu einer graphischen Änderung mit zwei nach links wehenden Fahnen, die obere Rot, die untere Schwarz (Kommunismus und Anarchismus).

Die 'Antifaschistische Aktion' blieb erfolglos, nach der Machtergreifung Hitlers wurde jeder antifaschistische Widerstand durch die Gestapo ausgemerzt. Viel gab es nicht. Der aus Holland angereiste Anarchist Marinus van der Lubbe verhinderte mit dem am 27. Februar 1933 angesteckten Reichstagsbrand nicht die nationalsozialistische Diktatur, sondern beschleunigte sie, die 'Kommunistische Partei Deutschlands' (KPD) wurde fälschlich der Anstiftung zur Brandstiftung verdächtigt und verboten. Einige auf den Führer Hitler fixierte Attentäter vermehrten seine, nach glücklichem Davonkommen, geschickt propagierte charismatische Herrschaft qua göttlicher Auserwähltheit. Einzeltäter wie z.B. Georg Elser (am 8. November 1939) agierten genauso politisch naiv wie später die christlichen Flugblattverteiler der 'Weißen Rose' (im Kreis um Hans und Sophie Scholl, 1942/43). Streng genommen nicht mehr zum Antifaschismus rechnen darf man oppositionelle Widerständler innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung, z.B. die Gebrüder Strasser, auch nicht die Attentäter vom 20. Juli 1944, eine Verschwörung von Offizieren der Wehrmacht, die lediglich angesichts des verlorengehenden Kriegs einen uneinsichtigen Hitler töten wollten.

Nach dem Ende von Krieg und Nazi-Herrschaft formierte sich als erstes die 'Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes' (VVN), ab 1971 mit der Namensweiterung 'Bund der Antifaschisten' (BdA). In der DDR wurden sie 1953 aufgelöst, in der BRD 1962 beinahe gerichtlich verboten. Der Schwur von Buchenwald gilt ihnen als Vermächtnis - "Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel."³ Schwerpunkt ihrer Tätigkeit ist die Erinnerung an verbrecherische Taten des NS-Staates.

¹ Bernd Langer: Antifaschistische Aktion - Geschichte einer linksradikalen Bewegung', Münster 2015, S. 71

² Ebd., S. 72

³ <https://vvn-bda.de/ueberuns/>

Nachdem eine anarchistisch motivierte militante Antifa in den 1970er Jahren, 'Rote Armee Fraktion' (RAF) und 'Bewegung 2. Juni', zwar einiges Aufsehen erregte, aber nichts Revolutionäres bewirkte, und schließlich scheiterte, beerbten sie die 'Autonomen Antifas', die aber nur regional begrenzte Aktivitäten entfalteten, ihre Basis bildeten soziale Jugendbewegungen. Zugleich entstand eine partei-abhängige Antifa, zumeist irgendwelche politische Jugend, vom KBW bis zur Katholischen Kirche, die aktionsbezogen auftauchte, oft in temporären Bündnissen, z.B. gegen Veranstaltungen der NPD. Der 1971 gegründete 'Kommunistische Bund' (KB) versuchte zuerst mit einer zentralen Antifakommission (1974)⁴ eine deutschlandweite Bündelung diverser antifaschistischer Gruppen, die teils als Antifaschisten (Antifa), teils als Antirassisten (Antira), oder gar als Feministische Antifaschisten (Fantifa) firmierten. Nach der Auflösung des KB (1991) kümmerte sich ab 1992 die 'Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation' (AA/BO) um eine bundesweite Sammlung, bis sich 2001 die AA/BO ebenfalls wieder auflöste⁵.

Eine besondere Rolle spielten die 'Antideutschen', zur Zeit der deutschen Wiedervereinigung u.a. von dem heute etwas anders positionierten Jürgen Elsässer initiiert, die, als quasi Zionistische Antifa (man könnte sie *Zantifa* taufen), den Faschismus primär bei moslemischen Ausländern verorteten, aber auch bei Deutschen, die nicht bereit waren, die israelische Fahne zu schwingen, oder gar (als Nichtjuden) die israelische Regierung zu kritisieren wagten.

Es gibt zwei grundsätzliche Zielrichtungen in den Antifas: einerseits wird der bestehende Staat und die gegenwärtige bürgerliche Regierung als faschistisches System bekämpft, andererseits werden rechte Parteien und Personen angegriffen, wobei heute nur die erste Gruppierung einen theoretischen Background hat, nämlich die bekannte Gleichung Kapitalismus=Faschismus, die anderen verteidigen mit der Demokratie auch die bürgerliche Gesellschaft.

Der "Aufstand der Anständigen"

Der Bundeskanzler der rot-grünen Regierungskoalition, Gerhard Schröder, der bereits 1999 den ersten Angriffskrieg der deutschen Bundeswehr verschuldete und mit der 'Agenda 2000'⁶ die Osterweiterung, mit der nachfolgenden 'Agenda 2010'⁷ den Sozialabbau vorantrieb, prägte dieses Motto für eine staatlich kontrollierte Antifa, einer neuartigen großen Kampagne gegen rechts, nachdem in der Nacht zum 'Tag der deutschen Einheit' im Jahr 2000 ein kaum Schäden verursachender Brandanschlag vor dem Portal einer Düsseldorfer Synagoge stattfand, anlässlich der Tatortbesichtigung mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement (SPD) und dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel: "Wir brauchen einen Aufstand der

⁴ Bernd Langer a.a.O., S. 172ff.

⁵ Ebd., S. 239

⁶ <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/agenda-2000-for-a-stronger-and-wider-union.html>

⁷ https://www.bundestag.de/resource/blob/194020/3346bd80b7d42f1089b471b5ea0a0931/agenda_2010-data.pdf

Anständigen, wegschauen ist nicht mehr erlaubt!"⁸. Ohne irgendeinen Beweis wurde diese Tat deutschen Neonazis in die Schuhe geschoben und 200.000 anständige Deutsche mobilisiert, dagegen zu demonstrieren, eine Beschwörung von Zivilcourage, die mit echter Zivilcourage, die persönlichen Mut erfordert, nichts zu tun hat⁹. Trotzdem die Polizei bereits zwei Monate später einen Marokkaner und einen Palästinenser als Täter verhafteten, ihr Motiv war Rache für einen Kindermord der israelischen Armee im Gazastreifen, der 'Kampf gegen rechts' wurde von da an Staatsräson, sozusagen eine Version 1.0 der Staatsantifa samt diesbezüglicher erster Förderprogramme¹⁰. Damit gab es im Westen erstmals so etwas wie Staatsdemonstrationen. Das hatte es zwar vorher in der DDR gegeben, doch die war ein sozialistischer Staat gewesen, in der nunmehr erweiterten BRD blieb die scheinbar demokratische Regierung ein Büttel der Bourgeoisie. Ermöglicht wurde dieses Ereignis wahrscheinlich nicht zuletzt durch den Umstand, dass die Regierungsparteien SPD und DIE GRÜNEN immer noch für viele als Arbeiter- und Friedenspartei, sowie vorher als regierungskritische Antifaschisten, fungierten. Eine üble Täuschung.

Später wollte man Sympathie wecken für aufgenommene Flüchtlinge, gleich dem Merkel-Wort "Wir schaffen das!", nicht aber sich wirklich gegen rechtsradikale Gruppen wenden. Die Mordtaten des *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU), die im September 2000 begannen, hießen in polizeilichen Ermittlungen lange Zeit 'Döner-Morde', also lediglich interne Migrant-Streitigkeiten, trotzdem der Verfassungsschutz von Anfang an mit Verfassungsschutz-Männern darin präsent war. Ebenso wurden NPD-Verbotswünsche schnell ad acta gelegt, des Staatswohls wegen (d.h. um die Sicherheit der dort anwesenden V-Männer nicht zu gefährden).

Die *klassische* Antifa als Nichtregierungsorganisation geriet in eine schwere Krise. Im antideutschen Sinne gegen die islamische Gefahr zu hetzen, wurde unpopulär infolge der staatlichen Integrationspläne bezüglich der Flüchtlinge, die unter anderem aus Kriegsgebieten unter Mitverantwortung Deutschlands herkamen, gegen rechtsradikale Gruppen aufzutreten oder gar gegen den Verfassungsschutz, was oft auf dasselbe hinauslief, unbequemer aufgrund zu befürchtender staatlicher Sanktionen. Für die klassische Antifa gab es aufreibende Diskussionen über eine Neuorientierung, die in nicht wenigen Fällen in einer Auflösung endeten. "Angeregt diskutiert wurde darüber, inwieweit sich Antifaschismus (als mehr oder minder militante Anti-Nazi-Politik) und Antirassismus (als eher karikative Unterstützung der Migranten) besser miteinander verbinden ließen. Befriedigende Antworten fand man aber nicht. Ungeklärt blieb außerdem, ob sich Antifa-Initiativen um Fördermittel aus den Programmen der Bundesregierung bemühen sollten und welchen Nutzen ein etwaiges NPD-Verbot brächte."¹¹

Corona-Politik

⁸ <https://staatspolitik.de/2000-gerhard-schroeders-aufstand-der-anstaendigen/>

⁹ <https://taz.de/Abenteuer-Menschlichkeit!/1202090/>

¹⁰ <https://www.telepolis.de/article/Aufstand-der-Anstaendigen-Neuer-Anlauf-nach-historischem-Scheitern-9604369.html>

¹¹ Ulrich Peters: Unbeugsam & widerständig, Münster 2014, S. 369

In der Corona-Zeit, der Zeit der Corona-Maßnahmen, demontierte die deutsche Regierung (zuerst CDU/SPD, anschließend eine Koalition in den Ampel-Farben Rot-Gelb-Grün) demokratische Rechte der Bevölkerung. Abgesehen vom milliarden schweren Geschäftsmarketing der Pharma-Industrie intervenierte man grundsätzlich gegen die Klasseninteressen der Arbeiterschaft, z.B. verhinderte, zumindest behinderte *Homeoffice* mittels individueller Isolierung gewerkschaftliche Solidarität. Die Bedeutung des Begriffs 'Solidarität' wurde dreist um 180 Grad gewendet: Solidarität bedeute *social distancing*, hieß es. Neben der Umstrukturierung des Gesundheitswesens zum privatwirtschaftlichen, und damit profitorientierten, Betrieb implementierte *Homeschooling* digitales Lehren und Lernen, unter Ausschluss kritischer Erkenntnis, nämlich Dinge zu begreifen (auf den Begriff zu bringen), was wohl zukünftig eine Erziehung werden soll: hin zum gehorsam funktionierenden Roboter. Selbstverständlich besorgten und besorgen die wohl situierten Bürgerlichen für ihre Kinder menschliche Lehrer.

Die Antifa bekam neue Kampfziele: nicht die faschistoide Corona-Politik wurde angegriffen, nein, deren Opfer - die Ungeimpften! Scheinbar unvermittelt sollten plötzlich die Diskriminierten die Faschisten sein, nicht diejenigen, die sie diskriminieren. Paradoxerweise behaupteten diese neuartigen Antifa-Jünger, als nützliche Idioten für Regierungsgeschäfte im Auftrag der Pharma-Industrie, sie wollten gegen Hass und Hetze aufstehen, während sie die Ungeimpften mit Hass und Hetze verfolgten. "Wir impfen euch alle!"¹² hieß eine ihre Kampfpaparen.

Die angeblich so gefährliche Corona-Pandemie (heute wissen wir, dass die gentechnologischen Corona-Impfstoffe viel gefährlicher sind) war noch nicht für beendet erklärt, da gab es schon ein neues Thema für die neue Regierungspolitik: eine scheinbare Kriegsbedrohung durch Russland. Und folgsam kaperten einige Antifa-Gruppen mit Beginn des Ukraine-Krieges (Februar 2022) die schon traditionellen Ostermärsche der Friedensbewegung mit der Behauptung: Wer daran zweifle, die Ukraine mit Waffenlieferungen gegen Russland zu unterstützen, sei gegen den Frieden, und wer sagt, die Ukraine sei ein Nazi-Regime, sei selber ein Faschist. "Ein Ende des Krieges in der Ukraine wird nicht durch Friedensdemonstrationen, sondern durch den Erfolg des ukrainischen Verteidigungskrieges sowie dessen Unterstützung erlangt." verkündete das Flugblatt 'Für einen antifaschistischen Frieden! Für die Ukraine!' zum Ostermarsch 2023, für das eine Wiener Antifa-Gruppe unter dem Namen Paul Diedrich verantwortlich zeichnete.

Das Correctiv-Spektakel

Am 10. Januar 2024 veröffentlichte CORRECTIV (eine staatstreue deutsche Propaganda-Organisation) ein Skript für ein Trash-Theater¹³ des Inhalts: in einer neuerlichen Wannsee-Konferenz planen Neonazis die Deportation von Millionen Migranten. Das Erstaunlichste daran ist sicher, wie problemlos ein harmloses Treffen ohne angedachte oder gar mögliche politische Umsturzpläne zu einen neuen 1933 hochstilisiert werden konnte. Bereits sieben Tage später wird das Schmierstück als Koproduktion des Berliner Ensembles und des Volkstheaters Wien, in direkter Zusammenarbeit mit CORRECTIV, auf

¹² <https://weiterdenken-marburg.de/2022/02/16/antifa-gewaltaufruf-gegen-montagsspaziergang/>

¹³ <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

die Bühne gebracht.¹⁴ Der theatralische Epilog: "Vielleicht wird dieser Abend auch Teil einer neuen Erzählung, einer Erzählung, die damit beginnt, dass wir uns gegen die faschistischen Kräfte in unserem Land wehren. [...] und dass wir uns unsere Demokratie nicht kaputt machen lassen." - hört sich an wie eine Prophezeiung. Seltsam ist nur, dass sie bereits zwei Tage danach in Erfüllung geht. Die 'taz' errechnete am 3. Februar 2024 "mehr als 2 Millionen Menschen auf mehr als 500 Veranstaltungen quer über die Republik verteilt".¹⁵ Es kann wohl kaum anders sein, als dass diese überraschend großen Demonstrationen 'gegen rechts' ebenfalls noch Teil der Inszenierung sind. Der Zusammenschluss so vieler unterstützender Vereine, sowie der Regierungsparteien (zumindest SPD und DIE GRÜNEN), erforderte eine längerfristige Vorbereitung, das ist unmöglich innerhalb weniger Tage zu realisieren, trotzdem die ganze Macht der Leitmedien genutzt wurde, um erneut einen 'Aufstand der Anständigen' zu veranstalten, Staatsdemonstrationen zur Rettung der Demokratie! Ein Trauerspiel ist die Bundestagsdebatte vom 18. Januar 2024¹⁶, die mit dem Schmierentheater vom Vortag konkurriert. Eine Studie zeigt, dass das "Spektrum der Initiatoren und Organisatoren der Proteste ungewöhnlich breit und vielfältig [war]", DGB, SPD und Grüne samt deren Jugendorganisationen, lokale kirchliche Gruppen, diverse Sozialverbände, Campact u.a. Werbefirmen, Fridays for Future, Omas gegen Rechts - aber nur selten und peripher klassische Antifas.¹⁷ Veranstalter wie Demonstranten gehörten zumeist zur sogenannten politischen Mitte, Linksradikale wurden nicht weniger verbannt als Rechtsradikale; Ausnahme waren die VVN-BdA, die brav und anständig, die CORRECTIV-Räuberpistolen, den "'Masterplan' für 'Remigration' - eine 'ethnische Säuberung' - diskutierten"¹⁸.

Wolf Wetzel sieht in diesem "Placebo-Antifaschismus", dessen Gründung er in der Corona-Zeit verortet, ein Hand-in-Hand-Gehen mit einer nach rechts abgedrifteten Bundesregierung. "Es ist schlichtweg bodenlos, wenn man einen 'Antifaschismus' simuliert, der staatstragender nicht sein kann und allem spottet, was man über den (deutschen) Staat und Faschismus wissen könnte."¹⁹ Dass es hierbei durchaus gewisse bodenständige Interessen gibt, hat Heiner Karuscheit in der Schlussbemerkung seiner Geschichte des Nationalsozialismus klargemacht: "Die wachsende Unzufriedenheit immer breiterer Wählerschichten schlägt sich im Abstieg der bisherigen Volksparteien und dem Aufstieg neuer Parteien nieder, wodurch das eingespielte parlamentarische Herrschaftssystem in Bedrängnis gerät. / In dieser Situation hat die Bourgeoisie angefangen, sich auf den Antifaschismus zu berufen, um im Zeichen des 'Kampfes gegen rechts' und unter der Parole der 'wehrhaften Demokratie' die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft einzuschränken. Das heißt, der Antifaschismus von heute dient den Bürgerlichen dazu, ihre Hegemonie über die Gesellschaft zu sichern."²⁰

¹⁴ Als Video-Aufzeichnung dokumentiert: <https://youtu.be/kJMQODymCsQ?t=1139>

¹⁵ <https://taz.de/Kleine-Chronologie-der-groessten-Demos/!5989674/>

¹⁶ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw03-de-aktuelle-stunde-remigration-986558>

¹⁷ https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2024/05/ipb_paper-1-2024_Rucht_Fuer-Demokratie-2.pdf

¹⁸ <https://vvn-bda.de/das-geheimtreffen-der-neonazi-elite-3-historische-analogien/>

¹⁹ <https://overtone-magazin.de/kolumnen/kohlhaas-unchained/von-potsdam-zu-den-anstaendigen/>

²⁰ Heiner Karuscheit: Der deutsche Rassenstaat, Hamburg 2025, S. 158

Die Herrschaft der Bourgeoisie ist zwar sicherlich ungefährdet im Falle einer Regierungsbeteiligung der AfD, aber die bekannten 'Volksparteien' sind gut eingespielt zur Umsetzung bürgerlicher Politik, die SPD, und ggf. 'Die Linke', sorgt zudem, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, auch in schlechten Zeiten für den Erhalt der Sozialpartnerschaft zur Sicherung des sozialen Friedens, trotzdem dieser Vertrag zwischen Arbeiter und Bürger nur noch dem bürgerlichen Interesse dient. Solange die Arbeiter die Sozialpartnerschaft nicht aufkündigen, wird es keinen Klassenkampf in Deutschland geben. Nicht nur die SPD, auch die Gewerkschaften haben sich von ihren revolutionären Wurzeln losgelöst, so konnte bereits 1954 der ehemalige Bundesjustizminister Thomas Dehler (FDP) sagen: "Ich glaube nicht, daß die Gewerkschaften noch ernstlich eine Bedrohung für unseren Staat sein werden. Es gibt zwar merkwürdige Schriften, die von Leuten verbreitet werden, die nicht dazu berufen sind und noch glauben, ein Recht der Gewerkschaften auf den politischen Streik proklamieren zu können. Wer das tut, weiß nichts vom Recht, weiß nicht, daß ein Streik mit dem Ziele, die staatlichen Organe unter Druck zu setzen, Unrecht ist, Rechtsbruch ist und niemals hingenommen werden kann."²¹

Die Brandmauer

Obwohl bei diesem Treffen in Potsdam nicht nur AfD-Leute teilnahmen, sondern auch Mitglieder von CDU und WerteUnion u.a., ist, und das von vornherein, einzig die AfD die Zielscheibe, so nennt CORRECTIV die Buchausgabe ihres Machwerks ausdrücklich: 'Der AfD-Komplex' (gewiss mit gewollter Anspielung an Stefan Austs Bestseller 'Der Baader-Meinhof-Komplex' - Terror soll das Thema sein). Dem Referenten Martin Sellner von der 'Identitären Bewegung Österreich', einer von den Neuen Rechten, die für Ethnopluralismus eintreten - jede Ethnie für sich, keine Vermischung der Kulturen; also Rassentrennung -, wird ein Masterplan zur Deportation von Ausländern unterstellt; dass der Zuhörer Ulrich Vosgerau sich an nichts dergleichen erinnert, klingt glaubhafter. "Begriffe wie 'Vertreibung' und 'Deportation' hat Sellner nicht benutzt, die hätten ja auch inhaltlich nicht zu seinen Ausführungen gepasst. Auch Hautfarben wurde nie thematisiert, weder in Zusammenhang mit Deutschen noch mit Ausländern. Es ging aber um 'Assimilation' und Leitkultur."²² Während deutsche Leitmedien kein Problem haben, bloße Meinungen als Wahrheiten zu verkünden, bleibt es für laufende Gerichtsprozesse in dieser Sache eine große Schwierigkeit, wie unwahre Tatsachenbehauptungen zu bewerten sind²³.

Bereits im Februar 2024 kam bei den Staatsdemonstrationen das Motto mit der Brandmauer zum Tragen, aber Anfang 2025 wurde es explizit gegen Merz und die CDU gerichtet: "Rechts abbiegen verboten."²⁴ Ursprünglich war es vielleicht nur eine misslungene Wahlkampfstrategie der SPD, die unliebsame Opposition auszugrenzen, von der dann AfD und CDU/CSU profitierten. Das Gedankenspiel ist grobschlächtig: Wenn die

²¹ zitiert nach Rainer Nitsche/Walter Kröber: Grundbuch der bürgerlichen Gesellschaft 3, Darmstadt/Neuwied 1979, S. 205

²² <https://buenger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2024/01/Ulrich-Vosgerau-Ich-werde-rechtlich-gegen-Correctiv-vorgehen-TE-2024-01-18-nmr.pdf>

²³ <https://www.berliner-zeitung.de/news/urteilsbegruendung-deswegen-stuft-gericht-correctiv-bericht-als-unwahre-tatsachenbehauptung-ein-li.10030447>

²⁴ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/rechts-abbiegen-verboten-160000-menschen-protestieren-bei-brandmauer-demo-in-berlin-gegen-cdu-kurs-13120366.html>

Brandmauer fällt, brennt alles ab - kommt die AfD an die Regierung, gibt es einen neuen Reichstagsbrand, die Demokratie fällt, der Nationalsozialismus ist wieder da. Leider kann der AfD nicht wirklich Antisemitismus unterstellt werden, steht sie doch noch fanatischer als alle anderen Parteien im Bundestag auf der Seite Israels, so gab es bei der Abstimmung zum neuen Antisemitismus-Papier am 7. November 2024 bemerkenswerterweise keine Brandmauer im Parlament²⁵. Dass die Ausgrenzung einer Partei, die bei der letzten Bundestagswahl fast so viele Stimmen wie die Siegerpartei CDU gewann, ein skandalöser undemokratischer Vorgang ist, wird ignoriert, stattdessen ernsthaft ein Parteiverbot erwogen. Vor allem die Partei DIE GRÜNEN engagieren sich seit 2025 für ein AfD-Verbot: "Zum Schutz der Demokratie"²⁶. Die VVN-BdA hat bereits im Juni 2024 eine Kampagne gestartet: 'Menschenwürde verteidigen - AfD-Verbot jetzt!'²⁷. Während die VVN früher mit der DKP gemeinsame Sache machte, sympathisiert sie heute mit den Grünen. Die DKP sieht ganz anders dabei einen Versuch, "eine Politik der Aufrüstung, des sozialen Kahlschlags und der imperialistischen Aggression durch eine von jedem politischen Inhalt und der Klassenfrage entkernte Kampagne 'gegen rechts' zu legitimieren"²⁸. Und damit reagiert die DKP deutlich intelligenter als die MLPD, die, völlig im Bann der Pseudo-Recherche von CORRECTIV, am 19. Januar 2024 ein Flugblatt erstellte: 'Für ein Verbot der AfD'²⁹. Die Partei 'Die Linke' wiederum sieht ab Mai 2025 die AfD als "die größte Gefahr für unsere Demokratie und unser Land", nach der Behauptung des Verfassungsschutzes, die AfD sei eine "erwiesene rechtsextreme Bestrebung"³⁰, und stimmt für ein Verbotsverfahren³¹. Ebenso, wie nicht anders zu erwarten, die SPD³². Die KO hat ihrerseits ein kleines Stimmungsbarometer kommunistischer Bewegungen zur AfD zusammengestellt, in der weitere Stellungnahmen zu lesen sind³³.

Der obsessive oberbayerische Nazi-Jäger Klaus Weber, mittlerweile von der Partei der Grünen zur Partei der Linken gewechselt, vergleicht den AfD-Politiker Björn Höcke glattweg mit Hitler, eine Differenzierung von Alt- und Neonazis, letztere mehr durchs neu-rechte 'Institut für Staatspolitik' und dessen Zeitschrift 'Sezession' gebildet, kommt bei ihm nicht vor. "Wenn Hitler von der 'Pflichterfüllung' schreibt, die der Einzelne für den 'Dienst an der Allgemeinheit' unbedingt zu erbringen habe, sind Höckes Ausführungen zum Dienst an der Volksgemeinschaft kaum davon zu unterscheiden: 'Du bist der Gemeinschaft, in die du hineingeboren bist, etwas schuldig. Du trägst eine

²⁵ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw45-de-juedisches-leben-1027708>

²⁶ <https://www.berliner-zeitung.de/news/gruene-laden-parteien-zu-gespraech-ueber-afd-verbot-ein-zum-schutz-der-demokratie-li.2354334>

²⁷ <https://vvn-bda.de/afd-verbot-jetzt-auftakt-zur-kampagne-fuer-ein-afd-verbot/>

²⁸ <https://dkp.de/kein-antifawashing-fuer-kriegstreiber/>

²⁹ <https://www.mlpd.de/2024/01/fuer-ein-verbot-der-afd>

³⁰ <https://netzpolitik.org/2025/verdachtsfall-rechtsextremismus-wir-veroeffentlichen-das-1-000-seitige-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/>

³¹ <https://www.die-linke.de/start/presse/detail/news/afd-verbot-verfahren-jetzt-auf-den-weg-bringen/>

³² <https://vorwaerts.de/inland/spd-will-afd-verbot-vorantreiben-wichtige-fragen-zum-parteitagsbeschluss>

³³ <https://kommunistische-organisation.de/klaerungunddebatte/kommunistische-standpunkte-zur-afd-kontroversen-und-analysen/>

Verantwortung für sie"³⁴ Andererseits steht für ihn Sahra Wagenknecht bereits deshalb im völkisch-nationalen Lager, weil sie ebenfalls das Wort 'Gemeinschaft' gebraucht, das in Webers Kopf sich assoziativ in das Wort 'Volksgemeinschaft' verwandelt. *Worte, Worte, Worte.*

Linke gegen Linke?

Leipzig, Stadtteil Connewitz. "Linke gegen Linke"³⁵ titelten einige Zeitungen schon im Vorfeld der für den 17. Januar 2026 angesagten Demonstration der klassischen Antifa, als Protest gedacht gegen diverse Übergriffe in Connewitz, eine antideutsche Hochburg, mit Belästigungen und Verletzungen von Menschen, die eine Kufiya [Palästinensertuch] tragen, insbesondere nach dem 7. Oktober 2023, jenem Tag, an denen Hamas-Kämpfer eine blutige Widerstandsaktion durchführten, die sehr vielen israelischen Zivilisten das Leben kostete, von seiten Israel allerdings sofort mit einem Vernichtungsfeldzug gegen die internierten Palästinenser im Gazastreifen beantwortet wurde, mit einer deutlich höheren Opferzahl unter der palästinensischen Bevölkerung. Die unter der Parole 'Antifa means Free Palestine' versammelten Antifaschisten zeigten sich zufrieden³⁶, fühlten sich in der Überzahl zu den antideutschen Gegendemonstranten, doch zu Straßenkämpfen kam es nicht, was wahrscheinlich die polizeiliche Maßnahme einer Absperrung von Connewitz hinderte. Nicht hinderte das die bürgerliche Presse, von linken Irrwegen zu reden, garniert mit humanistischen Floskeln: "Wer wirklich Solidarität verdient, ist deshalb nie irgendeine Seite, sondern es sind immer Menschen, die in einer konkreten Situation versuchen, die Bedingungen ihres Lebens zu verbessern. [...] Die Solidarität mit den Menschen in Gaza, die Widerstand gegen Israel leisten, und dem Widerstand gegen die Hamas, die nicht für Befreiung steht. Mit allen, die in Israel für gleiche Rechte für alle kämpfen und jenen, die in Teheran ihr Leben für die Freiheit aufs Spiel setzen."³⁷ Das ist weit entfernt von der revolutionären Parteilichkeit, wie sie Lenin in 'Materialismus und Empirio-kritizismus' formulierte. "Die Aufgabe der Marxisten ist nun hier wie dort, zu *verstehen*, [...] der *eigenen* Linie zu folgen und *die ganze Linie* der uns feindlichen Kräfte und Klassen zu bekämpfen."³⁸

Die von der propalästinensischen Gruppe kritisierte linke Stadträtin Jule Nagel verwahrt sich gegen den Vorwurf, antideutsch zu sein, was schon glaubwürdig ist, doch begreift sie nicht, oder will das nicht begreifen, dass eine israelische Solidarität und eine palästinensische Solidarität gleichzeitig nicht geht. Im Interview für die Zeitung 'der Freitag' (18. Februar 2026), gemeinsam mit Nam Duy Nguyen, sieht sie bei den propalästinensischen Demonstranten, "viele Denunziationen, Lügen und Zuschreibungen im Umlauf.", und sie widerspricht ihrem Parteigenossen Nam sofort, als dieser es verwerflich findet, den Organisatoren jede legitime Motivation abzusprechen: "Die Zielstellung der [propalästinensischen] Demonstration war aus meiner Sicht nicht legitim, weil sie

³⁴ Klaus Weber (Hg.): argument - gestalten der faschisierung, höcke II, Hamburg 2023, S. 40

³⁵ <https://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2026/01/linke-gegen-linke-connewitz-643315>

³⁶ <https://anarchists4palestine.noblogs.org/post/2026/01/23/decolonize-connewitz-ein-statement-aus-berlin/>

³⁷ <https://taz.de/Propalaestinensische-Demo-in-Connewitz/!6146237&s/>

³⁸ LW 14, S. 347

bewusst auf Konfrontation setzte und innerlinke Gegner markierte, statt solidarische Politik zu ermöglichen."³⁹ Doch hatte sie selbst am 6. Januar 2026 dazu aufgerufen, sich den propalästinensischen Demonstranten entgegenzustellen. "Wir rufen dazu auf, am 17. Januar nach Connewitz zu kommen und sich solidarisch dem Aufmarsch jener entgegenzustellen, die Hass und Feindbilder verbreiten."⁴⁰

Desinformations-Kampagne

Die Innenminister der Bundesländer haben einen "Gemeinsamen Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie"⁴¹ beschlossen. Hier werden bundes- und landesweite Aktionen gesammelt und koordiniert.

"Die gezielte Verbreitung von falscher oder irreführender Information, sogenannter Desinformation, stellt eine zunehmende Bedrohung für die Innere Sicherheit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland dar. Deutschland ist in zunehmendem Maße auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen von Desinformation aus dem Ausland aber auch von Akteuren aus dem Inland betroffen. / Besondere Bedeutung für eine wehrhafte Demokratie haben daher die frühzeitige Erkennung von Desinformation, die Stärkung der proaktiven, transparenten und faktenbasierten Kommunikation sowie die Erhöhung der gesellschaftlichen Resilienz gegen Einflussnahme und Manipulation im Informationsraum."⁴²

Mit "Desinformation aus dem Ausland" ist natürlich primär Rußland gemeint. Das Hauptproblem dieser Strategie ist der Umstand, dass die Informationen, die bekämpft werden sollen, eine andere Meinung darstellen und gegenteilige Interessen vertreten, aber keine Täuschungsabsicht haben oder Lügen sind (was 'Desinformation' bedeutet). Zu behaupten: diese anderen Meinungen und Interessen seien eine Desinformation - das, genau das ist eine Desinformation! Auch der Vorwurf der Manipulation kommt wie ein Bumerang zurück: Manipulation bedeutet in dem hier gemeinten psychologischen Sinne: eine gezielte Beeinflussung, eine Steuerung des Verhaltens anderer Menschen. Und wiederum, genau das ist die Aufgabe dieses Aktionsplans! "Im Umgang mit Desinformation ist es notwendig, die gesellschaftliche Resilienz auf der Basis demokratischer Grundwerte zu stärken."⁴³ Die Resilienz soll gestärkt werden, d.h. die Unterdrückten sollen sich nicht zu einem Aufstand gegen die Herrschaft verleiten lassen. Damit bleibt, wenigstens vorläufig, die bürgerliche Hegemonie über die Gesellschaft gesichert. Es ist natürlich fraglich, ob die, die in Not und Elend versinken, dauerhaft dieses falsche Spiel mitspielen werden.

Die Fakten-Checker, manchmal nennen sie sich Fakten-Füchse (treffender wäre die Bezeichnung Fakten-Schimpanzen, gemäß Kiplings *Bandar-log*), sehen Fake News oft

³⁹ <https://knack.news/15427>

⁴⁰ <https://www.linxxnet.de/2026/01/06/stellungnahme-des-linxxnet-zur-mobilisierung-am-17-januar-in-leipzig-connewitz/>

⁴¹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/wehrhafte-demokratie/BMI25080.pdf?>

⁴² Ebd. S. 3

⁴³ Ebd. S. 14

dort, wo politisch-kritische Wahrheiten ausgesprochen werden, aber gerade die gilt es ja zu bekämpfen.

Auch die KI, die sogenannte 'Künstliche Intelligenz' (eigentlich ein Übersetzungsfehler, *artificial* bedeutet 'unecht'; selbst der AI-Mystiker Turing verwendet ehrlicher Weise das Wort 'Imitation' zur Fragestellung: "Sind Digitalrechner denkbar, welche sich beim Imitationsspiel bewähren?"⁴⁴), trägt dazu bei, den Status Quo festzuschreiben, alles, was die gegenwärtigen Verhältnisse in Frage stellt, zu zensieren. Ein Beispiel: Die Google-KI erklärt zur Bedeutung des Begriffs 'Sozialpartnerschaft' als Beteiligte die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, "die in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammenarbeiten [...] auch wenn ihre Interessen - höhere Gewinne auf der einen, bessere Löhne auf der anderen Seite - oft gegensätzlich sind." Damit sind grundlegende Klassengegensätze verschwunden, die unterschiedlichen Interessen reduzieren sich auf 'höhere Gewinne' und 'bessere Löhne'. Durch Vermeidung von Begriffen wie *Korporatismus* bleibt ausgeblendet, daß es sich um einen *politischen* Klassenkompromiß handelt.

Das beliebte Online-Lexikon WIKIPEDIA zögert nicht, für die herrschende Meinung Informationen zu verbiegen. Sabine Schiffer attestiert zudem einen Mangel an essentieller Wissenschaftsmethodik:

"Da nicht bekannt ist, wer sich aufgrund welcher Qualifikation oder Nutzermacht mit einem Artikeleintrag schließlich durchsetzt, fehlt jedoch die Zitierfähigkeit im wissenschaftlichen Sinne. Wichtig und sinnvoll ist es, den Quellen nachzugehen, die bei Wikipedia zusammengetragen werden und als Belege unter den Artikeln verlinkt sind. / Die Qualität dieser Quellen ist genau zu prüfen, denn Wikipedia hat eine etwas eigenwillige Praxis im Anerkennen von Quellen als valide Belege. Es gelten nur Sekundärquellen als zuverlässig. Das wäre in den meisten Wissenschaften genau keine zuverlässige Quelle für einen Beleg, außer da, wo nur Sekundärquellen vorliegen, weil Archive unter Verschluss sind - etwa bei Diplomatie- oder Geheimdienstgeschichte. Wo jedoch Primärquellen vorhanden sind, sind diese einzubeziehen. / Die Idee von Wikipedia ist die, dass Sekundärquellen unabhängige Prüfungen seien. Das gilt tatsächlich, wenn es sich um die Darstellung einer Person handelt und man verhindern will, dass jemand seinen eigenen Beitrag schönt und sich eine nette Vita konstruiert. Wenn es nicht um eine Person, sondern um eine Aussage dieser Person geht - etwa ein Buch oder ein Artikel, den diese Person verfasst hat -, dann wäre es geradezu geboten, die Erstquelle zurate zu ziehen, weil nur diese genau Auskunft über das wirklich Geschriebene bietet. Jedoch gilt eine solche Primärquelle genau nicht als Beleg bei Wikipedia. Damit verfehlt man wissenschaftliche Seriosität."⁴⁵

Medien-Märchen

"'Wir alle sind gemeint.' So empfinden junge Münchner Jüdinnen und Juden den Massenmord der antisemitischen Terror-Miliz Hamas an 1200 Israelis am 7. Oktober 2023." - so beginnt ein Artikel der Süddeutschen Zeitung am 7. Mai 2025, der eine Studie zitiert, die erhellen soll, "wie sich nach dem 7. Oktober 2023 die Welt für junge Münchner Juden

⁴⁴ <https://courses.cs.umbc.edu/471/papers/turing.pdf> (Übersetzung: Kursbuch 8)

⁴⁵ Sabine Schiffer: Medien-Analyse, Frankfurt a. M. 2021, S. 58

verändert hat." Das Ergebnis nennt bereits der Artikel-Titel: "Das Sicherheitsgefühl ist verschwunden". Die Studie zeige: "'wie alltagsprägend Antisemitismus auch hier in München ist', sagt Münchens zweiter Bürgermeister Dominik Krause (Grüne)". Die "Recherche- und Informationsstelle Rias Bayern" wird zitiert: "So viele antisemitische Vorfälle wie noch nie", und Miriam Heigl (Leiterin der Fachstelle für Demokratie): "Das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und ihre Fähigkeit, jüdisches Leben zu schützen, ist erschüttert." Zuletzt, als letzter Satz im SZ-Artikel, die alarmierende Frage für alle Juden in München: "Kann ich hier bleiben, und wie lange noch so?".⁴⁶

"Neueste Untersuchungen haben gezeigt, daß in den Medien gegenwärtig bis zu 46 Prozent mehr gelogen wird als vor 10 Jahren.", schreibt Müller-Ullrich im Vorwort zu seinem Buch 'Medienmärchen'.⁴⁷ Auch dieser Fall ist mehr Märchen als Journalismus: Politisch-kritische Äußerungen zum israelischen Vernichtungskrieg in Gaza werden umgemünzt und maßlos übertrieben in einen mordsgefährlichen neofaschistischen Antisemitismus. Die zitierte *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus* 'RIAS Bayern' ist besonders eifrig im Erfinden antisemitischer Vorfälle. So entlarvte sie (vermeintlich) bereits im Mai 2020 die Proteste gegen (politische, nicht medizinische) Corona-Maßnahmen als neue Brutstätte von exzessiven Antisemitismus.⁴⁸ Die von der SZ aufgegriffene Studie belegt die Gefährdungslage für Münchner Juden z.B. mit Zeitungsberichten in der Art: "Am 18.03.2025 wurden nach einer Kundgebung von 'Palästina spricht' Schmiereereien am Königsplatz hinterlassen, neben bekannten Parolen wie 'from the river to the side' auch die Drohung 'when Gaza burns, Munich burns'"⁴⁹ Abgesehen vom Druckfehler 'side' statt 'sea' wissen die Studienschreiber offenbar nichts davon, daß der Slogan "from the river [Jordan] to the sea [Mittelmeer]" ursprünglich ein Kampfruf der israelischen Zionisten ist: zur Forderung eines Großisraels, dem biblisch von Gott verheißenen *Eretz Israel* [dem *heiligen Land* Israel]. Die okkupierten Palästinenser konterkarieren diesen jüdischen Anspruch mit einer widerständigen Ergänzung: "from the river to the sea - *Palästina will be free*". Zwei Tage nach dem SZ-Artikel bekommt die Studien-Autorin Prof. Dr. Julia Bernstein selber Gelegenheit, in der Zeitung 'Jüdische Allgemeine' aller Welt mitzuteilen, ihre Studie, in der gerade mal 35 von ca. 10.000 bis 20.000 in München lebenden Juden befragt wurden, beweise "eine tiefgreifende Verunsicherung hinsichtlich der Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland".⁵⁰

Wehrhafte Demokratie?

Der Rede von Vizepräsident J.D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 14. Februar 2025 folgten aufgeregte Reaktionen, darüber, dass er in Europa die Redefreiheit auf dem Rückzug sah. "Sie können ein demokratisches Mandat nicht gewinnen, indem Sie Ihre Gegner zensieren oder ins Gefängnis stecken", klagte er, und hatte wohl

⁴⁶ Martin Bernstein: 'Das Sicherheitsgefühl ist verschwunden', SZ 7. Mai 2025, S. 30

⁴⁷ Burkhard Müller-Ullrich: Medienmärchen, München 1996, S. 9

⁴⁸ <https://report-antisemitism.de/rias-bayern/#publications>

⁴⁹ https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:e73769c6-a69c-44f7-bfda-f23d39d305aa/Studie_Zwischen%20Verstecken%20und%20Flagge%20zeigen_final.pdf, S. 12

⁵⁰ <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/nichts-ist-mehr-wie-zuvor-wie-junge-juedische-muenchner-den-7-oktober-erleben/>

den Umgang mit der AfD in Deutschland im Sinn, als er sagte: "wenn politische Führer einen wichtigen Wahlkreis vertreten, ist es unsere Pflicht, zumindest mit ihnen zu reden."⁵¹ Die deutsche Meinung zur Meinungsfreiheit (gemäß Art. 5, Abs. 1 GG) sieht in der Regel so aus, dass diese ende, wo die, leider schwer einzugrenzende, Hassrede anfange. Trotzdem soll eine Zensur nicht stattfinden. Aber es gibt ein Strafrecht. § 130 Volksverhetzung (StGB); wo mit einem seit Dezember 2022 eingefügten Zusatz jemand, der eine Meinung äußert, "die geeignet ist, zu Hass und Gewalt ... aufzustacheln und den öffentlichen Frieden zu stören", mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe rechnen muß. Die vage Formulierung lässt viel Spielraum, störende Kritiker auszuschalten.

Eberhard Schultz weist darauf hin, wie die gegenwärtigen Maßnahmen schon im letzten Jahrhundert anfangen, mit einem "Abbau demokratischer Rechte seit Ende der 1970er-Jahre unter dem Vorwand der 'Terrorismusbekämpfung'", und zitiert dazu eine Erörterung von Heinz Düx in der *Zeitschrift für Rechtspolitik*: "Vorbeugehaft, Kronzeugenregelung, Kontaktsperregezet, die Zulässigkeit des Einsatzes verdeckter Ermittler und deren Verwertung im Strafprozess ohne Zeugenaussagen, beobachtende Fahndung, Rasterfahndung, Schleierfahndung, Anzeigepflicht der Banken über Kontenvorgänge, kleine und große Lauschangriffe und Telefonüberwachungen, Überwachung von Auslandsgesprächen, Dateien von Personen, die aufgrund ihrer 'Persönlichkeit' in Zukunft Straftaten begehen könnten, Ausweisung von Ausländern auf Verdacht hin, Isolationshaft."⁵²

⁵¹ <https://www.blog-der-republik.de/wp-content/uploads/2025/02/2250215-Rede-von-J.D.-Vance-in-Muenchen.pdf>

⁵² Eberhard Schultz: Der Aufbau des autoritären Sicherheitsstaates im 21. Jahrhundert, in Susann Witt-Stahl&Michael Sommer: Antifa heißt Luftangriff, Hamburg 2014, S. 142f.

G.T., Martin Schlegel

Zum Verhältnis von Produktivkräften und Klassenkampf in der Revolutionstheorie

Martin Schlegel

Eine Kritik von G.T. am Chinaartikel der AzD 99 und meine Antwort darauf

In diesem Beitrag wird eine von meinem Chinaartikel in der AzD 99 angeregte Kritik G.T.s und meine Antwort darauf dokumentiert. Ich habe diese Kritik herausgegriffen, weil sie zu einer Diskussion über die Triebkräfte einer sozialen Revolution und die Gestaltungsmöglichkeiten nach ihrer erfolgreichen Durchführung führt. Die angesprochenen Fragen erfordern eine Weiterführung der Auseinandersetzung über den hier dokumentierten Schlagabtausch hinaus. Denn es handelt sich um Fragen, die spätestens seit der russischen Revolution 1917 unter Kommunisten kontrovers diskutiert wurden, wie etwa: Ist eine Revolution mit dem Ziel des Sozialismus in einem ökonomisch rückständigen Land erfolgreich durchführbar, muss es vor Errichtung des Sozialismus eine kapitalistisch dominierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geben und ein Strauß damit zusammenhängender Themen.

Die zweite Kritik G.T.s an meinem Chinaartikel ist auf der Seite https://kommunistische-debatte.de/?page_id=3237 einsehbar. Inzwischen hat G.T. eine Stellungnahme zu meiner Antwort an seiner Kritik geschrieben. Die Auseinandersetzung damit wird in die weitere Diskussion einfließen.

Kritik von G.T. am Chinaartikel in der AzD 99

Lieber Genosse Schlegel,

mit großem Interesse las ich deine Ausführungen zu China. Gerade erst hatte ich eine Auseinandersetzung mit Genossen Spanidis über die gleiche Thematik abgeschlossen und ging nun davon aus, eine meiner nicht unähnlichen Position zu dieser Thematik in der AzD wieder zu finden. Doch weit gefehlt. Deine Position ist der des Genossen Spanidis so ähnlich, dass man zuweilen den Eindruck hat, es handele sich um den gleichen Autor. In der Technik würde man von einem redundanten System sprechen. Sicherlich hast du weit tiefere Einsichten in das Wesen der politischen Ökonomie, doch er wie auch du geht von einer Vorgeschichte des chinesischen Kapitalismus aus, über deren Beharrungsvermögen ich mich immer noch wundere. Insofern werde ich meine seinerzeitige Kritik hier nochmals äußern. Ich werde sie etwas knapper gestalten, da ich der AzD unterstelle, bestimmte grundsätzliche Positionen speziell zur russischen Revolution von 1918, vgl. Alfreds und Heiners Ausführungen aus dem Jahr 2018, nicht noch einmal wiederholen zu müssen.

Sowohl bei der russischen als auch bei der chinesischen „sozialistischen Revolution“ handelt es sich nicht proletarische Revolutionen. Dies schon einfach aus dem Grund des Mangels an selbigem. Dies trifft selbstverständlich auch auf den Befreiungskrieg des VI-ETCONG, als auch auf die Erhebung des 26 July oder ähnliche Aktionen zu, die von den kleinbürgerlichen Sozialisten als sozialistische Revolutionen abgefeiert wurden. Erst

letztlich wurde ich mit der These konfrontiert, dass die Palästinenser eine Vorhut des nahöstlichen Proletariats seien. Ich widerspreche nicht deinem Fazit, dass der chinesische Nationalstaat der Staat einer kapitalistischen Nation ist. Was soll er denn auch anderes sein?

„Die unübersehbaren Erfolge der chinesischen Wirtschaft sind nicht Ergebnis eines Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sondern zwischen unterschiedlichen Ausprägungen des Kapitalismus.“ (S.46) Meine Kritik betrifft einzig deine Vorstellung, er könne etwas anders sein, oder sei gar schon einmal eine Gesellschaft gewesen, die kapitalistische Verhältnisse überwunden gehabt habe. „In China entstand der heutige Kapitalismus aus einer sozialistischen Gesellschaft mit einem Staat, der die Produktionsverhältnisse bestimmte.“ (S. 42) Diese „sozialistischen Gesellschaften“ geistern ja nun schon seit mehr als hundert Jahre durch die Diskussion, ohne dass jemals so recht klar geworden ist, worum es sich politökonomisch dabei wirklich handelt. In ihrer letzten Form, dem „realem Sozialismus“, der von der eigenen Bevölkerung recht schnell nach seiner Postulierung reales Dingsbums genannt wurde, war sie ja auch schon einmal auf deutschem Boden zu Hause. Es war eine Gesellschaft, in der neben Privateigentum, Warenproduktion, Lohnarbeit vor allem Planwirtschaft, das Staatseigentum an Grund und Boden sowie der Produktionsmittel bestimmende Momente waren. Vor allen die beiden letzteren Momente sollten ihn vom anarchischen Kapitalismus, oder wie du ihn euphemistisch nennst, liberalem Kapitalismus grundsätzlich unterscheiden. Diese „Unterscheidungsmerkmale“ halten jedoch einer näheren Betrachtung nicht stand. Eine geplante Produktion und Produktionsausweitung ist ein originäres Moment jedes kapitalistischen Großbetriebes. Deren Pläne überstiegen oftmals bezüglich ihrer Wertbestandteile und ihrer Effizienz das, was in der DDR geplant wurde, um einiges. Ebenso planen diese durchaus eine ausreichend bezahlte Arbeiterschaft und deren Ausbildung mit ein. Dies geht so weit, dass einzelne Werke ihre Betriebskantinen den Familien der Beschäftigten öffnen, weil die Versorgung vor Ort den Anforderungen nicht genügen würde.

Zum Zweiten, das Staatseigentum an Grund und Boden, welches allerdings beispielsweise auch in der DDR nie wirklich konsequent durchgesetzt wurde, ist etwas, was der kapitalistischen Gesellschaft nicht widerspricht sondern umgekehrt seine Effizienz steigert. Die in vielen kapitalistischen Gesellschaften noch immer existierende Grundbesitzerklasse ist für das Kapital nicht nur Kost, sondern ein Faktor, der immer wieder zu Verwerfungen führt und die Ausbeutung behindert. Es ist vor allem ein Relikt, welches viele kapitalistischen Gesellschaften, ob ihrer Geburt aus dem Feudalismus, noch heute als Fremdkörper mit sich herumschleppen. Blicke das Staatseigentum an Produktionsmitteln. Oftmals wurde aus diesem Staatseigentum propagandistisch unter der Hand ein Volkseigentum konstruiert, also Staat und Volk begrifflich gleichgesetzt. Dies führte dann später zu der bekannten Parole: „Das Volk sind wir“. Eine Parole, die diesen Idealismus, ohne es selbst zu bemerken, endgültig ins Absurde transformierte. Dass es sich bei dem Begriff Volk um eine leere Abstraktion handelt, fiel all den kleinbürgerlichen Sozialisten schon deshalb nicht auf, weil sie gar nicht wissen was eine Abstraktion ist.

Der Staat allerdings ist eine Institution, oder genauer eine bürgerliche Institution, die im Sinne der herrschenden Klasse zwischen den Klassen vermittelt. Seine Existenz setzt

also notwendig das Vorhandensein verschiedener Klassen voraus. Nun könnte man allerdings anführen, im „Sozialismus“ sei das Proletariat die herrschende Klasse und würde insofern den Staatsapparat beherrschen, dies bricht sich allerdings an der beobachtbaren Realität. Nicht nur, dass ein Begründungszusammenhang fehlt, der die Fortexistenz eines entmachteten Bürgertums über mehr als ein halbes Jahrhundert erklären müsste, es müsste auch erklärt werden, warum das real existierende Proletariat wenig bis keinen Einfluss auf die Staatsgeschäfte hatte, sowie dass die weit überwiegende Anzahl der Regierungsmitglieder „sozialistischer Staaten“ dem Kleinbürgertum entstammten, selbst die, die eine kurze Zeit dem Proletariat zugerechnet werden könnten, hatten sich als sie dem Staatsapparat durch jahrelange Arbeit in Parteiapparaten der Klasse soweit entfremdet, dass sie vor diesen vor allen Dingen Angst hatten. Dies hier nur, um noch einmal kurz zu umreißen, worüber wir hier konkret eigentlich reden.

Der eigentliche Punkt allerdings ist: Die gedankliche Konstruktion einer „sozialistischen Gesellschaft“ unterstellt, dass Menschen qua (bewusster) Willensentscheidungen eine komplette Entwicklungsperiode der Menschheit überspringen können. Dies ist Idealismus in Reinform und fällt sogar noch hinter den letzten großen Idealisten Hegel zurück. Der hatte zumindest eine Korrelation, der zu sich selbst kommenden Idee, mit sich entwickelnden geschichtlichen Epochen konstatiert. Selbst davon hier keine Spur. Hier als Grundlage die Idee, die Menschen entwickeln eine ihnen wünschenswerte Gesellschaft einzig, weil sie dies wollen, oder auch einige ihrer begabtesten „Führer“ die Eingebung hatten, dass dies der Schritt ist, den die Gesellschaft zu gehen habe. Dass diese begnadeten Führer nicht begriffen, nicht aus göttlicher Eingebung, oder ob eines über den Dingen stehenden Intellektes, auf den Gedanken gekommen zu sein, sondern dass diese, ihre Gedanken, nur der Reflex der sie bestimmenden materiellen Verhältnisse sind, ist ja durchaus noch verzeihlich, dass dies aber noch hundert Jahre später, von Leuten, die sich ernsthaft für „Marxisten“ halten, nachgeplappert wird, ist erschreckend.

Damit will ich nicht die Dialektik zwischen Sein und Bewusstsein leugnen, „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie *ad hominem* |am Menschen| demonstriert, und sie demonstriert *ad hominem*, sobald sie radikal wird. Radikalsein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst“, doch ist eben zu beachten: wer waren diese Massen seinerzeit. Es handelte sich um Bauern, die schwerlich von einer Kritik der Lohnarbeit ergriffen sein konnten, da ihnen diese noch unbekannt war.

Nein lieber Genosse Schlegel, geschichtliche Epochen sind nicht von der Willensentscheidung einzelner Menschen, oder auch Menschengruppen (KP), bestimmbar. Es sind umgekehrt die geschichtlichen materiellen Verhältnisse, die die Gedanken und Ideen der Menschen bestimmen. Damit will ich nicht die großartigen Leistungen schmälern, die die russische und auch chinesische Revolution für die Menschheit erbracht haben, doch es war immer klar, dass aus einer vorkapitalistischen Gesellschaft notwendig eine warenproduzierende Gesellschaft erwachsen muss. Dass heute eine Kritik dieser nun entstandenen Gesellschaften und ihrer Protagonisten ausgerechnet von Leuten kommt, die es

nicht einmal fertig gebracht haben, 1989 auch nur das Bodenrecht der DDR in die kapitalistische BRD zu überführen, macht diese Angelegenheit noch besonders peinlich. Zuweilen liest sich deine Kritik an der KPCh dann auch wie die Anklage eines Mannes, der jäh aus seinen Träumen erwacht und nun der bösen Wirklichkeit vorwirft, ihn enttäuscht zu haben.

Selbst wenn Kommunisten heute, gleichgültig ob in Europa, China, Russland, Amerika oder Afrika die nächsten Schritte der Menschheit, ihre Entwicklung, bestimmen wollen, kann dies einzig in der Form der Negation des Bestehenden erfolgen. Jedoch, um die Lohnarbeit auch nur gedanklich zu negieren, muss sie zumindest vorhanden sein. Wenn Marx konstatiert, dass einzig der Lohnarbeiter das Eigentum gesamtgesellschaftlich negieren kann, so ist dies eben dem Umstand geschuldet, dass er, der Lohnarbeiter, es für seine Person schon negiert hat. Dazu muss natürlich auch begriffen werden, dass Eigentum eine negative Bestimmung ist. Der Privateigentümer verfügt nicht primär über etwas, sondern er schließt andere von der Verfügung aus. Die doppelte Freiheit des Arbeiters ist andererseits entgegen landläufiger Meinung eine positive Bestimmung. Erst die Freiheit von Eigentum macht mich wirklich frei. Dabei ist durchaus klar, dass der Bürger und auch der Kleinbürger, dessen Existenz sich einzig darüber konstituiert, Eigentümer zu sein, dies nur begreifen kann, indem er seine Position, die des Kleinbürgers, negiert und eben die Position des Proletariats einnimmt.

In weit höherem Ausmaß spielt sich dies auf der Ebene der Nationalökonomie ab. Die Idee des „Sozialismus in einer Nation“ unterstellt von vornherein eine Paradoxie, sofern „Sozialismus“ als eine über der Warenproduktion stehende Ökonomie definiert ist. Eine Nation ist ein Gebilde, welches notwendig in Kontakt zu anderen Nationen steht. Eine Nation, die reine Subsistenz betreibt, also nur für sich und nur aus sich heraus produziert, ist schon in der Antike eine Unmöglichkeit und begrifflich ein Widerspruch in sich. Eine Nation und damit der diese repräsentierende Nationalstaat, befindet sich in ökonomischem Kontakt mit anderen Nationen. Dieser Kontakt hat ebenso notwendig die Form der Konkurrenz. Oder auch anders ausgedrückt, die Nation, der Nationalstaat, ist die Form, in der sich die Konkurrenz der einzelnen Produzenten auf internationaler Ebene manifestiert. Diese Konkurrenz vermittelt sich kapitalistisch in „Friedenszeiten“ über den Warenaustausch. Wenn auch im RGW dies immer wieder durch abstruse „Theorien“ verbrämt wurde, konnte dies leider, wie im Nachhinein deutlich zu erkennen ist, an dieser grundlegenden Wahrheit nichts ändern. Dabei ist durchaus und weiß Gott nicht nur im RGW, dieser Austausch nicht notwendig zu jeder Zeit ein Austausch zu realen Werten. Die Dominanz der einen oder anderen Nation kann den Warenverkehr mehr oder minder stark beeinflussen. Ein aktuelles Beispiel ist etwa der Kauf überteuerten Erdgases durch die BRD. Somit kommt aber eben und dies ist hier der eigentliche Punkt, eine „sozialistische“ Nation nicht umhin Warenverkehr zu betreiben. Jetzt kann man natürlich der naiven Vorstellung anheimfallen, dass ein Produkt, welches nicht als Ware produziert wurde, durch wundersame Wandlung in dem Moment, wo es die Grenze überschreitet, erst zu einer solchen wird, umgekehrt würde dann eben auch die Gegenleistung, oft in der Form von Geld, auf dem Rückweg über diese geografische Grenze, dann natürlich auf ebenso wundersame Weise zu einer „Verrechnungseinheit“ mutieren. Dies ist, das musst du zugestehen, für jeden, der sich auch nur ansatzweise mit Ökonomie beschäftigt

G.T., Martin Schlegel

hat schon schwer verdaulicher Stoff. Auch in einem Fall, in dem offiziell nur „Produkte“ getauscht werden, etwa Röhren gegen Gas, handelt es sich beide Male um Waren, selbst dem deutschen Finanzamt ist der Begriff des „geldwerten Vorteils“ bekannt.

Die hinter diesen Verbrämungen stehenden Vorstellungen, die ein uns bekannter Schriftsteller schon vor 150 Jahren an so vielen Stellen zerpfückt hat, ob in seiner Kritik an Proudhon oder im Kapital, sind so frei von jedem Verständnis der politischen Ökonomie, dass ich es wirklich für müßig halte, hier einzelne Zitate anzuführen. Was da im internationalen Verkehr als Ware erscheint, ist in der Regel auch als Ware produziert, auch wenn kleinbürgerliche Sozialisten jedweder Couleur dies durch akrobatisch anmutende Gehirnverrenkungen immer wieder versuchen zu leugnen. Damit will ich nicht sagen, dass durchaus mehr oder minder große Teile der chinesischen Gesellschaft die Warenproduktion, zu Zeiten Maos, noch gar nicht erreicht hatten, doch auch in Brasilien oder Namibia gibt es Bevölkerungsgruppen die noch weit vor der Warenproduktion stehen, dies sagt aber nichts über die ökonomische Verfassung der namibischen oder brasilianischen Nation. Nur weil hierzulande noch immer kleinbürgerliche Theoretiker die Hoffnung haben, irgendwelche vorkapitalistischen Gesellschaften würden sie vom bösen, menschenverachtenden Kapitalismus befreien, wenn es denn die heimischen Arbeiter nicht so recht tun wollen, können solche Theorien doch unter erwachsenen Menschen nicht mehr Gegenstand der Diskussion sein.

Vielleicht abschließend noch ein Wort zu den „Praktikern“. Wenn Marx einst formulierte: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt jedoch darauf an sie zu verändern.“, so war dies, was sich aus dem Zusammenhang (Feuerbach Thesen) ergibt, keine Aufforderung zum Aktionismus, sondern ein erkenntnistheoretisches Postulat. Die Wahrheit ist stets Praxis wie umgekehrt die Praxis stets die Wahrheit ist. Viele chinesische Sozialisten betrachten den Sozialismus als etwas noch zu Erreichendes. Vielleicht manchmal son bisschen Eurozentrismus rausnehmen und sich überlegen, dass die Mädels und Jungens im Osten, nur weil sie kleinere Augen haben, nicht unbedingt auf den Kopf gefallen sind. Es spielt wirklich keine Rolle, welche Farbe die Katze hat.

Solidarische Grüße

GT, November 2025

Antwort von Martin Schlegel auf die Kritik G.T.s

Lieber Genosse G.T.,

Du hast zwei Kritiken zu meinem Chinaartikel in der AzD 99 geschrieben, die zwar so gut wie nicht auf seinen Inhalt eingehen, aber von ihm angeregt wurden. Ich werde auf ein Thema deiner ersten Kritik eingehen, das Fragen der Revolutionstheorie anspricht. Du schreibst unter anderem: „Meine Kritik betrifft einzig deine Vorstellung er [gemeint ist die heutige chinesische Gesellschaftsform; Anmerkung des Verfassers] könne etwas anderes sein, oder sei gar schon einmal eine Gesellschaft gewesen, die kapitalistische Verhältnisse überwunden gehabt habe.“ Auf eine weitere Bemerkung dieser

Kritik werde ich ebenfalls eingehen. Du schreibst: „Sowohl bei der russischen als auch bei der chinesischen ‚sozialistischen‘ Revolution handelt es sich nicht um [um, Ergänzung des Verfassers] proletarische Revolutionen. Dies schon einfach aus dem Grund des Mangels an selbigem.“

Ich möchte mit einem grundlegenden Thema beginnen. Jannis Milios hat in seinem Buch ‘Eine zufällige Begegnung in Venedig. Die Entstehung des kapitalistischen Gesellschaftssystems.’¹ darauf aufmerksam gemacht, dass Marx zwei unterschiedliche Thesen für die Triebkräfte eines Übergangs zu neuen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen genannt hat. Milios führt aus²: „Was die Frage des <<Übergangs>> von einer historischen Gesellschaftsform zu einer anderen anbelangt, so hat Marx in seinen Schriften dazu zwei Antworten gegeben. Nach seinem ersten Erklärungsansatz, der sich auch in der Einleitung <<Zur Kritik der politischen Ökonomie>> findet, gerät die <<Entwicklung der Produktivkräfte>> in Konflikt <<mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen>>, die sich in ihre Fesseln verwandeln. Diese Situation führe unweigerlich zu einem <<revolutionären Wandel>> der Produktionsverhältnisse. [...] Marx schreibt <<Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen oder [...] mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein [...]. *Eine Gesellschaftsform geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet sind*>>.“ Der zweite Ansatz von Marx betont, dass der Klassenkampf die Triebkraft der Geschichte ist. Milios zitiert dazu in einer Fußnote auf Seite 40 Marx und Engels: „Wir haben seit fast 40 Jahren den Klassenkampf als nächste treibende Macht der Geschichte, und speziell den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als großen Hebel der modernen sozialen Umwälzung hervorgehoben.“³

Die erstgenannte These von Marx vertritt auch Stalin, wenn er schreibt: „Zuerst verändern und entwickeln sich die Produktivkräfte der Gesellschaft und dann, *in Abhängigkeit* von diesen Veränderungen und *in Übereinstimmung mit ihnen*, verändern sich die Produktionsverhältnisse der Menschen, ihre ökonomischen Beziehungen.“⁴ Stalin vertritt also die Auffassung, dass die Produktivkräfte die treibenden Kräfte der Geschichte sind, die Klassenkämpfe nur eine Folge davon. Damit hat er eine der Thesen von Marx verabsolutiert, deren Richtigkeit entsprechend dem Lauf der Geschichte neu zu bewerten wäre. Diese Vorstellung findet sich in verschiedenen Abwandlungen und Vorstellungen der Linken. Ich habe das am Beispiel von Jürgen Kuczynski in einem Kapitel des Aufsatzes „Industrie 4.0“ in der AzD 87 behandelt.

¹ Jannis Milios: Eine zufällige Begegnung in Venedig Die Entstehung des Kapitalismus als Gesellschaftssystems, Dietz Verlag, Berlin, 2021.

² Milios, Seite 35

³ Das Zitat entstammt aus einem Zirkularbrief von Marx und Engels an Bebel, Liebknecht, Bracke u.a., MEW 19, Seite 165.

⁴ Milios, Seite 36, kursiv durch Milios

Eine Gegenposition zu Stalins Auffassung nimmt Mao ein, wie Milios darstellt: „In einem in den Jahren 1961/62 entstandenen Text kehrt Mao die Kausalbeziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen um. Er schreibt: >>Zunächst muss man die Produktionsverhältnisse ändern, danach erst ergibt sich die Möglichkeit, die gesellschaftlichen Produktivkräfte in großem Maßstab zu ändern. Dies ist ein allgemeines Gesetz [...]. Die alten Produktionsverhältnisse werden beseitigt und neue aufgebaut, wodurch der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Produktivkräfte ein Weg gebahnt wird [...]>>“⁵ Mao widerspricht damit der einen These von Marx, dass die Existenzbedingungen der neuen Gesellschaft schon im Schoß der alten Gesellschaft ausgebrütet und in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen getreten sein müssen. Die Mao-Zitate entstammen dem von Helmut Martin herausgegebenen Buch: ‘Das machen wir anders als Moskau’⁶. In dem Buch sind Maos Anmerkungen und Kritikpunkte am sowjetischen Lehrbuch der Ökonomie (Fassung von 1959) wiedergegeben. Milios schreibt weiter: „Im staatlichen Nachrichtenmagazin Peking Rundschau (Nr. 38 vom 19. September 1969), in der der 20. Gründungstag der Volksrepublik China gefeiert wurde, erschienen zwei Polemiken, die sich gegen die <<Theorie der Produktivkräfte>> richteten, wie damals Überlegungen bezeichnet wurden, die der Entwicklung der Produktivkräfte Priorität einräumen.“⁷ Maos Charakterisierung des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen beschreibt sein praktisches Vorgehen bei der chinesischen Revolution. Maos Aussage gilt auch für ein höher entwickeltes Land, auch dort muss das Proletariat erst die Macht erringen, um danach die Produktionsverhältnisse umzugestalten. Die Voraussetzung für die Erringung der Macht in China war der breite Aufstand der chinesischen Massen unter Führung der KPCh gegen die Besetzung des Landes und die Unzufriedenheit mit den herrschenden ökonomischen und politischen Verhältnissen, die von der Kuomintang repräsentiert wurden.

Es gibt ein gemeinsames Element beider Positionen: Es muss ein revolutionäres Potential vorhanden sein. Im Fall der These des Primats der Produktivkräfte entsteht dieses Potential notwendigerweise mit der Entwicklung ökonomischen Verhältnisse, da impliziert wird, dass die soziale Lage der Bevölkerung mit der Entwicklung der Produktivkräfte durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau immer schlechter wird. Die These vom Klassenkampf als Triebkraft der Geschichte lässt die Ursachen für die Entwicklung einer revolutionären Situation offen. Marx und Engels wussten, dass die Gründe für einen revolutionären Aufschwung durchaus vielfältig sein können. Für die russische wie die chinesische Revolution gab es jeweils eine Gemengelage unterschiedlicher Ursachen, wobei die Unzufriedenheit mit der sozialen und politischen Lage sicher die ausschlaggebenden waren, aber nicht infolge einer Rebellion der Produktivkräfte gegen die Produktionsverhältnisse. Der revolutionäre Kampf hat in beiden Thesen von Marx das Ziel, die herrschende Macht und Produktionsverhältnisse zu stürzen. Und sicher ist der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft leichter, wenn die Produktivkräfte höher entwickelt sind.

⁵ Milios, Seite 36,37.

⁶ Mao Tse-Tung: Das machen wir anders als Moskau! Kritik an der sowjetischen Politökonomie, Herausgegeben von Helmut Martin, Rowohlt Taschenbuch Verlag, August 1975, Seiten 29, 42.

⁷ Milios, Seite 37,38.

Für Russland wie China stand ebenso wie für andere Schwellenländer entwicklungs-geschichtlich der Übergang von einer agrarisch geprägten Gesellschaft zu einer industriellen an. Dieser Übergang kann, wie etwa die Beispiele China, Taiwan oder Südkorea zeigen, die einen vergleichbaren Entwicklungsstand besaßen, sowohl mit kapitalistischen wie sozialistischen Zielsetzungen durchgeführt werden. Warum das sozialistische chinesische Modell irgendwann weniger erfolgreich als das der kapitalistisch orientierten Nachbarländer war, müsste genauer untersucht werden. Einen Grund habe ich in meinem Artikel genannt: die Exportorientierung, die wie in Südkorea und Taiwan schon früh den Zugang zu der führenden westlichen Technologie mit sich brachte und das erforderliche Kapital für die Erweiterung und Höherentwicklung der Industrie erwirtschaftete – ein Modell, das China in der Reformperiode nachahmte.

Im Hinblick auf China sind daher auch Auffassungen zu hinterfragen, denen Du anzuhängen scheinst, ohne sie klar zu benennen. So etwa die angeblich notwendige stufenweise Abfolge von Gesellschaftsformationen, wonach vor der sozialistischen Phase erst eine kapitalistische stattfinden müsse. Die KPCh hat sich nicht darum geschert und versucht, ausgehend von den vorhandenen Verhältnissen Elemente einer sozialistischen Gesellschaft aufzubauen, indem sie schrittweise den Privatbesitz an Produktionsmitteln, die private Aneignung des Mehrwerts und damit die Ausbreitung von Lohnarbeit unterband. Wenn man China heute für kapitalistisch hält, könnte man natürlich folgern, es wäre damit evident, dass die kapitalistische Phase nicht übersprungen werden kann. Das müsste aber durch eine konkrete Untersuchung belegt werden.

Auch eine weitere Frage, die Du ansprichst, muss unter den heutigen Gegebenheiten neu diskutiert werden: In China wie Russland war das Proletariat gegenüber der Bauernschaft in der Minderheit. Die Revolution mit dem Ziel, den Sozialismus aufzubauen, war also eine Minderheitenrevolution, was Konsequenzen vor und nach der Revolution hatte. Heute ist das Proletariat in den höher entwickelten kapitalistischen Ländern zwar schon länger zahlenmäßig deutlich stärker als die Bauern, aber inzwischen schwächer als die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich (Zahlen für Deutschland siehe z.B.⁸). Auch in den höher entwickelten kapitalistischen Ländern würde eine proletarische Revolution zahlenmäßig eine Minderheitenrevolution sein. Für mich ist auch der Begriff ‚sozialistische Revolution‘ passender als der Begriff ‚proletarische Revolution‘, da er auf das Ziel des Sozialismus, der im Interesse der Mehrheit der Werktätigen ist, und nicht auf die zahlenmäßige Ebene verweist. Jedenfalls scheint mir, dass Du es Dir sehr einfach machst, wenn Du meinst, allein aus zahlenmäßigen Verhältnissen Aussagen über den Charakter einer Revolution ableiten zu können.

Zum Abschluss möchte ich noch auf einen Aspekt eingehen, der mir beim Abfassen des Chinaartikels deutlich geworden ist. Marx schreibt (siehe oben): „Eine Gesellschaftsform geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet sind.“

⁸ Destatis:

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/arbeitsnehmerwirtschaftsbereiche.html>

G.T., Martin Schlegel

Im Chinaartikel der AzD 99 habe ich dargestellt, dass der chinesische Kapitalismus mit seinem neuen Typ von Planwirtschaft manche Probleme zu lösen imstande ist, zu denen der liberale Kapitalismus nicht in der Lage zu sein scheint. Mir scheint keine absolute Grenze erkennbar, an der der Kapitalismus als System an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen muss. Insgesamt möchte ich zu Deinen Kritiken anmerken, dass es für mich einfacher gewesen wäre, wenn Du weniger Punkte, diese aber konkreter und gründlicher behandelt hättest. Oft habe ich erraten müssen, was Du gemeint haben könntest und bin mir nicht sicher, ob ich immer richtig geraten habe.

Solidarische Grüße

Martin Schlegel, März 2026

Zu Russland und dem Ukrainekrieg

Heiner Karuscheit

Fortschrittliche Rolle Russlands? Diskussionsbeitrag für die KO

Im Sommer letzten Jahres hat die *Kommunistische Organisation* eine 31 Seiten starke Broschüre zum Ukraine-Krieg herausgegeben (<https://kommunistische-organisation.de/broschueren/broschuere-russland-widersetzt-sich-in-der-ukraine-dem-imperialismus/>). Andere linke Kräfte, so auch die "Aufsätze zur Diskussion" (AzD), treten für die Niederlage beider Seiten in diesem Krieg ein, wie Lenin das im Ersten Weltkrieg gefordert hat. Dagegen propagiert die KO in insgesamt 18 Thesen den Sieg Russlands, denn, so bereits der Titel: „Russland widersetzt sich in der Ukraine dem Imperialismus“. Die Begründung dafür lautet, dass „Russlands Militäroperation im Interesse der Befreiung der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker“ liegt (9. These).

Laut Vorbemerkung ist die Broschüre nicht der endgültige Standpunkt der KO, sondern nur ein „Aufschlag zur Diskussion“. Der folgende Text versteht sich als ein Beitrag zu dieser Diskussion.

Der Ausgangspunkt: die Konterrevolution 1991

Der historische Ansatzpunkt für die fortschrittliche Rolle Russlands gegenüber dem Imperialismus findet sich in der Bewertung des Untergangs der Sowjetunion, den die KO-Broschüre als „Konterrevolution“ betrachtet, wie das erhebliche Teile der Linken tun, vorweg die DKP.

Nur – was für eine „Konterrevolution“ soll damals stattgefunden haben? Der Begriff setzt voraus, dass eine fortschrittliche Alternative durch einen reaktionären Akt abgebrochen bzw. aufgelöst worden ist. Doch die Sowjetunion jener Zeit war ein gänzlich maroder Staat, der weder gesellschaftlich noch wirtschaftlich noch politisch eine Perspektive hatte (s. dazu das Buch von Karuscheit/Schröder: *Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus*; VTK 1993). Seit dem vollständigen Scheitern des Übergangs zum Kommunismus, der von Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag 1961 für die nächsten 20 Jahre angekündigt worden war, hatten Staat und Gesellschaft einen kontinuierlichen Niedergang erlebt.

Bis auf den Rüstungssektor lagen die gesellschaftlichen Produktivkräfte darnieder und zersetzten sich immer weiter, ohne dass auf dem Boden des Sozialismus ein Ausweg erkennbar war. Welche positive Alternative soll also damals durch die Privatisierung der im Staatseigentum stehenden Produktionsmittel zerstört worden sein?

Außerdem: sollten Kommunisten sich nicht vielleicht die Frage stellen, warum die Arbeiterklasse „ihren“ Staat nicht verteidigt hat? In der Oktoberrevolution 1917 hatte das Proletariat den Sowjetstaat geschaffen, in den 30er Jahren mit einer beispiellosen Kraftanstrengung die Industrialisierung vollbracht, um den Sozialismus aufzubauen, und im 2. Weltkrieg keine Opfer gescheut, um dem scheinbar übermächtigen NS-Deutschland zu widerstehen.

Warum hat diese Arbeiterklasse dann die sog. Konterrevolution nicht verhindert? Weshalb ist sie sowohl beim Verbot der KPdSU im August 1991 als auch bei der anschließenden Auflösung der Sowjetunion passiv geblieben? Offensichtlich stellte die Fortdauer der maroden Staats- und Gesellschaftsordnung für sie keine Perspektive dar, weshalb sie mangels einer Alternative den Übergang zum Kapitalismus ohne Gegenwehr hinnahm.

Ein Oligarchenkapitalismus

Von der „konterrevolutionären“ Bewertung des sowjetischen Untergangs führt in der Broschüre ein gerader Weg zur positiven Beurteilung des gegenwärtigen Herrschaftssystems.

Ausgangspunkt sind die Jahre des Niedergangs und des Ausverkaufs der russischen Rohstoffe unter Jelzin. In Ablösung dieser dunklen Zeit ist nach Auffassung der Autoren der Broschüre mit Putin an der Spitze eine nationale Bourgeoisie an die Macht gelangt, die gegen den westlichen Imperialismus kämpft und deswegen unterstützt werden muss. So weit in Kurzfassung die Interpretation der russischen Entwicklung.

Demgegenüber hat Ditte Gerns, Mitherausgeberin der *Marxistischen Blätter*, 2023 eine Analyse der Moskauer Machtverhältnisse vorgelegt, die zu anderen Ergebnissen kommt als die Darstellung in der KO-Broschüre (im Internet veröffentlicht unter <https://kommunisten.de/rubriken/analysen/8865-machtverhaeltnisse-im-heutigen-russland>; gekürzt abgedruckt in: MBI 5/6-2023).

Ihrer Analyse zufolge entstand in Russland nach Auflösung der Sowjetunion „zunächst ein kapitalistisches System mit weitreichenden monopolistischen Strukturen“, das insbesondere von den sog. Oligarchen getragen war. „Diese spezifische russische Turboakkumulation des Kapitals und die auf ihrer Grundlage entstehende >wilde< Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus“, fährt Gerns fort, „stießen Ende der 90er Jahre an ihre Grenzen, da sie auf Dauer kein erfolgversprechendes Entwicklungsmodell darstellen konnten. Nachdem Putin im März 2000 zum Präsidenten gewählt wurde, begann die staatsmonopolistische Entwicklung in mehr oder weniger geordneten Bahnen zu verlaufen. Er formierte eine politische Koalition, die es ihm ermöglichen sollte, die nach der Zerrüttung Russlands in der Jelzin-Periode entstandenen Konflikte zu lösen und die Politik des Landes dauerhaft zu stabilisieren.“

Das Machtsystem unter Putin

Zu diesem Zweck wurde zum einen der direkte politische Einfluss der Oligarchen zurückgedrängt, außerdem „sicherte sich der Staat die Kontrollmehrheit über die strategisch wichtigen Bereiche der Wirtschaft. Dabei handelte es sich um wichtige Teile der Gas-, Erdöl- und Energiegewinnung, die in den 90er Jahren durch die Privatisierungen teilweise in private Hände gelangt waren, sowie um den systemrelevanten Teil des Bankensystems und des militärisch-industriellen Komplexes. (...) Im Gegenzug sicherte der russische Staat das rohstoffbasierte Akkumulationsregime, den Oligarchen ihre einträglichen Verwertungsbedingungen und eine Politik in ihrem Interesse.“ Aber „trotz des Machtverlusts der früheren Oligarchen“, so das Urteil von Ditte Gerns, „ist Russland weiterhin ein oligarchisch organisiertes Machtsystem, da eine exklusive Elite mit Hilfe

extraktiver politischer und wirtschaftlicher Institutionen maßgeblich die Schwerpunkte in der Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik bestimmt.“

Bestandteil dieser Herrschaftsstrukturen sind auch die privaten militärischen Sonderverbände, von denen es 2023 ca. vierzig (!) gab, darunter als bekannteste die sog. „Wagner-Truppe“ unter ihrem Anführer Prigoschin. Diese Militärunternehmen, so Gerns, schicken ihre Söldner auch zum Einsatz in die Ukraine und bewahren das Regime so davor, noch mehr junge Männer als Wehrpflichtige zu mobilisieren.

Zusammenfassend kommt die Autorin zu dem Ergebnis, „dass das politische System mit einer Clique aus einflussreichen Vertretern der Oligarchie und der Sicherheitskräfte an der Spitze bisher uneingeschränkt die Macht in Russland ausübt. (...) Flankiert wird dieses System durch eine zunehmend nationalistischere, reaktionäre Ideologie, die Eingang in das Bewusstsein vieler Russen und auch weite Teile der politischen, selbst sich als links verstehenden Opposition findet. Damit gelingt es den Herrschenden besonders in Zeiten der militärischen Konfrontation, des Krieges gegen die Ukraine und des Kampfes gegen den >kollektiven Westen<, große Teile der Bevölkerung und der Opposition systemstabilisierend einzubinden.“

Die Autorin selber zieht diesen Vergleich nicht, aber grundsätzlich trägt dieses Regime keinen anderen Charakter als die Oligarchenherrschaft in der Ukraine. Der Unterschied besteht darin, dass der Einfluss der Bandera-Kräfte in Kiew es der russischen Seite erlaubt, den Krieg gegen den Nachbarstaat als „Kampf gegen den Faschismus“ zu deklarieren, was auch die KO-Autoren tun.

Eine großrussisch-imperiale Legitimation des Ukraine-Kriegs

Damit kommen wir zum eigentlichen Krieg und seiner Begründung durch die Moskauer Führung. Die „zunehmend nationalistischere, reaktionäre Ideologie“, die Ditte Gerns benannt hat, bestimmt auch das Staatsverständnis des heutigen Russlands, das seine historische Identität unter Negierung der Sowjetzeit auf das großrussische Zarenreich vor der Oktoberrevolution zurückführt. An elementarer Stelle gehört dazu nicht nur die Ablehnung der Oktoberrevolution, sondern speziell auch der Leninschen Nationalitätenpolitik.

Bekanntlich hatten die Bolschewiki unter Lenins Führung das Selbstbestimmungsrecht für alle vom Zarismus unterdrückten Völker und Nationen verfochten, inklusive des Rechts auf eine eigene staatliche Existenz und auf Loslösung aus dem großrussischen Staatsverband. Seinerzeit entstanden so nicht nur Polen und die baltischen Länder als eigene Staaten, sondern auch die Ukraine. Im Unterschied zu Polen etc. schloss sich die Ukraine allerdings auf dem Boden einer Volksabstimmung freiwillig mit Russland, Belarus (Weißrussland) und den asiatischen Republiken zur „Union der Sozialistischen Volksrepubliken“ (UdSSR) zusammen.

Diese auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts erfolgte Entwicklung gilt der russischen Staatsführung von heute als Verbrechen an Russland, weil sie zur territorialen Verkleinerung des damaligen Großrusslands führte. Am 21. Februar 2022 hielt Putin eine „Rede an die Nation“, mit der die Bevölkerung auf den drei Tage später beginnenden Krieg gegen die Ukraine eingestimmt werden sollte (<https://zeitschrift->

[osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/](https://www.osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/)). Darin führte er aus: „*Vom Standpunkt des historischen Schicksals Russlands und seiner Völker waren die Leninschen Prinzipien des Staatsaufbaus nicht nur einfach ein Fehler, sie waren, sozusagen viel schlimmer als ein Fehler.*“ Und weil 1989 ein ZK-Beschluss der KPdSU den Status aller Unionsrepubliken „als souveräne sozialistische Staaten“ bekräftigt hatte, darin eingeschlossen das Recht auf Austritt aus der Sowjetunion, bezeichnete Putin diesen Beschluss in seiner Rede als „*haltloses Geschwätz über die Rückkehr zum Leninschen Prinzip der nationalen Selbstbestimmung*“.

Das Selbstbestimmungsrecht und die KO

Aber Putin beschränkte sich nicht auf die Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts als solches, sondern sprach den Ukrainern jede nationale Identität überhaupt ab, denn, so der russische Staatschef: „Seit jeher nannten sich die Bewohner der südöstlichen, historischen altrussischen Lande Russen und Orthodoxe“. Mit den „südöstlichen, historischen altrussischen Lande“ ist die Ukraine gemeint, und den russischen und religiös orthodoxen Bewohnern dieser Lande, so der Tenor der Rede, haben erst Lenin und die Bolschewiki eine künstliche ukrainische Nationalität aufgepfropft.

Dieser Argumentation folgend bedeutete der Einmarsch russischer Truppen am 24. Februar 2022 keinen Krieg gegen einen anderen Staat. Er war eine „militärische Spezialoperation“ gegen ein illegitim abgespaltenes Gebiet mit dem Ziel, die künstliche Abtrennung dieses Teils Russlands rückgängig zu machen und dessen Bewohner als „Russen und Orthodoxe“ wieder ins russische Vaterland heimzuholen.

Dieses Vorhaben entpuppte sich als grundlegende Fehleinschätzung, denn die russische Führung erreichte das Gegenteil des Gewollten: statt die Rückkehr nach Russland zu begrüßen, führte der Überfall zu einer Stärkung des ukrainischen Nationalismus und gab insbesondere den Bandera-Anhängern Auftrieb. Das Ergebnis ist, dass die „Spezialoperation“ heute bereits länger dauert als der Krieg der Sowjetunion gegen NS-Deutschland. Darüber hinaus beendete der Krieg die Entspannungspolitik mit der deutschen Bundesrepublik und führte zur Isolierung Russlands gegenüber Europa. Um ein Talleyrand zugeschriebenes Bonmot zu zitieren, auf das Putin in seiner Rede anspielte, als er die Leninsche Nationalitätenpolitik verurteilte: diese „Militäroperation“ war schlimmer als ein Verbrechen, sie war eine Dummheit.

Vor diesem Hintergrund erhellt sich die Stellung der KO-Autoren zur Frage des Selbstbestimmungsrechts. Einerseits verteidigen sie dieses Recht – zu Recht – für den Donbass. Dagegen verlieren sie kein Wort zu der großrussischen Rechtfertigung der „militärischen Spezialoperation“, d.h. zu dem von der russischen Führung zurückgewiesenen Selbstbestimmungsrecht für die Ukraine (in den AzD 95/2022 hat A.Schröder sich in einem Artikel über den Ukraine-Krieg und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen mit der Thematik des Selbstbestimmungsrechts weitergehend auseinandergesetzt). Besonders auffällig dabei ist, dass ihnen die damit verbundene Aburteilung Lenins nicht einen Satz wert ist, geschweige denn eine nähere Auseinandersetzung. Ist dies für Kommunisten nicht etwas befremdlich?

Zerfall der Weltordnung – Auswirkungen auf den Ukraine-Krieg

Wie sieht es nun mit der Beurteilung der weiteren Entwicklung des Ukraine-Konflikts durch die KO aus? Mitte des letzten Jahres, also zum selben Zeitpunkt, als die KO-Broschüre erschien, schrieben wir in dem Grundsatzartikel „Eine neue Weltordnung, eine jämmerliche Bourgeoisie und die Selbstaufgabe der Linken“: „Geostrategisch ziehen die USA sich also aus ihrer bisherigen Vormachtstellung zurück, da deren Aufrechterhaltung zu kostspielig geworden ist. >Die Vereinigten Staaten sind dabei, ihre eigene Weltordnung zu demontieren ..., weil die Existenz als hegemoniale Macht nicht mehr lange aufrechtzuerhalten wäre. Die Last wiegt zu schwer.< Damit löst sich nicht nur die bislang von den USA bestimmte >regelbasierte Weltordnung< auf. Im gleichen Atemzug geht der sog. >kollektive Westen< seinem Ende entgegen, denn die von Trump angekündigte Rückzugsbewegung betrifft in erster Linie Europa.“ (AzD 98, Juni 2025).

Die damals vorgenommene Einschätzung hat sich seither vielfach bestätigt. Ökonomisch und militärisch überfordert, lösen sich die Vereinigten Staaten unter Trump aus internationalen Verpflichtungen, die mit ihrer bisherigen Rolle als dominierende Weltmacht einhergingen, und sind dabei, das Schwergewicht ihrer Kräfte vom Atlantik zum Pazifik, von Europa nach Asien zu verlagern, um sich auf die Auseinandersetzung mit China zu konzentrieren. Verbunden ist dies mit dem Bemühen, die Beziehung zu Russland nicht nur zu entspannen, sondern Russland möglichst auf die eigene Seite zu ziehen.

Ein Fiasko für die deutsche Bourgeoisie

Dieser Politikschwenk hat für den Ukraine-Krieg und die Nato grundlegende Konsequenzen. Unter Bidens Präsidentschaft diente die gegen den Widerstand Deutschlands und Frankreichs vorangetriebene Nato-Mitgliedschaft der Ukraine dazu, die stillschweigende Annäherung der beiden EU-Führungsmächte an Russland zu unterbinden und Europa zu spalten. Dagegen hat Trump sich von einer Nato-Mitgliedschaft der Ukraine deutlich distanziert und stellt darüber hinaus die Nato insgesamt in Frage.

Damit sind bisherige Grundkonstanten der deutschen Außen- und Militärpolitik ins Schwimmen geraten, gehörten doch bislang die Nato und das Bündnis mit den USA zur „Staatsräson“ der Republik. Als Reaktion darauf werden die Rüstungsausgaben gesteigert, doch eine neue außen- und militärpolitische Strategie, die an die Stelle der bisherigen „atlantischen“ Ausrichtung stehen könnte, ist nicht in Sicht.

In der KO-Broschüre, die zur selben Zeit wie der oben zitierte AzD-Artikel erschienen ist, findet sich nicht ein Gedanke zu den Folgen des epochalen Wechsels von Biden zu Trump. Als ob es den voranschreitenden Umbruch der Weltordnung nicht geben würde, steht für die Autoren außer Zweifel, dass der deutsche Imperialismus wie schon immer vorhat, „Russland zu erobern, zu vernichten und zu kolonisieren“ (16.These). Hat einer der beteiligten Autoren sich einmal gefragt, welchen Realitätsgehalt die Behauptung hat, dass das nicht nuklear bewaffnete Deutschland planen würde, die (neben den USA) weltweit stärkste Atommacht Russland zu erobern und zu vernichten – ohne Rückendeckung durch die USA?

Angesichts der Warnung vor einem neuen „Ostlandritt“ mutet in diesem Zusammenhang außerdem etwas anderes doppelt seltsam an: Seit Jahrzehnten gehört die Forderung

nach einem Austritt aus der Nato zum Grundkonsens des Antiimperialismus in Deutschland. „*Deutschland raus aus der Nato – Nato raus aus Deutschland!*“ – das war ehemals eine zentrale gemeinsame Parole von Friedensbewegung und Kommunisten. In der KO-Broschüre ist sie nicht zu finden. Warum ist das so? Eine Begründung dafür findet sich nicht.

Heiner Karuscheit, Januar 2026

G.T.

Anmerkungen zu den Machtverhältnissen im heutigen Russland

In der Diskussion um die Position der KO zur Ukraine Frage wurde ein Text von Ditte Gerns in die Debatte eingebracht. Meiner Ansicht nach ist dieser Text nicht zielführend aus folgenden Gründen:

Ja doch, Ditte ist die Tochter von Willi Gerns, doch wes Geistes Kind sie ist, erschließt sich spätestens bei einem Blick auf ihren Anmerkungsapparat. Da tauchen solch illustre Figuren wie Sergej Udalzew, neben der FR, dem IDW, RBC, IW oder dem Spiegel auf. Quellen wohl gemerkt, die von Frau Gerns nicht etwa kritisch demaskiert werden, nein, unhinterfragt übernimmt sie, was die den Antideutschen vergleichbare Wirrköpfe oder deutsche Propagandainstitute so von sich geben. Dass daneben auch noch die Sozialdemokraten Sjuganow und Strelnikow auftauchen, scheint eher ein Alibi.

Schon meiner 11jährigen Enkelin bringe ich bei, darauf zu achten, jede Aussage eines jeden immer darauf zu prüfen: Wer sagt etwas? Zu wem sagt er es? Wann er es sagt und vor allen Dingen was er nicht sagt. Dies sind Grundlagen des Diskurses, die für Frau Gerns offensichtlich wie für viele ihrer Mitstreiter keinerlei Bedeutung mehr haben. Ganz nebenbei scheint mir dies zumindest ein Teil der Erklärung für den Niedergang der deutschen Linken.

Aber wieder zurück zu Frau G.: Sie, nur weil sie Slawistin und die Tochter von Willi ist, uns als Russland Expertin zu verkaufen, ist doch etwas gewagt. Es gibt weit mehr Slawisten auf diesem kleinen Planeten. Etwa in Chile oder der Türkei finden sich auch welche, die etwas mehr Einblick in die russische Nationalökonomie zu haben scheinen.

Dass russische Kapitalisten in dem Papier durchgängig als Oligarchen tituliert werden, vermittelt, ob gewollt oder nicht, den Eindruck der Verbeugung vor bundesdeutscher Propaganda. Dies erspart ihr zudem eine nähere Bestimmung - Analyse erwartet man ja gar nicht – der russischen Kapitalverhältnisse. Es bleibt völlig im Dunkel, auf Grund welcher ökonomischen Potenzen und mit welchen ökonomischen Mitteln dort von wem Macht projiziert wird.

Auffällig neben dem erwähnten Anmerkungsapparat ist ihr stetes Bemühen, den eigenen Standpunkt im Dunkeln zu lassen. Dies auch wieder ein Markenzeichen des kleinbürgerlichen Diskurses. Immer mal wieder sieht man so ein bisschen STAMOKAP durchscheinen und fühlt sich an die guten alten JUSOS erinnert; das scheint dann aber doch nicht ihr Ding, es bleibt unklar, wo sie sich eigentlich verortet, von wo aus sie ihren kritischen Blick schweifen lässt. Sie ist ohne Standpunkt und damit der Illusion verfallen,

objektiv zu sein. Auch von einer Einschätzung der russischen Militärpolitik erwartet man doch etwas mehr, als sich aus FR, SZ und FAZ zusammenstoppeln lässt. Selbst die JW (eine Tageszeitung) ist in der Lage, diesbezüglich etwas informativere und vor allem konkretere Einschätzungen abzugeben. (L.Lange <https://www.jungewelt.de/artikel/517070.ukraine-krieg-der-algorithmus-deskrieges.html>)

Eine weitere Auffälligkeit besteht weiterhin in der wenig konkreten und zudem sehr oberflächlichen Betrachtung der russischen Nationalökonomie. Wenn ich demgegenüber die Materialsammlung betrachte, die die Genossinnen von der KO zusammengetragen haben, die sich zudem stärker auf russische Quellen beziehen (<https://kommunistische-organisation.de/klaerungunddebatte/entwicklung-des-kapitalismus-in-russland/>), liegt da schon einiges an Strecke zwischen.

Ich weiß nicht, ob Frau Gerns, ob ihrer Russlandkenntnisse, in diesem Verein ernst genommen wird. Aber da halte ich mich raus, ich bin ja auch gespannt, ob und was die antworten. Ich werde mich darauf beschränken, einen Teil all dieser Halbwahrheiten, Voreingenommenheiten, nicht hergeleiteten Verallgemeinerungen und Widersprüche aufzuzeigen, von denen dieser Text nur so strotzt.

„Es bildeten sich große einheimische Finanz-Industriekonglomerate, die bei ihrer Entstehung durch den Staat dadurch geschützt waren, dass ausländische Unternehmen nicht an den großen Privatisierungen teilnahmen.“ - Zum einen ist dies in der hier ausgesprochenen Absolutheit falsch, es haben sich viele große Konzerne aus dem Westen auch ihr Stückchen vom Kuchen seinerzeit gesichert, allein Siemens Energy hat sich die Rückgabe seines Stückchens 2022 mit 6 Mrd. € vom deutschen Staat versilbern lassen, zum anderen ist es Aufgabe eines Nationalstaates, das heimische Kapital zu schützen. Dies fällt dem BRD-Staat zurzeit gerade auf. Dies passt zwar nicht so recht zur immer wieder gepriesenen Ideologie des „Freihandels“, aber mittlerweile sollte selbst Frau Gerns aufgefallen sein, dass es sich bei dieser primär um Propaganda handelte.

„Um den staatlichen Einfluss abzusichern, übernahmen hochrangige Beamte und Geheimdienstler (Silowiki) aus Putins vertrautem Kreis die Chefetagen der staatlich dominierten Konzerne. Damit begannen sie faktisch als Oligarchen im Auftrag des Staates, eine bedeutende Rolle im polit-ökonomischen Komplex des Landes zu spielen und gewannen an politischem Einfluss.“ — Na, das ist jetzt aber ein ganz ungewöhnliches Vorgehen bei der Gründung bürgerlicher Staaten.

„Im Gegenzug sicherte der russische Staat das rohstoffbasierte Akkumulationsregime, den Oligarchen ihre einträglichen Verwertungsbedingungen und eine Politik in ihrem Interesse.“ — Man könnte ja denken, dass dies die grundsätzliche Funktion eines Staates ist, wenn es da nicht um die bösen Russen ginge.

„In ihren Unternehmenskonglomeraten verschmelzen Finanz- und Industriekapital.“ — Einmal davon abgesehen, dass Lenin dies als ein Zeichen des modernen Kapitalismus beschrieben hat, fehlt hier noch eklatanter als bei ihm ein Nachweis, welche Relevanz dies für das produktive Kapital hat. Dass sich für Marx diese Problematik eher umgekehrt darstellt, für ihn also die Trennung von produktivem und zinstragendem Kapital das Bemerkenswerte ist, schein in dieser Diskussion auch verloren gegangen zu

sein. „Es ist in der Tat nur die Trennung der Kapitalisten in Geldkapitalisten und industrielle Kapitalisten, die einen Teil des Profits in Zins verwandelt, die überhaupt die Kategorie des Zinses schafft; und es ist nur die Konkurrenz zwischen diesen beiden Sorten Kapitalisten, die den Zinsfuß schafft.“ (MEW 25 S. 383)

„Parallel dazu wurde der direkte politische Einfluss der Oligarchen zurückgedrängt. Dazu wurden zum einen die Medienimperien zerschlagen. Zum anderen sicherte sich der Staat, die Kontrollmehrheit über die strategisch wichtigen Bereiche der Wirtschaft. Dabei handelte es sich um wichtige Teile der Gas-, Erdöl- und Energiegewinnung, die in den 90er Jahren durch die Privatisierungen teilweise in private Hände gelangt waren, sowie um den systemrelevanten Teil des Bankensystems und des militärisch-industriellen Komplexes.“ — Dies hier will nicht so recht in die übrige Argumentation des Artikels hineinpassen. Ein bürgerlicher Staat wagt es, direkt in die Eigentumsordnung der herrschenden Klasse einzugreifen, da weiß der Bürger doch sofort, das können nur Sozialisten sein. Das Geschrei seinerzeit hierzulande war, wie wir uns erinnern, auch entsprechend.

„Im Gegenzug sicherte der russische Staat das rohstoffbasierte Akkumulationsregime, den Oligarchen ihre einträglichen Verwertungsbedingungen und eine Politik in ihrem Interesse.“ — Nein, glauben wir es denn, ein Nationalstaat sichert seinen Kapitalisten ihre Verwertungsbedingungen, wer hätte gedacht, dass so etwas möglich ist.

„Ein Report des unternehmernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft von 2022 kommt im Gegensatz zu einigen Politologen, die den Machtverlust der Oligarchen überbewerten, zu dem Schluss: "Trotz des Machtverlusts der früheren Oligarchen ist Russland weiterhin ein oligarchisch organisiertes Machtsystem, da eine exklusive Elite mit Hilfe extraktiver politischer und wirtschaftlicher Institutionen maßgeblich die Schwerpunkte in der Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik bestimmt.“ — Das DIW kommt ja nun bekannter Maßen oftmals zu anderen Schlüssen als namhafte Wissenschaftler, sich allerdings dann auf dieses zu berufen und die „Politologen“ namenlos zu belassen, sagt allerdings mehr über Frau Gerns als über selbige. Es soll ja sogar Menschen geben, denen das DIW als Propagandainstitut des BRD-Bürgertums gilt.

„Als Beispiel für die enge Verzahnung von Staat und Oligarchie seien hier die Steuereinnahmen genannt. Einige Zahlen: 2016 betrug der Umfang der Steuereinnahmen der RF 28,2 Bio. Rubel, wovon 11,4 Bio. Rubel oder gut 40 % aus der Besteuerung von Unternehmen stammen.“ — will mir das sagen, wenn ein Staat seine Einnahmen vor allem der Arbeiterinnenklasse abpresst, ist er mit dieser verzahnt wie etwa die BRD???

„Nachdem Putin im März 2000 zum Präsidenten gewählt wurde, begann die staatsmonopolistische Entwicklung in mehr oder weniger geordneten Bahnen zu verlaufen. Er formierte eine politische Koalition, die es ihm ermöglichen sollte, die nach der Zerrüttung Russlands in der Jelzin-Periode entstandenen Konflikte zu lösen und die Politik des Landes dauerhaft zu stabilisieren.“ — Was auch immer eine staatsmonopolistische Entwicklung sein könnte, bleibt dabei aber weiterhin im Dunkel bundesdeutschen Intellektuellengeschwafels. „Generell kann man sagen, dass die größten Steuerzahler vollständig oder teilweise unter staatlicher Kontrolle stehen.“ — Soll heißen, die großen russischen Konzerne werden durch den Staat kontrolliert. Auch dies gemahnt doch sehr eindringlich an bösen Sozialismus, wenn es denn nicht direkt bundesdeutsche Propaganda

entnommen wäre. Andererseits ließe sich ja unter Umständen von Staatsbetrieben sprechen, über die auch eine BRD (Post, Bahn, Energieinfrastruktur, etc.) Jahrzehnte lang verfügte.

„Damit geht die Tendenz einher, dass das Problem, Lücken im Staatshaushalt zu füllen, bisher immer mehr auf Kosten der großen Steuerzahler aus den staatlich dominierten Bereichen der Öl- und Gasförderung, gelöst wird. Private Oligarchen werden geschont.“ — Wie macht das denn ein „normaler“ bürgerlicher Staat? Wo greift der denn hin, wenn ihm das Geld ausgeht? Schauen sie mal hin, Frau Gerns, in der BRD oder den USA z.Z. gut zu beobachten.

„Wenn der Staat einen signifikanten Teil seiner Einnahmen von einer Hand voll vor allem rohstofffördernder Unternehmen bezieht, macht er sich damit vom volatilen Weltmarktgeschehen, Devisenschwankungen und politischem Druck abhängig.“ — Dieses „macht er sich“ soll ja wohl suggerieren, es sei die freie Entscheidung eines jeden Nationalstaates, wie er sich zum Weltmarkt verhält. Da fragt man sich schon, auf welchem ökonomischen Grundverständnis bauen derartige Einschätzungen auf?

„Ein Grund hierfür ist einerseits die Marktöffnung in den neunziger Jahren, wo einheimische Produkte durch Importe vom Markt verdrängt wurden.“ — Na da kommt man jetzt aber durcheinander, hat der russische Staat nun wie anfangs behauptet, seine Kapitalisten vor ausländischer Konkurrenz geschützt oder war es doch eher eine Marktöffnung? Etwas mehr Stringenz in der Argumentation wäre wünschenswert.

„Die Tatsache, dass die spätestens seit den westlichen Sanktionen nach der Übernahme der Krim proklamierte Offensive zur Importsubstitution bisher keine großen Erfolge gezeitigt hat, ist dieser geringeren Profitabilität geschuldet.“ — Mit Bezug auf eine eigene Studie berichtet RIA Nowosti: "Im vergangenen Jahr stieg das Exportvolumen um 2,2 Prozent und erreichte 476,1 Milliarden US-Dollar. Davon entfielen 433,9 Milliarden US-Dollar auf den Export von Waren und 42,2 Milliarden US-Dollar auf Dienstleistungen. Trotz des Anstiegs der Exporteinnahmen sank ihr Anteil am BIP auf den niedrigsten Stand seit 1994 auf 21,9 Prozent. Im Jahr zuvor lag er noch bei 22,6 Prozent.“ Bei einem derart krassem Widerspruch zu Aussagen der russischen offiziellen Politik zur Importsubstitution wären ein paar Nachweise für diese These vielleicht nicht schlecht.

„Das Politbüro 2.0 ist als informelles Organ, das sich nach dem Machtantritt Putins herausgebildet hat, dazu da, die bestehenden Widersprüche zu lösen.“ — Dass dieses „Politbüro 2.0“ eine theoretische Konstruktion von Mintschenko gegen die These einer Präsidialdemokratie ist, der durchaus andere namhafte russische Politologen widersprechen, könnte man kenntlich machen. Stattdessen wird dieses Modell unter der Hand als unwidersprochene Realität Russlands dargestellt.

„Die Silowiki haben schon immer eine große Rolle im russischen Machtgefüge gespielt. Sie sind die entscheidende Kraft im vom Präsidenten geleiteten russischen Sicherheitsrat, in dem gemeinsame Entscheidungen in Sachen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik getroffen werden sollen. Viele der Sicherheitsratsmitglieder sind enge Weggefährten Putins aus Leningrader Tagen.“ — Derartiges scheint Frau Gerns ja für

bürgerliche Politik so ungewöhnlich, dass man sich schon fragt, in welchem Land lebt diese Frau - oder läuft sie seit fünfzig Jahren blind und taub durch die BRD.

„...die m.E. ganz bewusst im Fernsehen übertragen wurde.“ — glaubt Frau Gerns allen Ernstes, es gäbe irgendetwas in einem bürgerlichen Propagandaapparat, wozu das TV gehört, was zufällig oder gar „unbewusst“ übertragen würde? Die Naivität deutscher Linker ist durch nichts zu überbieten.

„Wichtiger als Kadyrow ... kann davon ausgegangen werden, dass eine weitere Privatisierung hoheitlicher Sicherheits- und Militäraufgaben bevorsteht.“ — Diese etwas längere Abhandlung über russische Militärs ist dann ja wohl doch der wirklichen Geschichte als falsche Einschätzung zum Opfer gefallen. Manchmal spielt die Wirklichkeit einem Idealisten die seltsamsten Streiche. Schade aber auch.

„Der Bau wurde nicht vom Verteidigungsministerium, sondern von Gazprom finanziert. Bereits 2021 wies Putin das Unternehmen an, einen Konzessionsvertrag mit dem Ministerium abzuschließen.“ — welch eine Überraschung, der russische Nationalstaat kennt das Instrument des PPP (public private partnership). Bisläng dachten wir, dass nur die liberalen westlichen Staaten dieses hochmoderne Instrument anwenden. Hier in der RF ist dies allerdings a) ein Indiz dafür, dass es sich dort um staatsmonopolistischen Kapitalismus handelt, b) zudem ein Anzeichen für die Privatisierung des Militärs. Das ähnlich fundierte „Analysen“ vor 50 Jahren von den Jusos für diverse westliche Staaten vorgelegt wurden, macht die Sache auch nicht besser.

„Während die vom Krieg profitierenden Kreise der Oligarchie, wie oben bereits erwähnt, z.T. scharfe Kritik an dem ihrer Meinung nach inkonsequenten Vorgehen der Staatsorgane in der Kriegssituation üben, kam von anderen Teilen der Oligarchie vorsichtige Kritik am Krieg. Diese Äußerungen haben meines Wissens zu keinen Konsequenzen für die Kritiker geführt, ebenso wenig die mangelnde "Spendenbereitschaft" der Oligarchen. Ganz im Gegenteil: Der Staat scheint ihre wirtschaftlichen Interessen, soweit es ihm möglich ist, zu wahren, auch wenn das mit Blick auf den Krieg zu Widersprüchen führt.“ — Einmal davon abgesehen, dass doch sehr an bundesdeutsche Propaganda gemahnt, russische Kapitalisten durchgängig als Oligarchen zu titulieren, obwohl sie sich durch nichts von den entsprechenden westlichen Charaktermasken unterscheiden, finden wir auch hier nichts weiter als das übliche Verhältnis zwischen Kapital und Staat, welches allerdings nach Frau Gerns für die RF aus nicht genannten Gründen eine Besonderheit darstellt. Eher als Besonderheit erwähnenswert wäre im Unterschied die BRD, die z.Z. dermaßen unter Druck steht, dass sie jede Kritik an ihrem Kriegskurs unter drakonische Strafen stellt, die für die Betroffene mittlerweile ernste existentielle Folgen haben.

„Im Gegenzug sicherte der russische Staat das rohstoffbasierte Akkumulationsregime, den Oligarchen ihre einträglichen Verwertungsbedingungen und eine Politik in ihrem Interesse.“ Aber: „trotz des Machtverlusts der früheren Oligarchen“, so das Urteil von Ditte Gerns, „ist Russland weiterhin ein oligarchisch organisiertes Machtsystem,“ – Dass dieses „Machtsystem“ andernorts einfach und mit Recht Kapitalismus genannt wird, scheint ihr entgangen.

„Die KPRF versteht sich als Korrektiv zur oligarchenfreundlichen Regierung, indem sie sich als Vertreterin der sozialen Interessen der Bevölkerung und des Wohls des gesamten Landes sieht. Dabei liegt ihr Bezugspunkt in der sowjetischen Geschichte, was sie dadurch bekräftigt, dass sie stets von der Notwendigkeit einer leninistisch-stalinistischen Modernisierung spricht, mit der an die alten Errungenschaften angeknüpft und zu alter Größe zurückgekehrt werden soll.“ – So wird denn im Folgenden über viele Absätze recht langatmig herausgestellt, dass es sich bei selbiger um eine originär sozialdemokratische Partei handele. Sehr aufschlussreich und detailliert, aber nicht wirklich neu und auch von sehr begrenztem Erkenntnisgewinn.

Besonderes Augenmerk legt sie dann aber nochmals auf die „antiliberalen“ Ausrichtung besagter Partei: „Es wurde ein Präsidialerlass "Über die Verabschiedung der grundlegenden staatlichen Politik zur Bewahrung und Stärkung der traditionellen russischen geistigen und moralischen Werte" erlassen. Gesetze zum Verbot der Propaganda von LGBT-Ideen und zum Schutz der russischen Sprache vor Überfremdung wurden verabschiedet.“ – Dies scheint für sie, treu liberal eurozentrisch, ein wesentliches Indiz, dass es sich bei dieser um keine fortschrittliche Partei handele.

„Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das politische System mit einer Clique aus einflussreichen Vertretern der Oligarchie und der Sicherheitskräfte an der Spitze bisher uneingeschränkt die Macht in Russland ausübt. Präsident Putin gelingt es bis heute ihre zum Teil unterschiedlichen Interessen auszutarieren und zwischen ihnen zu vermitteln.“ – schreibt Frau Gerns, ohne zu bemerken, dass – wenn sie Clique durch Gruppe und Oligarchen durch Kapitalisten ersetzt – sie einen normalen bürgerlichen Staat beschreibt. Dass sie dies als Besonderheit der RF darstellt, lässt nur noch den Schluss zu, dass diese „Analyse“ den russischen Staat als nicht kapitalistischen Staat charakterisieren soll. Zu welchem Zweck oder für welchen Erkenntnisgewinn dies geschieht, bleibt im Dunkel.

Inwieweit sich aus all diesem ableiten lässt, dass es sich bei der RF um einen reaktionären Nationalstaat handelt, scheint mir fraglich. Es erscheint eher so, als würde im Endeffekt dann doch ihre Herkunft aus der staatsmonopolistischen Tradition ihr Herangehen bestimmen. Wie dort seinerzeit nicht begriffen wurde, dass die in der Kritik der politischen Ökonomie dargestellten Verhältnisse in dieser Reinform eine Abstraktion sind und keine historische Phase des realen Kapitalismus beschreiben, von der sich der jeweils konkrete Kapitalismus notwendig unterscheidet, wird auch hier die Abstraktion als Maß an die konkrete Realität angelegt, um dann festzustellen, dass es Abweichungen gibt.

Grundsätzliche Besonderheiten des russischen Kapitalismus, sofern es darüber hinausgeht, dass die RF ein relativ junger Staat ist und damit eben die Charaktermasken auch neueren Datums sind, als etwa die Familie Siemens mit ihren 500 Jahren, lassen sich in diesem Text leider nicht finden. Dass aber auch der westliche Kapitalismus immer wieder aufsteigende Kapitalisten hervorbringt, Benko, Marsalek, Thiel, Musk, etc. die man nach ihrer Lesart dann auch als Oligarchen bezeichnen müsste, oder ob sie gar der Auffassung ist, bundesrepublikanische Politik würde ausschließlich in den beiden hier existierenden Parlamenten gemacht, ließe sich nur spekulativ formulieren. Ob es sich bei der RF um einen besonders repressiven oder auch fortschrittlichen Kapitalismus handelt,

kann der Text ob seiner sehr dünnen Materiallage, entgegen seiner Intention nicht klären. Es scheint eher, als würde hier versucht, die allgemeine westliche Propaganda durch Veratzstücke linker Diskussion auch einem linken Publikum schmackhaft zu machen. Eine Übung allerdings, die unnötiger nicht sein kann, da die BRD-Linke ja schon seit langem mehrheitlich auf Staatspropaganda eingeschwenkt ist. Ich warte ja noch darauf, dass mir einer von denen erklärt, warum die RF 2029 die BRD überfallen wird.

Zudem wäre auch eine genauere Wortwahl angebracht, denn ein „reaktionärer“ Staat Russland wäre ja ein Staat, der auf die SU und die dortigen Verhältnisse orientieren würde, was aber wohl nicht gemeint ist. Das bei einem derartigen Niveau der „Analyse“ nicht damit zu rechnen ist, einer Bestimmung des „Feindes im eigenen Land“ auch nur ein Stück näher zu kommen, offenbart sich als Fazit. Auf einer solchen analytischen Basis lässt sich nicht bestimmen, warum es in der BRD vor allem, wenn nicht einzig, rechte Kräfte (AfD) und marginalisierte Sozialdemokraten (BSW) sind, die sich dem Kriegskurs hier entgegenstellen.

Eine Linke, die sich um eine Diskussion bemüht, die die Kräfte benennen könnte, die hier hinter der zu schaffenden Kriegstüchtigkeit steht und deren Gründe benennt, fehlt leider auffällig.

Mit solidarischen Grüßen

GT, Februar 2026

Sava Djahov

Russland: Kompradoren-Bourgeoisie oder Kapital exportierender Imperialismus?

Ich werde im Folgenden nicht die Position der KO verteidigen, sondern möchte versuchen, anhand von Karuscheits Kritik an der KO weitere Sichtweisen in die Debatte zu bringen.

Die Frage nach der historischen Bewertung der Sowjetunion und ihres Endes will ich nicht allzu sehr vertiefen, nur anmerken, dass es sehr wohl Versuche und Bemühungen gab, sie zu verteidigen. Der Putschversuch im August 1991 kam zu früh oder zu spät, je nach Standpunkt. Während die Putschisten sahen, wohin die Ereignisse führen, hat das Gros der Bevölkerung noch ergebnisoffen auf positive Neuerungen gehofft. Doch nur zwei Jahre später, im Oktober 1993, befand Russland sich am Rande eines Bürgerkriegs, die sog. Verfassungskrise. Wie kommt Karuscheit angesichts dessen auf die Idee, dass „die Arbeiterklasse „ihren“ Staat nicht verteidigt hat“?

Auch jenseits dieser prominenten Beispiele gab und gibt es Widerstand. Das Erbe der Sowjetunion sowie kommunistisches Gedankengut insgesamt sind tief in der russischen Gesellschaft verankert. Wir sprechen hier über zähe Prozesse, wo jedes abschließende Urteil verfrüht ist. Doch während im Baltikum, in Polen, in der Ukraine und in anderen Ländern eine offene Kriminalisierung stattfindet, sind die Debatten in Russland sehr

lebendig, tiefsinnig und anregend. Allein das spricht dafür, dass die Bewertung der KO im Wesentlichen korrekt ist.

Die Arbeiterklasse hat weiterhin eine politische Heimat in Russland.

Zumal ich die These in den Raum werfen würde, dass nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 die Arbeiterklasse ihre Heimat so verbissen verteidigt hat, weil die Erinnerung an die bäuerliche Obschtschina noch sehr lebendig war. Mehr noch: sie war gelebte Erfahrung der Massen. Marx hat sich ja nicht ohne Grund ausführlich mit der russischen Obschtschina beschäftigt, wie aus seinem Brief¹ und vor allem aus den Briefentwürfen² an Vera Sassulitsch hervorgeht. Die letztlich bourgeoise Verachtung der Bauern war leider zu stark vertreten unter Kommunisten und hat zu vielen Missverständnissen und Fehlentscheidungen geführt. Die Bauernfrage hat sich mittlerweile erledigt, von daher mag es egal sein, aber eine angemessene Interpretation historischer Ereignisse wird nicht ohne Neubewertung der Bauernfrage möglich sein. Die Konterrevolution in den 1990er Jahren hingegen geschah vor dem Hintergrund des mit den Prozessen der Urbanisierung und Industrialisierung entstandenen Individualismus' als Massenphänomen.

Karuscheit stellt in seinem Beitrag den Realitätssinn der KO und anderer Linker in Frage, die angesichts der militärischen Schwäche Deutschlands und seiner „*jämmerlichen Bourgeoisie*“ die Rolle des deutschen Imperialismus' hervorheben. Doch in Zeiten geheimdienstlicher Regime Change Operationen ist es nicht notwendig, militärisch von außen „*die (zusammen mit den USA) weltweit stärkste Atommacht Russland zu erobern und zu vernichten.*“ Zumal die Tatsache, dass Russland eine Atommacht ist, ein solches Unterfangen nicht nur für das militärisch schwache Deutschland, sondern genauso für die USA unmöglich macht. Einzig „innere“ Prozesse, auf die man von außen Einfluss nimmt oder gar initiiert, können eine Atommacht zu Fall bringen.

Viele werden sich an Mathias Rust erinnern, der 1987 mit einem Privatflugzeug im Zentrum von Moskau landete. Für Details reicht an dieser Stelle Wikipedia,³ wo es heißt: „Gorbatschow nutzte das Ereignis, um sich von über 300 perestroika- und glasnostfeindlich eingestellten Generälen zu trennen. Dies war die umfangreichste Säuberung in der Geschichte des sowjetischen Militärs, nicht einmal während der Säuberungen Stalins 1937/38 wurden mehr Spitzenmilitärs entlassen.“

Im März 2025 veröffentlichte die Kommunistin Katerina Kirbirjowa, die Wirtschaftstheorie an der Plechanow-Wirtschaftsuniversität in Moskau unterrichtet, ein Interview⁴ mit Oberst a.D. Juri Knutow, ausgezeichnete Absolvent der Leningrader Hochschule der Luftabwehr und jetzt Leiter des russischen Museums der Luftabwehr. Das Interview dauert gute 90 Minuten und der Fall Rust dient bloß zur Veranschaulichung der destruktiven Reformen Gorbatschows. Knutow beschreibt, wie unter hoher Geheimhaltung die Zuordnung der Luftabwehr als Waffengattung und zugleich auch die geographische Zuständigkeit neu strukturiert wurden. Diese Reform der Luftabwehr führte kurzzeitig zu Unklarheiten in der Befehlskette, und nur deswegen konnte Rust bis nach Moskau fliegen.

¹ <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1881/03/sassulitsch.htm>

² <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1881/02-03/entwuerfe.htm>

³ https://de.wikipedia.org/wiki/Mathias_Rust

⁴ <https://rutube.ru/video/69b2a031458040747b473fdb6e92d90e/>

Knutow redet keine fünf Minuten darüber, aber er geht durchaus ins Detail und sagt wörtlich: „Ich habe nicht den geringsten Zweifel daran, dass der Flug von Mathias Rust eine Operation der deutschen Geheimdienste war. [...] Ziel dieser Provokation war es, die Generäle des sowjetischen Militärs loszuwerden, weil sie gegen die Politik von Gorbatschow waren.“

Es geht hier nicht darum, ob Knutow Recht hat, sondern darum, dass viele in Russland das Ende der Sowjetunion als klassische, von äußeren Kräften unterstützte **Palastrevolution** betrachten.

Eine andere Variante „innerer Prozesse“ sind **Farbrevolutionen** – die Eroberung der Staatsgewalt durch organisierte Gruppen auf dem Rücken von Massenprotesten, wie 2014 in der Ukraine. Oder der „Arabische Frühling“, auch bekannt als „Twitter-Revolution“, weil Twitter und Facebook eine zentrale Rolle spielten – und zwar schon vor 15 Jahren, ganz ohne künstliche Intelligenz. Oder die Fortsetzung des 12-Tage-Kriegs gegen den Iran Anfang dieses Jahres: Kaum wurde das Internet abgeschaltet, inklusive Starlink, war „die Revolution“ vorbei. US-Finanzminister Scott Bessent hat jüngst offen zugegeben, dass die Proteste gezielt herbeigeführt wurden.⁵

Natürlich hat es Konsequenzen, dass wir heutzutage alle mit Smartphone unterwegs sind, das sind enorm leistungsstarke Computer. Hardware und Software sind hochtechnologische Instrumente. Man stelle sich kurz vor, wie aufwändig es für die Stasi war, Wanzen zu installieren und Telefone abzuhören. Heute trägt jeder ein Überwachungsgerät mit sich. Allerdings ist Kommunikation über WhatsApp, Facebook, Twitter und andere westliche Netzwerke und Messenger für russische, iranische, chinesische usw. Dienste nicht erreichbar, das sind im Prinzip Werkzeuge der NATO.

Zumal Smartphones nicht bloß Telefone ersetzen, sondern auch Radio, TV, Zeitungen, ja sogar den Stammtisch. Dieser Text ist nicht der Ort, um näher darauf einzugehen, aber den Plattformen und Apps liegen Algorithmen zugrunde, die Erkenntnisse aus Hirnforschung, Psychologie und anderer Wissenschaften virtuos nutzen.⁶ Diese Apps kennen uns oft besser als wir selbst. Kommerzielles Marketing auf individuellem Niveau ist mittlerweile Standard, und das hat natürlich auch politische Konsequenzen. Fehlinformation, gezielt gestreute Gerüchte und kompetent geschaffene Narrative sind allgegenwärtig auf Plattformen wie Facebook, Twitter und Co.

Die **Macht von Narrativen** sowie die unfassbare, nahezu absolute Deutungshoheit westlicher Strukturen und Institutionen bei der Schaffung von Narrativen wird maßlos unterschätzt. Klar, es herrscht immer eine gewisse dialektische Spannung zwischen realen Lebensbedingungen und Narrativen. Junge Leute sind bekanntermaßen idealistisch und anfällig für „schöne Geschichten“, eben, weil ihnen der Widerspruch des Lebens fehlt, die nötige Erfahrung. Aber Smartphone, Internet, Algorithmen, KI, Hirnforschung, etc. ermöglichen „schöne Geschichten“ für jedes Alter und jeden Typ. Individuell

⁵ <https://t.me/DDGeopolitics/172448>

⁶ Ich verweise auf Mike Benz, Frances Haugen und Chamath Palihapitiya für weitere Informationen, aber auch die Enthüllungen von Edward Snowden sowie der Skandal um Cambridge Analytica gehören in diesen Themenkomplex.

angepasst. Und mit der Fähigkeit, unbegrenzte Mengen einer weltweit anerkannten Währung zu verteilen, kauft man sich zur Not die Unterstützung eines Narrativs.

Obendrauf kommt dann noch eine ganze Industrie politischen Aktivismus', in Anlehnung an den militärisch-industriellen Komplex als NGO-industrieller Komplex bezeichnet.⁷ Vor allem in Osteuropa ist der zivilgesellschaftliche Sektor mittlerweile ein bedeutender Arbeitgeber (in Georgien z.B. kommen auf 3,65 Millionen Einwohner 26.000 registrierte NGO's), aber auch im Westen bietet er Geisteswissenschaftlern eine Alternative zum sprichwörtlichen Taxi fahren. Berühmtermaßen brüstete Victoria Nuland sich 2013 damit, dass allein die USA fünf Milliarden US-Dollar in die „demokratische Entwicklung“ der Ukraine investiert haben. Hinzu kommen Gelder aus der EU und aus Deutschland. Die Ausmaße dieser Industrie sind atemberaubend.

Russland wird ständig vorgeworfen, es würde einen „hybriden Krieg“ gegen Deutschland und den Westen führen. Aber womit? Wo sind die sozialen Netzwerke und Messenger, deren Server von Moskau kontrolliert werden? Wo sind die Vereine und Stiftungen, die Tausende junger Menschen dafür bezahlen, russische Narrative unter die Leute zu bringen? Es gibt nichts. Auch China hat in der Hinsicht nichts zu bieten, wobei die Hexenjagd auf TikTok in den USA Bände spricht und unterstreicht, wie wichtig derartige Apps für die öffentliche Meinungsbildung sind.

Der einzige Akteur weltweit, der in der Lage ist, einen hybriden Krieg zu führen, ist der kollektive Westen: USA, EU, NATO und Verbündete. Der entsprechende Vorwurf an Russland ist nichts weiter als die Beschwerde darüber, dass Russland in der Lage ist, sich zu verteidigen. Und genau das ist der zentrale Punkt: Russland verteidigt sich. **„Russland widersetzt sich in der Ukraine dem Imperialismus“**, und zwar insbesondere dem *„deutschen Imperialismus, der wie schon immer vorhat, „Russland zu erobern, zu vernichten und zu kolonisieren“ (16. These).“*

Wenn es um die Ukraine geht, dann ist natürlich der deutsche Imperialismus an erster Stelle zu nennen. Der deutsche „Drang nach Osten“ wurde nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg ja nicht aufgegeben, sondern in den Dienst von USA und NATO gestellt. Osteuropa-Institute sind nach 1945 wie Pilze aus dem Boden geschossen, orientiert auf den „Kampf gegen den Kommunismus“, aber die Geschichte deutscher Osteuropa-Forschung reicht über hundert Jahre weiter zurück und war Ausdruck kolonialer Ambitionen.⁸

Wenn es um Afrika oder Asien geht, dann ist uns bewusst, wie sehr das koloniale Erbe diese Regionen belasten kann. Die heutige Rolle Frankreichs in seinen ehemaligen Kolonien in Afrika gehört ja fast schon zur Allgemeinbildung. Aber den Osten Europas betreffend herrscht da eine auffällige Leerstelle, dabei sind Geschichte und Gegenwart Osteuropas maßgeblich von Kolonialpolitik und kolonialen Abhängigkeiten geprägt. Und der zentrale koloniale Akteur war Deutschland. Insgesamt war man zwar spät dran bei der Aufteilung der Welt, aber im Osten Europas lebten im 19. Jahrhundert auch nur

⁷ <https://www.marxists.org/history/etol/newspape/atc/3856.html>

⁸ <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/4497>

Bauern und Hirten, wie im Rest der Welt. Leichte Beute, und Deutschland perfekt positioniert.

Klar wäre eine Kooperation mit Russland für die deutsche Bourgeoisie vorteilhaft, ohne Frage. Teile der deutschen Eliten haben das auch immer verstanden, man denke nur an Bismarck. Aber warum kooperieren und teilen, wenn man alles haben kann? Auf Grundlage dieser Logik sowie angesichts der zivilisatorischen, moralischen und wirtschaftlichen Überlegenheit (die früher teilweise real war, vor allem im 19. und frühen 20. Jahrhundert sowie in den 1990er Jahren) fügte man das große, rohstoffreiche Russland zur „kolonialen Verfügungsmasse Osteuropa“ hinzu.

Insbesondere das Bildungsbürgertum ist beseelt bis besessen von der Idee einer deutschen „mission civilisatrice“ (man nennt es natürlich nicht so), und zugleich ist es ein Gefangener der Trägheit seiner eigenen, in den letzten zweihundert Jahren geschaffenen Narrative. Man merkt halt oft nicht, in welcher Blase man sich bewegt. Das ist über soziale Dynamiken hinaus eine ernstzunehmende Ebene menschlicher Realität, die viel mehr Aufmerksamkeit verdient.

Das Handeln der deutschen Bourgeoisie speist sich aus der festen Überzeugung, dass man Russland überlegen sei. Ja, militärisch zwar nicht, aber sehr wohl wirtschaftlich, kulturell und überhaupt. Angesichts dieser vermeintlichen zivilisatorischen – und vor allem moralischen – Überlegenheit Deutschlands, „das seine Lektionen aus der Geschichte gelernt hat und der ganzen Welt gegenüber als Lehrmeister auftreten kann“, bewertet man die militärische Macht Russlands als auf lange Sicht unbedeutend. „Wir werden den längeren Atem haben und Russland in die Knie zwingen.“

Genau das hat Bundeskanzler Merz am 13. Februar auf der Münchener Sicherheitskonferenz betont: „Dieser Krieg wird erst enden, wenn Russland zumindest wirtschaftlich und möglicherweise auch militärisch am Ende ist.“⁹ Parallel dazu wurde am selben Ort und am selben Tag die erste in Bayern produzierte Drohne an Selenskij überreicht,¹⁰ weitere 10.000 sollen bis Jahresende folgen.¹¹

Es ist bemerkenswert, wie innerhalb der deutschen Linken eine separate ukrainische Identität als quasi gottgegeben betrachtet wird. Karuscheit zitiert Ditte Gerns, wonach die Moskauer Führung eine „nationalistische, reaktionäre Ideologie“ vertrete, weil sie Ukrainer und Russen als ein Volk betrachte. Ich will keine Geschichtsdebatte eröffnen, aber es ist recht gut erforscht, dass die ukrainische Identität eine explizit gegen Russland gerichtete Schöpfung Wiens und Berlins war.

Putin, der wie damals Rosa Luxemburg¹² betont, dass Russen und Ukrainer ein Volk sind, ist nicht nationalistischer als deutsche Linke, die betonen, dass es zwei Völker seien. Ihr Nationalismus und ihre Deutschtümelei ist diesen deutschen Linken bloß nicht bewusst.

⁹ https://t.me/MTnews_Deutsch/26717

¹⁰ <https://x.com/anatoliisharii/status/2022281619227267369>

¹¹ <https://www.dw.com/ru/a-75960455>

¹² <https://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/rosa.html>

Das antinationale Dogma innerhalb der Linken hat schon immer dafür gesorgt, dass viele einfach nur blind geworden sind gegenüber den Pfadabhängigkeiten ihrer eigenen nationalen Identität. Die Volkszugehörigkeit kann man nicht ablegen, weil man keinen Bock auf sie hat. Nationale Identität ist Teil der materiellen Realität. Problematisch wird das vor allem dann, wenn man sich seiner subjektiven Realität nicht bewusst ist und stattdessen meint, objektiv über den Dingen zu stehen, oder sich sogar einbildet, Ausdruck eines allgemeinen „Weltgeistes“ zu sein, und das zum Maßstab nimmt für die „Maxime, von der man will, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“

Gerade in Bezug auf Russland und Osteuropa ist die Meinungs- und Narrativbildung im deutschen öffentlichen Raum streng und engmaschig kontrolliert, das betrifft insbesondere auch akademische Institutionen und ihnen nachstehende zivilgesellschaftliche Organe. Es ist ein ernstes Problem, dass ein Großteil der deutsche Linken in diesem Sektor beschäftigt ist und von staatlichen Geldern lebt.

Die Ukraine hat schon immer eine Schlüsselrolle für den gegen Russland gerichteten deutschen Imperialismus gespielt. Natürlich spielt auch der uralte Konflikt zwischen Katholischer Kirche und Orthodoxie eine Rolle – was sich nicht zuletzt darin äußerte, dass während der Nazi-Okkupation die orthodoxen Ukrainer als Partisanen mit der Roten Armee, und die katholischen Ukrainer mit der Wehrmacht kooperiert haben – und natürlich nutzen die Angelsachsen diese deutschen Traditionen gnadenlos aus. Aber sie können das eben nur wegen der intellektuellen Pfadabhängigkeiten in der deutschen Konzeptualisierung Osteuropas. Mit „deutsch“ meine ich natürlich bundesdeutsch. Die intellektuellen Traditionen der DDR wurden erfolgreich ausgemerzt, insbesondere in der Linken.

Nach dem Mauerfall haben deutsche Verlage nahezu die gesamte mediale Infrastruktur in Osteuropa aufgekauft, und die nach 1945 in die NATO integrierten Strukturen und Denktraditionen sind zurück auf Werkseinstellungen gegangen, als das Feindbild Kommunismus wegfiel. Das Ziel war wieder die Zerschlagung Russlands, die man nun euphemistisch „Dekolonialisierung“ nennt.

Parallel dazu wurde in ganz Osteuropa das Personal in Kulturinstitutionen ausgetauscht, vor allem in akademischen und Bildungseinrichtungen. Speziell in der Ukraine wird dieser Prozess oft als „Galizinisierung“ bezeichnet,¹³ weil Leute aus Galizien (oder von dort stammende, im Westen aufgewachsene Exilanten, in der Regel Nachkommen von Nazi-Kollaborateuren) gezielt an die Spitze von Gesellschaft und Institutionen gebracht wurden. Oft sind das auffallend unterbelichtete Gestalten, aber mit einem Beraterstab aus dem akademischen und NGO-industriellen Sektor sowie der medialen Übermacht von NATO-Strukturen müssen Repräsentanten der „neuen Ukraine“ nicht besonders intelligent sein.

Im Prinzip das gleiche Schema wie in der DDR, wo alles von Westdeutschen übernommen wurde. Nur kam in der Ukraine diese spezielle anti-russische Stoßrichtung hinzu. Das Land wurde systematisch zu einem Anti-Russland geformt und buchstäblich

¹³ Beispiel aus ukrainischen Medien von 2006:
https://www.bulvar.com.ua/gazeta/archive/s10_3310/2007.html

abgerichtet für den Krieg gegen Russland, den aktuell der kollektive Westen mit den Händen der Ukrainer führt.

Ich habe bewusst die Bewertung der Präsidentschaft Trumps ausgeklammert, weil zum jetzigen Zeitpunkt niemand sagen kann, was echte Pläne sind, was Bluff, und was Legitimationsideologie. Aber ich will abschließend noch etwas zur Bewertung des heutigen Russlands sagen.

In Russland sind die „Kommandohöhen der Wirtschaft“ verstaatlicht. Es ist interessant, dass Ditte Gerns das beschreibt als *„oligarchisch organisiertes Machtsystem, da eine exklusive Elite mit Hilfe extraktiver politischer und wirtschaftlicher Institutionen maßgeblich die Schwerpunkte in der Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik bestimmt.“* Würde sie auch Lenins NÖP so beschreiben? Das heutige Russland hat strukturell betrachtet enorme Ähnlichkeiten mit der NÖP.

In Russland sind zentrale Segmente der produzierenden Wirtschaft verstaatlicht, das Staatsbudget speist sich zu einem bedeutenden Teil aus der wirtschaftlichen Aktivität des Staates. Im Westen hingegen herrscht im produktiven Sektor das neoliberale Dogma, während der steuerfinanzierte, unproduktive staatliche Wasserkopf unfassbare Ausmaße hat, was nur dank der zentralen Position im internationalen Finanzsystem möglich ist.¹⁴

Gerns' Darstellung von Russland als *„rohstoffbasiertes Akkumulationsregime“* erinnert stark an John McCains Behauptung, Russland sei eine „Tankstelle mit Atomwaffen“. Ist das heutige Russland eine „Tankstelle mit Atomwaffen“, dessen Kompradoren-Bourgeoisie ihr Vermögen in den Westen schafft? Oder ist es eine Kapital exportierende imperialistische Macht? Beides zugleich geht nicht. Ich sage: Weder noch. Russland widersetzt sich dem Imperialismus, der historisch wie gegenwärtig seine Heimat im Westen hat und Russland wieder zu einer Tankstelle mit Atomwaffen unter seiner Kontrolle machen will, wie schon in den 1990er Jahren.

Sava Djahov / "palette", Februar 2026

Heiner Karuscheit

Über den großrussischen Nationalismus - Eine Replik auf Djahov und G.T.

Der obige Diskussionsbeitrag für die Ukraine-Diskussion der „Kommunistischen Organisation“ wurde von der KO bisher weder abgedruckt noch beantwortet, hat aber auch in unserem Umfeld nicht nur Zustimmung gefunden. So weisen Sava Djahov und G.T. die Kritik am russischen Oligarchensystem und seinem Krieg gegen die Ukraine ausdrücklich zurück.

¹⁴ Übrigens, öffentliche Verwaltung in Russland ist komplett digitalisiert. Man kann buchstäblich jeden Ämtergang am Handy erledigen, oder aber in ein angeschlossenes, landesweit fußläufig erreichbares MFZ (multifunktionales Zentrum) voller kompetenter Mitarbeiter gehen, die in der Regel täglich von 8 bis 20 Uhr geöffnet haben, auch an Sonntagen.

Um sich mit den von ihnen vorgebrachten Argumenten auseinander zu setzen, wird vorab noch einmal der Ausgangspunkt benannt: unsere Stellung zum Ukraine-Krieg, die wir in den AzD 95 formuliert haben.¹⁵

1. Der Ausgangspunkt: die Stellung zum Ukraine-Krieg

Um den am 24. Februar 2022 mit der Invasion russischer Truppen in die Ukraine begonnenen Krieg zu beurteilen, sind wir von der vorangegangenen Politik beider Seiten ausgegangen, gemäß dem klassischen Satz von Clausewitz, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist.

Auf russischer Seite begründete Putin diese Politik einerseits mit dem Vordringen der Nato an die Grenzen Russlands, vor allem aber damit, dass die Ukraine keine eigenständige Nation sei, sondern ein durch Lenin und die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution künstlich abgetrennter Teil Russlands. Die Konsequenz daraus war die Wortwahl für den Einmarsch russischer Truppen am 22. Februar 2022: Die Invasion sollte kein Krieg gegen ein anderes Land sein, sondern eine „Spezialoperation“, um eine abtrünnige Provinz heim ins Reich zu holen.¹⁶

Umgekehrt zielte die Politik der ukrainischen Führung und ihr folgend der Krieg auf die Eingliederung des Landes in das westliche Militärbündnis, um als Vorposten der Nato gegen Russland zu dienen.

Die Schlussfolgerung aus dieser Lage konnte für uns nur sein, dass der Krieg auf beiden Seiten reaktionären Charakter trägt. Man konnte und kann keine der beiden Seiten unterstützen, sondern muss für die Niederlage und den Sturz der beteiligten Regierungen eintreten, wie Lenin und die Bolschewiki das im 1. Weltkrieg taten.

Ein zentraler Streitpunkt bei diesem Thema war und ist die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen, die für Lenin neben der Stellung zum Krieg von elementarer Bedeutung war.¹⁷ Auch in diesem Punkt dokumentiert der Ukraine-Krieg auf beiden Seiten die reaktionäre Politik der Kriegsparteien: Während die russische Führung leugnet, dass die Ukraine eine eigene Nation ist, und ihr deshalb das Recht auf eine eigenstaatliche Existenz abspricht, ist die Ukraine umgekehrt nicht bereit, den Bewohnern des Donbass das Selbstbestimmungsrecht über ihre Zugehörigkeit zu Russland oder der Ukraine zu gewähren.

¹⁵ Siehe dazu die AzD 95 vom Oktober 2022 (https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2537) sowie die Artikel zum Ukrainekrieg in den folgenden Ausgaben

¹⁶ Dem entsprach die militärische Planung: sie sah einen Blitzangriff im Norden der Ukraine zur Einnahme der dort gelegenen Hauptstadt Kiew vor; nach der raschen Kapitulation würde sich das Land an die Russische Föderation (RF) anschließen und damit das „Verbrechen Lenins an Russland“ rückgängig gemacht werden. Der komplette Fehlschlag dieser Militäraktion in den ersten Kriegswochen hatte zur Folge, dass aus der „Spezialoperation“ ein langdauernder Krieg wurde (der bis heute nicht so genannt werden darf), der großrussische Anspruch auf die Ukraine aus den Reden Putins verschwand und als öffentlich benanntes Kriegsziel nur noch der Anschluss des Donbass an die RF übrigblieb.

¹⁷ Eine empfehlenswerte Untersuchung zu diesem Thema hat Ditte Gerns vorgelegt: Lenin und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“; in: *Marxistische Blätter 1/2023* (Schwerpunkt „100 Jahre UdSSR“); gekürzter Vorabdruck in der *jungen welt* vom 06.01.2023 unter dem Titel „Die Bolschewiki und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“

2. Positionen der Kritiker

Über die *politische* Begründung unserer Stellung zum Krieg hinaus (Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln) hat der Autor dieser Zeilen in seinem Diskussionsbeitrag für die KO auf die innere Verfasstheit der beiden Kriegsstaaten verwiesen, mit dem Tenor, dass hier zwei gleichermaßen reaktionäre Oligarchenregimes im Krieg gegeneinanderstehen.

Mit dem reaktionären Charakter der ukrainischen Herrschaft sind Djahov und G.T. einverstanden, nicht jedoch damit, dass das russische Regime auf die gleiche Stufe gestellt wird wie das ukrainische.

Djahov begründet seinen Widerspruch u.a., indem er die heutige russische Wirtschaft mit der Neuen Ökonomischen Politik Lenins anfangs der 20er Jahre vergleicht, deshalb könne von einer oligarchischen Struktur keine Rede sein. Er vergisst dabei nur, dass die NÖP a) eine Politik des Rückzugs vor der Bauernschaft war, b) damals keine industriellen Großkapitalisten existierten (um den Begriff Oligarchen zu vermeiden), und c) das Proletariat im Besitz der Staatsmacht war und blieb.

Ansonsten rechtfertigt er den russischen Krieg mit denselben Argumenten wie Putin und behauptet, dass die Ukraine keine eigene Nation sei, sondern immer ein Bestandteil Russlands war.¹⁸ Allerdings geht er noch über Putin hinaus, indem er diese Behauptung mit dem Kampf gegen den historischen deutschen Imperialismus verknüpft. So schreibt er, dass „die ukrainische Identität eine explizit gegen Russland gerichtete Schöpfung Wiens und Berlins war“. Es gibt ein altes russisches Sprichwort, das besagt: „Der Deutsche hat den Affen erfunden“, was die frühere Hochachtung vor dem deutschen Erfindergeist ausdrückt. Aber dass „der Deutsche“ neben dem Affen auch eine ganze Nation erschaffen und ihr eine ukrainische Identität geben konnte – ist das nicht etwas Zuviel der Hochachtung?

Tatsächlich verfißt Djahov wie Putin die Position eines großrussischen Nationalismus, um die imperialistische Kriegspolitik gegenüber dem Nachbarstaat zu rechtfertigen.

Methodische Zweifel ohne Inhalt

So weit wie Djahov geht G.T. nicht, er ist „nur“ der Auffassung, dass Moskau einen gerechten Krieg gegen die Ukraine führt, denn „die Russen verteidigen ihre gerade erst wiedergewonnene Souveränität“ gegen den Imperialismus, wie er in einem anderen Text geschrieben hat. Dieser Imperialismus ist für ihn wesentlich der deutsche Imperialismus, dem er analog zur KO unterstellt, den nächsten „Ostlandritt“ zur Aneignung der russischen Rohstoffe vorzubereiten.

Im Unterschied zu Djahov vertritt er seine politische Überzeugung allerdings nicht offen. Stattdessen zieht er es vor, den Charakter des russischen Oligarchenkapitalismus mit Hilfe einer langatmigen Suada gegen Ditte Gerns (auf die sich der Diskussionsbeitrag

¹⁸ Außer auf Putin selber beruft er sich dabei auf Rosa Luxemburg, die als Gegnerin des Selbstbestimmungsrechts ebenfalls die Politik Lenins attackierte. In den AzD 95, S.19ff hat A.Schröder sich mit Andreas Wehr auseinandergesetzt, der die Ausführungen Putins zum geleugneten Selbstbestimmungsrecht für die Ukraine gleichfalls unter Berufung auf Luxemburg verteidigte.

für die KO berief) in Zweifel zu ziehen. Inhaltlich sagt er dazu *nichts*, sondern übt eine rein methodische Kritik, die darin gipfelt, dass er ihre wissenschaftliche Qualifikation anzweifelt – ohne eine einzige Aussage zur Sache selbst zu treffen.

Um uns nicht vorwerfen zu lassen, wir würden unser Urteil über Russland nur auf eine (gemäß G.T.) wissenschaftlich so unqualifizierte Person wie D. Gerns stützen, sei daher auf zwei andere Autoren verwiesen, die sich als Linke ebenfalls mit der Entwicklung des russischen Kapitalismus befasst haben. Der eine ist Karl-Heinz Gräfe, der u.a. 2014 in der Zeitschrift „Z“ eine Untersuchung vorlegte, deren Gegenstand bereits aus dem Titel hervorgeht: „Die Herausbildung des oligarchischen Kapitalismus in Russland“.¹⁹ Der andere Autor ist Felix Jaitner, der eine Reihe von Beiträgen zur kapitalistischen Entwicklung Russlands verfasst hat, angefangen mit einer 2014 erschienenen Studie über die „Einführung des Kapitalismus in Russland“.²⁰

3. Eine „oligarchisch-etatistische“ Ordnung

Mit der Privatisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts erfolgte der Aufstieg der Oligarchen – Männern aus der Partei oder dem Staatsapparat (Direktoren von Staatsbetrieben), die sich in kürzester Zeit gewaltige Massen von Geld und Kapital aneigneten und die neuen Produktionsverhältnisse bestimmten. „Dieses Jahrzehnt war“, wie Gräfe schreibt, „zugleich auch ein ‚Krieg der Oligarchen‘ um Aneignung und Sicherung ihres Eigentums, Kapitals und Profits“.

Die Wahl Putins zum Ministerpräsidenten der RF im Jahr 2000 leitete eine sukzessive Stärkung des Staates gegenüber den unter Jelzin ungezügelt agierenden Vertretern des Großkapitals ein. Es erfolgte eine „Neuordnung gesellschaftlicher Herrschafts- und Machtverhältnisse“, die nach der Beschreibung Jaitners auf vier Pfeilern beruht: „(1) Die Zentralisierung politischer Macht in der Exekutive und die Stärkung der staatlichen Gewaltapparate, (2) die ideologische Neuausrichtung des herrschenden Blocks, (3) die Stabilisierung sozialer Verhältnisse und (4) die partielle Modernisierung der Ökonomie.“²¹

Da durch die Einnahme der Krim 2014 und die folgenden Sanktionen des Westens wirtschaftlich die Strategie einer Importsubstitution notwendig wurde, ist die Rolle des Staates weiter gewachsen, erst recht durch den jetzt bereits vier Jahre andauernden Ukraine-Krieg. Das Resultat ist eine „oligarchisch-etatistische Ordnung“, in der „das Verhältnis zwischen Kapital und Staat, den Kapitalfraktionen untereinander sowie zwischen

¹⁹ „Z“ Nr.99 vom September 2014: <https://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/de/article/1237.die-herausbildung-des-oligarchischen-kapitalismus-in-russland.html>

²⁰ Felix Jaitner: *Einführung des Kapitalismus in Russland. Von Gorbatschow bis Putin*; VSA Verlag: Hamburg 2014; Anfang 2023 ist die Studie als erweiterte Neuauflage unter dem Titel *Russlands Kapitalismus. Die Zukunft des „System Putin“* erschienen; hier zitiert als Jaitner 2023 a.

- ders.: *Russland – Von autoritären Umbrüchen bis zum Krieg*; in: *Z. 130* vom Juni 2022; im Internet unter: <https://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/de/article/3991.russland-von-autoritaeren-umbruechen-bis-zum-krieg.html>)

- ders.: *Russland – Ende einer Weltmacht*; VSA-Verlag: Hamburg 2023; hier zitiert als Jaitner 2023 b; im Internet unter:

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Jaitner_Russland_Ende_einer_Weltmacht_RLS.pdf

²¹ Jaitner in Z 130

Arbeit und Kapital immer stärker durch den Staat reguliert und beeinflusst wurde. Dies wurde eingebettet in eine immer autoritärere politische Ordnung.“²²

4. Über Ökonomismus

Um Ditte Gerns, die diesen Prozess in Referatform mit anderen Worten beschrieben hat, etwas entgegen zu setzen, beruft G.T. sich neben seiner Methodenkritik auf die Arbeiten von Mitgliedern der KO zum Ukraine-Krieg.²³ Seine Empfehlung hat einen einfachen Grund: Die Arbeiten folgen einem rein ökonomischen Untersuchungsansatz, den er als positives Gegenbeispiel gegen die „unwissenschaftliche“ Methode von Gerns begrüßt, weil er selber ein überzeugter Ökonomist ist, der alles geschichtliche Geschehen aus wirtschaftlichen Faktoren ableiten will und dies für wissenschaftlichen Sozialismus hält.

Verwunderlich ist, dass er nicht die Arbeiten von Felix Jaitner herangezogen hat, obwohl dieser umfassende ökonomische Analysen des Kapitalismus in Russland vorgelegt hat und dabei u.a. zwei große Kapitalfraktionen herausarbeitet: eine „extraktive“, rohstoffproduzierende und exportorientierte Kapitalfraktion einerseits (Öl- und Gasförderung), sowie eine „nationalkapitalistische“ industrielle Kapitalfraktion andererseits. Allerdings bleibt Jaitner nicht bei der ökonomischen Analyse stehen, sondern weist darauf hin, dass die staatliche Ordnung mehr und mehr durch einen reaktionären großrussischen Nationalismus bestimmt worden ist. Hat diese politische Bewertung unseren Kritiker vielleicht dazu gebracht, nur die Arbeiten der KO-Mitglieder zu nennen, obwohl diese bei weitem nicht an die ökonomischen Untersuchungen Jaitners heranreichen?

Außerdem: Hätte G.T. sich gründlicher mit seiner eigenen Empfehlung befasst, hätte er lesen können, dass die KO-Autoren in ihrer nur-ökonomischen Untersuchung der russischen Bourgeoisie ehrlicherweise offenbaren, dass sie zu keinen tragfähigen Aussagen gekommen sind, „die das Prädikat >wissenschaftlich< auch verdienen“.²⁴ Sie führen ihre Erfolglosigkeit darauf zurück, dass ihre ökonomisch-sozialen Studien nicht umfassend genug waren, weil Kleinbürger und Proletariat nur angerissen werden konnten.

Das ist richtig, trifft jedoch nicht den Kern der Sache. Das Entscheidende ist, dass die ökonomische Analyse als solche unzureichend ist, weil der spezifische Charakter des 1991 wiedererstandenen russischen Staats und seiner neuen Bourgeoisie sich nicht aus der Ökonomie ergibt. Er ist vielmehr das Produkt der Geschichte, denn indem der neu-russische Staat seine Sowjetvergangenheit abschüttelte, konnte er seine historische Identität nirgendwo anders finden als in Anknüpfung an das zaristische Russland aus der Zeit vor der Oktoberrevolution.

5. Die Rückkehr des großrussischen Nationalismus

Als das Proletariat 1917 den Zarismus stürzte, bedeutete das nicht nur eine *soziale* Revolution, sondern darüber hinaus die *nationale* Befreiung der vom Zarismus

²² Jaitner 2023 b, S.257

²³ <https://kommunistische-organisation.de/klaerungunddebatte/alle-beitraege-unserer-arbeitsgruppen-zum-ukraine-krieg/>

²⁴ https://kommunistische-organisation.de/wp-content/uploads/2025/05/VG-2_Russische-Bourgeoisie.pdf

unterdrückten Völker. Bis dahin war der Leitspruch des Zarismus die Dreifaltigkeit von „Orthodoxie, Autokratie und Volkstum“ gewesen. Neben der orthodoxen Religion und der autokratischen Alleinherrschaft meinte dies mit dem „Volkstum“ den zarentreuen Großrussen als Basis des Staats, womit sich auch die Russifizierung der nichtrussischen Völker legitimierte.

Das Jahr 1917 machte mit dieser Staatsdoktrin Schluss. Nach dem Ende des Zarismus gründete sich das Selbstverständnis von Gesellschaft und Staat als „Union Sozialistischer Sowjetrepubliken“ auf der siegreichen Oktoberrevolution und dem Sozialismus. Der großrussische Nationalismus verschwand zwar nicht, aber er war keine Staatsdoktrin mehr; er blieb virulent, aber bestimmte nicht das staatliche Handeln.

Der Bruch mit Lenin und der Oktoberrevolution am Ende der Sowjetunion bedeutete daher nicht nur sozial die Wiedereinführung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, er führte außerdem zur Wiederaufnahme der großrussischen Staatsideologie, indem der neue, bürgerliche Staat wieder an das vorrevolutionäre zaristische Russland anknüpfte. Dazu gehört auch das Bündnis des Staats mit der russisch-orthodoxen Kirche, die sich als Hüterin des Patriotismus versteht und dafür eintritt, dass Russen und Ukrainer *ein* Volk in einem gemeinsamen Vaterland sind.

Unter der Regierung Putin ist dieser Prozess der Restauration immer weiter vorangeschritten, politisch begleitet durch den „Übergang zu einer autoritären staatlichen Ordnung, die sich zunehmend auf einen aggressiven großrussischen Nationalismus stützt.“²⁵ Gerns hat zu demselben Sachverhalt konstatiert, „*dass es den Herrschenden in Russland gelungen ist, die Fragen der sozialen Ungleichheit durch ein Gefühl einer nationalistischen, ultrakonservativen Wertegemeinschaft zu überspielen.*“

Die Rede Putins im Vorfeld der „Spezialoperation“, in der er die Leninsche Nationalitätenpolitik als Verbrechen an Russland verurteilte und die ukrainische Nationalstaatlichkeit bestritt, war daher kein unvermittelter Alleingang, sondern steht auf dem Boden des wiedererwachten großrussischen Nationalismus.

Schluss

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Beiträge von Djahov und G.T. abschließend beurteilen.

Beide stellen sich übereinstimmend auf die Seite der KO und des oligarchischen Herrschaftssystems in Russland. Dabei befürwortet Djahov das Putin-Regime und seine „militärische Spezialoperation“ gegen die Ukraine von einer großrussisch-nationalen Position aus. Dagegen benötigt G.T., um Moskaus Politik für richtig zu erklären und die Kritik von Ditte Gerns am russischen Oligarchenkapitalismus zurückzuweisen, den Popanz eines kriegslüsternen deutschen Imperialismus, der in seiner Gier nach den russischen Bodenschätzen baldmöglichst die Atommacht Russland überfallen will.

Dem entgegen können wir nur wiederholen: Für deutsche Kommunisten gibt es keinen Grund, die Ukraine Seite an Seite mit der eigenen Regierung gegen Russland zu unterstützen – im Gegenteil haben wir die Einstellung jeder Unterstützung und den

²⁵ Felix Jaitner 2023 b, S.261

Karuscheit, G.T., Djahov

Austritt Deutschlands aus der Nato zu fordern. Es gibt aber ebenso wenig einen Grund, für den Krieg Moskaus Partei zu ergreifen, wie Djahov und G.T. das tun. Sie stellen sich damit auf die Seite eines reaktionären Oligarchenregimes und seines großrussischen Territorialkriegs.